BEFREIUNG

für
- die Überlebenden der Lager, Zuchthäuser und KZs
- die antifaschistischen WiderstandskämpferInnen
- die Deserteure der Wehrmacht
- ...

8. Mai 1945

Niederlage

für
- die faschistische Wehrmacht und die Bewacher der Lager und KZs
- die Finanziers und Profiteure des Faschismus
- die Aktivisten und Mitläufer der Nazipartei

H 8040 F
Nummer 34
April/Mai 95
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

Inhalt

„Niederlagen feiert man nicht“
Seite3
Das Vermächtnis des Widerstands
Seite 4
Die Jagd nach dem Bernstein
Seite 6
Befreiung - und was dann?
Seite 9
Die Perspektive ist die Vergangenheit
Seite 11
„Deutsche Burschenschaften“
Seite 13
Brücken von rechts
Seite 15
"Junge Freiheit" verurteilt
Seite 16
Stein des Anstoßes: Autonome Antifa
Seite 17
Wirksamer Schlag gegen NSDAP/AO?
Seite 18
“Bombenhirn” Peter Naumann
Seite 19
Wenn der “Heino” mit dem Rieger...
Seite 20
Interview: Die Linke muß nachdenken
Seite 21
„Aula“ im Out?
Seite 23
Toitsche Vereinsmeierei
Seite 25
Rechte Unternehmer
Seite 26
LeserInnenbriefe
Seite 26
Büchertips
Seite 28

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511/341036
Postgiro Hannover
Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Der 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus ist für uns Anlaß ein etwas umfangreicheres Heft herauszugeben und uns u.a. die Frage zu stellen, welche Bedeutung der Antifaschistische Widerstand für die politische Kultur der Bundesrepublik haben könnte.

Doch nicht nur AntifaschistInnen setzen sich mit diesem historischen Datum auseinander. Gut vorbereitet durch Gedenkfeiern für die "Bombenopfer von Dresden" beginnt die Rechte, einen späten Sieg der sogenannten "Historikerdebatte" zu organisieren. Die Riege um Zitelmann und von Stahl bereiten - erfolgreich, wie die heftige Diskussion zeigt - die Auseinandersetzungen nach dem 8. Mai um das zukünftig vorherrschende Geschichtsbild vor. Ein Geschichtsbild, in dem die Verbrechen der Nazis relativiert werden. Gleichgewichtig soll der Kriegs- und Vertreibungsopfer gedacht werden, ohne erkennen zu wollen, daß diese die Konsequenz aus dem über ganz Europa verbreiteten Terror der Nazis sind. Hier soll ein Geschichtsbild installiert werden, das die Deutschen insgesamt zu Opfern deklariert, zu Opfern der Nazis wie auch zu Opfern der alliierten Kriegsgegner.

Dieses Geschichtsverständnis wird nicht nur von der sogenannten "Neuen Rechten", sondern auch (wohl etwas subtiler) von zahlreichen Medien im Zusammenhang mit dem 8. Mai verbreitet. Die zahlreichen Rubriken unter dem Motto "Vor fünfzig Jahren" in zahlreichen Tageszeitungen können als Beleg angeführt werden.

Auf Grundlage einer derart entlasteten Geschichte läßt sich dann im "Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation" - wie es in dem rechtsradikalen Aufruf heißt - ungeniert Großmachtpolitik betreiben. Der Dissens zwischen den Aufruf-Unterzeichnern und den sich öffentlich davon distanzierenden, konservativen Regierungspolitikern ist darin begründet, daß der Aufruf den Sachverhalt knallhart formuliert und (in Anbetracht der sensiblen Weltöffentlichkeit) etwas zu früh erscheint.

Bei dieser (mehr oder weniger) heimlichen Eintracht stören natürlich diejenigen, die an die Finanziers der Nazis, an ungebrochene politische Karrieren ehemaliger Nazis in der Bundesrepublik erinnern oder die wie der Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, darauf hinweisen, daß die Unterzeichner des Aufrufs am Faschismus (ohne gleich Völkermord betreiben zu wollen) anknüpfen. Und "selbstbewußt" reagiert der Staat, dessen ehemaliger Generalbundesanwalt zu den Initiatoren des Aufrufes zählt: Die einen werden sicherheitshalber wie in Sachsenhausen mit Hilfe der Polizei von Gedenkveranstaltungen ferngehalten und festgenommen, dem anderen wird unterstellt, er habe "den geistigen Bürgerkrieg erklärt" (FAZ).

Nicht neu! Auch der Holocaust wurde mit einer angeblichen Kriegserklärung des Jüdischen Weltkongresses begründet.

In eigener Sache: Zukünftig werden wir eine "Serviceseite" zur Vermittlung von Terminen, Broschüren-Angeboten, Recherche-Anfragen etc. im Rechten Rand gestalten. Da das Heft nur zweimonatlich erscheint, bitten wir, an die Einhaltung des Redaktionsschlusses zu denken!

Das Heft Nr. 35 des Rechten Randes erscheint Anfang Juli 1995. Redaktionsschluß ist am **8. Juni 1995**.

Termine

Die Freiheit hat Geburtstag

Bis 31.Mai: Veranstaltungsserie zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus in Frankfurt am Main. Thema der Reihe: “Die Freiheit hat Geburtstag”. Das Veranstaltungsprogramm ist erhältlich beim Institut für Stadtgeschichte Historikerkoordination, Seckbächer Gasse 14, 60311 Frankfurt/M.

Unbekannter Deserteur

6. Mai Friedenszug und Enthüllung des Mahnmals für den unbekannten Wehrmachtsdeserteur. Treffpunkt: Erfurt, Haus der Gewerkschaften, 11.00 Uhr Weitere Informationen und ein Umfangreiches Vernstaltungsprogramm über LAG AntiFA/AntiRa, Angelo Lucifero, DGB Bildungswerk Thüringen, Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt

Was verbindet des MUT-Verlag in Asendorf mit der Nationalzeitung

Zu einer Informationsveranstaltung über den rechtsradikalen MUT Verlag lädt der Arbeitskreis Kritische Nachbarschaft Asendorf/Hoya ein. Informiert und diskutiert werden soll über die Zeitschrift MUT, die bis 1982 regelmäßig im Verfassungsschutzbericht als eines der "größten faschistischen Periodika" geführt wurde. Unter dem Einfluß des Nationalrevolutionärs **Wolfgang Strauß** und dem Strategen der "neuen Rechten" **Gerd-Klaus Kaltenbrunner** als Redakteuren hat sich das rechtsradikale Schmuddelblatt von damals inzwischen zu einem aufwendig gestylten Kunstdruckheft gewandelt, mit dem faschistisches Gedankengut in konservative Kreise getragen wird. MUT-Herausgeber **Bernhard Wintzek** gründete übrigens 1969 die "Gesamtdeutsche Aktion", war Mitinitiator der "Aktion Widerstand", die während des Streits um die Ostverträge terroristische Parolen wie "Brandt an die Wand" auf ihren Kundgebungen artikulierte. 1972 hat Wintzek für die NPD zum Bundestag kandidiert - heute glauben einige, die in MUT schreiben - darunter der frühere Verteidigungsminister **Rupert Scholz**, Ex-Seniorenministerin **Ursula Lehr**, Umweltministerin **Angela Merkel** oder Saarlands MP **Oskar Lafontaine** - Wintzek habe sich zum Demokraten gewandelt ...

Informationsveranstaltung: Donnerstag **11. Mai 1995**, 20 Uhr im Umweltzentrum Bruchhausen-Vilsen, Lange Str. 5

Peter Schulz-Oberschelp

„Niederlagen feiert man nicht“

Der 8. Mai in der rechtsextremistischen Presse

Der 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus rückt näher und damit die Zeit der offiziellen Ansprachen, Gedenkmärsche und Gedenktafelenthüllungen. Im Februar empfahl Nation und Europa noch „Am besten, man taucht unter. (...) Anfang Juni kann man vorsichtig wieder auftauchen“.

Mit dem Aufruf „Gegen das Vergessen“, der sich personell stark auf den Berliner Appell des **Rainer Zitelmann** stützt, inhaltlich den 8. Mai zu einer Gedenkveranstaltung allierter Verbrechen an den Deutschen umfunktionieren möchte, versucht die „Alte „ und „Neue“ Rechte gemeinsam, ihre Ansichten über die „größte nationale Katastrophe“, die Deutschland je erfahren mußte, öffentlich wirksam werden zu lassen.

In der Jungen Freiheit 15/95 gibt **Roland Bubik** die Linie an: „Deutschland 'als Einheit zu denken' erfodert eine Trennung der Ebenen, auf die sich die Vokabeln 'Befreiung' bzw. 'Niederlage' beziehen.“ Deutschland sei am 8 Mai nicht befreit, es sei besiegt worden. „Das Befreiungs-Gefasel ist ein Fluchtsyndrom“, das der „Weigerung zur Einordnung in ein geschichtliches kollektives Schicksal“ entspringe. „Deutschland als Ganzes steht nicht in der Kontinuität der KZ-Insassen.“

Bubik's Trennung von Befreiung und Niederlage läßt die Befreiung vom Faschismus zu einem, wenn überhaupt, individuellen Erlebnis werden, während die Niederlage zum nationalen Ereignis hochstilisiert wird. „Daß einige wenige Deutsche den Zusammenbruch als Befreiung empfanden, ... sei ihnen gegönnt. ... Aber für die ganz große Mehrheit der Deutschen ... begann nach dem 8. Mai 1945 die große Not und nochmals das große Sterben“, so der Euro-Kurier 1/95 des Grabert Verlages. Die DNZ des **Gerhard Frey** stellt fest: „Gewiß war mit dem Sieg der Gegner des Dritten Reiches für viele NS-Verfolgte ... eine Befreiung verbunden. Wie aber sah diese 'Befreiung' für das deutsche Volk aus?“ An ihm wurden „zum Himmel schreiende Verbrechen des Massenmordes und der Massenvertreibung“ verübt. „Befreit worden sind die Deutschen“ nach **Rolf Kosiek** in Deutschland in Geschichte und Gegenwart 1/95 im Mai 1945 „vom freien aktiven und passiven Wahlrecht, von einer unabhängigen und objektiven Justiz“.

„Von einer 'Befreiung der Deutschen' zu reden, ist daher eine üble Geschichtsfälschung“ (Euro-Kurier 1/95), bei den Feiern handele es sich um „geschmacklosen Befreiungsrummel ... auf dem Rücken der Opfer der zerschlagenen Nation“, so **Dieter Stein** in der Jungen Freiheit.

Eine Befreiung vom Faschismus gibt es nach alt/neu-rechter Deutung demnach nicht. Es gibt keine Befreiung von Millionen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, zumindest keine, derer in Deutschland gedacht werden muß. Und die „Wenigen“, die nach ihrer Darstellung befreit wurden, sie werden ein weiteres Mal ausgegrenzt. Das deutsche Volk selber sei ja nicht befreit worden, da muß es sich bei den Befreiten wohl um Menschen gehandelt haben, die der „erlebten Volksgemeinschaft“ fremd waren.

Wenn Befreiung demnach nur individuell und beim deutschen Volk überhaupt nicht passierte, was geschah dann mit dem Deutschen Reich? „Deutschland ist am 8. Mai 1945 besiegt, nicht befreit worden“, so Bubik. **Karl Richter** schreibt dazu in Nation und Europa 4/95: „Geradezu unverfroren wirken die derzeitigen Versuche, die Niederlage von 1945, eine historisch beispiellose Katastrophe, in einen Akt der 'Befreiung' umzufälschen.“ Als Fälscher betätigen sich seit 1945 die Allierten im Verein mit nach dem Kriege geboren und umerzogenen Deutschen, insbesondere den 68ern. „Nationale Geschichte und Tradition, nationale Identität und Würde werden bedenkenlos geopfert. Gipfelpunkt der von den allierten Siegern eingeleiteten Umerziehung ist nun der Versuch, die Niederlage von 1945 in eine 'Befreiung' der Deutschen umzufälschen.“ (Manifest der Gesellschaft für freie Publizistik, in NE 4/95)

Dabei ist doch nichts Besonderes passiert. „Sollen wir uns schämen, weil wir zwei Weltkriege gegen die ganze Welt führen mußten und - diese Kriege verloren haben“, so **Georg Albert Bosse** in Recht und Wahrheit 1/95? Kriege führt schließlich jede imperialistische Macht, das Pech der Deutschen sei es eben gewesen, zu verlieren. „Wir haben die beiden Weltkriege verloren, weil die Reichsmetamorphosen, die in ihnen untergingen, zu flach gegründet waren. Wir müssen heute tiefer ansetzen als 1871 und 1933“, so **Hans Dietrich Sander** in den Staatsbriefen 1/95. Die Niederlage von 45 soll genutzt werden für eine neue nationale Identitätsfindung der Deutschen. Es geht um ein „mental einigermaßen ausgerichtetes Verhältnis zur eigenen Nation“, so Bubik. Und er fragt: „Wenn ein 14jähriger Gymnasiast die Leichenberge von Auschwitz ... sieht, die von Deutschen zu verantworten sind - was passiert mit ihm? In ihm vollzieht sich die deutsche Katastrophe der moralischen Delegitimierung erneut. Er sieht zum ersten Mal eine Hölle auf Erden. Ihre Teufel sind Deutsche.“

Für eine Identitätsstiftung eignet sich demnach weder die Befreiung (die betraf nur wenige Individuen, die nicht einmal zum deutschen Volk gehörten), noch die militärische Niederlage (die von den Siegern zur Unterjochung und Umerziehung des deutschen Volkes genutzt wurde). Da müssen die Täter, die Weltkriege angezettelt und Millionen ermordet haben, in Opfer der Geschichte umgedichtet werden.

„Woran es aber mehr als fehlt, ist die Aufarbeitung der Opfersituation unserer Landsleute in diesem Jahrhundert“, schreibt **Karl-Peter Schlor**, Gründungsmitglied des Bundes freier Bürger in der Aula 3/95. „Es ist die Wahrheit: Deutsche sind bis zum 31. August 1939 die Opfer der chauvinistischen Polen, vom 1. September 1939 bis zum Mai 1945 die Polen wieder Opfer Deutscher, ab 8. Mai 1945 aber bis heute andauernd wieder die Deutschen Opfer der erst kommunistischen und jetzt demokratisch geführten Polen.“ Die Deutschen, Opfer chauvinistischer Polen fast das ganze 20. Jahrhundert lang, das ist der Stoff, aus dem Geschichtsbilder gegossen wurden, die den Überfall des faschistischen Deutschlands auf Polen als Akt der „Befreiung“ armer unterdrückter Deutscher erscheinen lassen sollten. Da wollen die Sudentendeutschen nicht zurücktreten. **Harald Ofner**, ehemaliger FPÖ-Minister in Österreich, fordert ein Gedenkjahr für Vertriebene, die die wahren „Opfer der Ereignisse des Jahres 1945“ (Aula 3/95) seien.

Die Deutschen (und Österreicher) als Opfer der Polen und Tschechen. Der 8. Mai soll nicht als Tag der Befreiung vom Faschismus, sondern als Tag der Vertreibung der Deutschen begangen werden. Diesen Sinn verfolgt wohl auch der neue Sammelband „50 Jahre Vertreibung - der Völkermord an den Deutschen“, den das Mitglied der Sudentendeutschen Landsmannschaft, **Rolf-Josef Eibicht**, soeben herausgegeben hat. Als Autoren konnte er gewinnen: **Alfred Dregger** (CDU), Mitunterzeichner des Aufrufs „Gegen das Vergessen“, **Jörg Haider** (FPÖ), **Franz Schönhuber** (REP), **Gerhard Frey** (DVU), Rolf Kosiek, **Alfred Schickel**, **Helmut Schröcke** u. v. a.

Bubik fordert das Eingeständnis der totalen, militärischen Niederlage. „Begehen wir nicht die Feigheit, uns im nachhinein zu Mitsiegern über die eigene Geschichte und Nation machen zu wollen.“ Wer die Befreiung vom Faschismus feiert, der ist danach ein Lump und Verräter an der eigenen Nation, wer an die eigene Nation denke, der gedenke Opfer des deutschen Volkes, besonders der Vertriebenen. Das wünscht sich sowohl die „Alte“ wie die „Neue“ zum 8. Mai. Sie sind die wahren Geschichtsfälscher.

Aktuelles Titelblatt der "Nation und Europa"

Eckart Spoo

Das Vermächtnis des Widerstands und seine Aktualität für das künftige Deutschland

Helmut Kohl sagte am 50. Jahrestag des 20. Juli 1944: "Um die bleibende Bedeutung des deutschen Widerstandes für Gegenwart und Zukunft ganz begreifen zu können, dürfen wir uns nicht auf die Frage beschränken, wogegen er sich gerichtet hat. Wir müssen uns fragen, wofür die Beteiligten eingetreten sind. in dem Wofür liegt das Vermächtnis, auf das wir uns im vereinten Deutschland gemeinsam beziehen."

Ich stimme mit Kohl überein. Allerdings ohne Illusion über seine Motive. Wie wir es von ihm gewohnt sind, wollte er von der Nazi-Vergangenheit ablenken, von der systematischen Entrechtung und Ausbeutung, der militärischen Eroberung, der industriellen Menschenvernichtung, von allem, wogegen sich der Widerstand gerichtet hat. Das Wogegen ist aber das Zentrale, das Wesentliche, das Einigende des Widerstands, wie das Wort selber sagt.

Kohl würde sich schwerlich auf die Konzepte des Widerstands für die Zeit nach dem Nazi-Regime beziehen, wenn er damit rechnen müßte, daß sie vielen Deutschen bekannt wären. Wer die Zukunftsvorstellungen des Widerstands endlich einmal zusammenträgt und analysiert, wie es Wissenschaftler, Publizisten und Zeitzeugen im Januar 1995 in Marburg auf der Tagung "Was aus Deutschland werden sollte" taten, der stellt nämlich unausweichlich fest, daß sich das von Kohl regierte Deutschland weit von diesen Vorstellungen entfernt hat und im Eiltempo immer weiter davon entfernt.

Fast der gesamte antifaschistische Widerstand - Hauptausnahme ist die Gruppe um den vormaligen Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler und einige hohe Offiziere, die meist erst nach dem sowjetischen Sieg von Stalingrad von Gefolgsleuten Hitlers zu dessen Gegnern wurden - dachte sich das nachfaschistische Deutschland als ein sozialistisches Deutschland. Die frühzeitig auf die Illegalität vorbereiteten Sozialdemokraten um Werner Blumenberg, die sich "Sozialistische Front" nannten, die Kommunisten, die Anfang der 40er Jahre nach Zuchthaus- und KZ-Erfahrungen eine neue Parteiorganisation um Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bästlein bildeten, der um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack gescharte bunte Kreis von Beamten, Künstlern und Arbeitern, dem die Gestapo den Namen "Rote Kapelle" gab, die "Weiße Rose" um die Geschwister Hans und Sophie Scholl, auch maßgebliche Männer des eher konservativen Kreisauer Kreises wie Adolf Reichwein und Adam von Trott zu Solz hatten sozialistische Ideen - womit ich nicht sagen will, daß diese Ideen bei allen dieselben waren. Unter Sozialismus konnte und kann man viel verstehen. Klar war aber: Die wirtschaftliche Macht derer, die das Nazi-Regime herbeigeführt hatten und davon profitierten, mußte gebrochen werden; die notwendige Demokratisierung der Gesellschaft durfte an der Wirtschaft nicht vorbeigehen. In gleicher Weise äußerte sich aus dem Exil der Schriftsteller Thomas Mann, der vormals eher rechts gestanden hatte. Diese gesellschaftspolitischen Schlußfolgerungen prägten zeitweilig auch die Konzepte US-amerikanischer Regierungsstellen, und sie begegnen uns noch im Potsdamer Abkommen der Alliierten vom Sommer 1945.

Kohl hingegen hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß der Antisozialismus die wesentliche Konstante seiner Politik war und ist. "Zu Lande, zu Wasser und in der Luft", sagte er einmal, gelte es den Sozialismus zu bekämpfen. "Freiheit oder Sozialismus" bzw. "Freiheit statt Sozialismus" lautet ein Kampfruf, den die CDU/CSU gelegentlich in Bundestagswahlkämpfen plakatierte. Darin äußerte sich eine politisch-ideologische Kontinuität, die bis in die Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg zurückreicht, als Freikorps in die Sowjetunion eindrangen, um gleich die ersten Ansätze von Sozialismus zu zerstören. "Freiheit oder Sozialismus" -diese Schein-Alternative findet sich auch in den Hetzschriften derer, die Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die Gründer der KPD, verfolgten und knapp drei Wochen nach der Parteigründung ermordeten, wofür sie weder in der Weimarer Republik noch später in der Bundesrepublik gerichtlich belangt wurden. Mit dem Begriff "freiheitlich" operieren bis heute die Scharfmacher vom rechten Rand wie **Gerhard Frey** und **Jörg Haider**.

Daß sich die Hitler-Partei "nationalsozialistisch" nannte, konnte gebildete, überzeugte Sozialisten ebenso wenig täuschen wie klassenbewußte Monopolkapitalisten. Geblufft wurden hauptsächlich Kleinbürger, ungebildete Arbeiter und Arbeitslose. **Hitler** und seine Hintermänner wußten, daß sie das Wort "Sozialismus" brauchten, um sich eine Massenbasis zu schaffen. Daran zeigt sich, wie stark die Ablehnung des Kapitalismus damals in den Massen verwurzelt war und wie große Hoffnung sie in eine sozialistische Umgestaltung setzten. Gerade weil das Großkapital diesen Druck von links spürte, beauftragten die Repräsentanten vorherrschender Konzerne den Demagogen Hitler mit den Regierungsgeschäften. Er sollte leisten, wozu er sich anbot: die von Sozialisten 1918/19 erkämpften sozialen und politischen Errungenschaften rückgängig machen, Streiks unterbinden, die sozialistischen Organisationen und Gewerkschaften zerschlagen, sozialistische Ideen ausrotten (durch Zeitungsverbote, Bücherverbrennung, nationalistische Propaganda u.a.), die durch sozialistische Kräfte verstellten militaristischen, imperialistischen Optionen öffnen, alles in allem die Ergebnisse des Ersten Weltkriegs revidieren und dabei schließlich die Sowjetunion als ersten Versuch sozialistischer Staatlichkeit vernichten.

Thomas Mann, im Antifaschismus politisch gereift, nannte den Antikommunismus die Grundtorheit des Jahrhunderts. Am Ende des Jahrhunderts hat dieses Wort für die meisten Deutschen einen befremdlichen Klang. Das Gegenteil scheint erwiesen zu sein. Machtpolitisch hat sich der Kapitalismus noch einmal durchgesetzt. Wenn sich durch das Ende des "Realsozialismus" in Osteuropa und Ostdeutschland auch und gerade der primitivste Antisozialismus bestätigt glaubt und sich triumphal als Sieger der Geschichte feiert, wenn sich der Antisozialismus als Staatsdoktrin festigt und wenn ein historisches Scheitern des Sozialismus gar als Existenzbedingung des vereinten Deutschland ausgegeben wird - eine Geschichtsklitterung, die nur im nachhinein plausibel wirken kann-, dann bildet sich damit ein Grundmuster nationalen Selbstverständnisses heraus, dem der antifaschistische Widerstand fremd bleiben oder werden muß. Da die Eliten in Wirtschaft, Verwaltung, Justiz und Militär, die sich seit dem Kaiserreich behauptet haben, scheinbar recht behalten und da Deutschland in seinem Weltmachtstreben inzwischen weiter gekommen ist als im Ersten, Zweiten und Dritten Reich, da es demnächst wohl auch den erstrebten ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat erhält, an der Seite der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, kann der Antifaschismus für das vorherrschende Bewußtsein der Deutschen letztlich kaum noch eine andere Bedeutung haben als die einer störenden Randerscheinung der Geschichte.

Neonazistische Vortrupps deutschen Herrenmenschentums nennen sich heute "Anti-Antifa". Dabei verstehen sie sich - auch bei Gewalttätigkeiten gegen Ausländer - als Vollstrekker des gemeinsamen Interesses der Deutschen. Die FAZ sagte schon 1991 voraus, die frühen 90er Jahre könnten sich als Inkubationszeit eines Anti-Antifaschismus erweisen. Antonia Grunenberg (in der "Zeit") und andere sich selber als liberal verstehende Autoren sprechen nun vom "Mythos Antifaschismus". Weiter rechts spricht man vom "Mythos Auschwitz". **Nolte**, **Hillgruber**, **Niethammer** und weitere Geschichtsumschreiber treten allesamt in der Pose der Entmythologisierer auf - wie lange vor ihnen schon **Irving** und **Leuchter.**

Rechtzeitig zu den vielen 50. Jahrestagen im Jahre 1995, an die der Kanzler mit Unbehagen dachte und die er deswegen gründlich vorbereiten ließ, lieferten beflissene Historiker und Publizisten Schmähungen des Widerstands, vor allem seines stärksten, des kommunistischen Teils. Bezeichnend sind die Versuche, die Selbstbefreiung der Häftlinge des KZ Buchenwald abzuleugnen, und erschrekkend ist, wie wenig Widerspruch sich dagegen regt. Wer humanistisch und demokratisch gesonnen ist, müßte doch jedes Zeichen von Mitmenschlichkeit, Mut und Widerstandskraft, das KZ-Häftlinge allen Demütigungen zum Trotz zu geben vermochten, und besonders diejeni-

gen Aktionen organisierten Widerstands, mit denen das Leben von Mithäftlingen gerettet werden konnte, würdigen und in Ehren halten. Doch da die Akteure in der Regel Kommunisten waren, dürfen sie nicht mit Würdigung rechnen.

Nur weil sie Kommunisten waren, erhielten viele Widerstandskämpfer - obwohl in der Präambel des Bundesentschädigungsgesetzes der Widerstand als Verdienst um das deutsche Volk anerkannt ist - jahrzehntelang keine Entschädigung. Auch andere Gruppen von Nazi-Opfern konnten (und können z.T. bis heute) von den Renten nur träumen, die ihren Peinigern von einst gezahlt werden. Seit Bestehen der Bundesrepublik fanden sich Nazi-Opfer oftmals desselben Polizisten, Verwaltungsbeamten und Richtern ausgesetzt, von denen sie einst schikaniert worden waren. Es gab Berufsverbote- Verfahren, in denen jungen Kommunisten vorgehalten wurde, daß sich in der Nazi-Zeit auch ihre Eltern schon staatsfeindlich verhalten hätten.

Nach 1989 haben hauptsächlich die Ostdeutschen eine rapide Abwertung des Antifaschismus erlebt - dargestellt als Befreiung vom "verordneten Antifaschismus". In anspruchsvolleren Varianten richtete sich die Kampagne gegen einseitige Darstellungen des Widerstandes, gegen politischen Mißbrauch antifaschistischer Symbole, gegen staatliche Rituale, die hohl geworden waren. Doch die beabsichtigte Wirkung ging weit darüber hinaus. Der Antifaschismus überhaupt sollte als unzumutbare "Verordnung" der DDR-Politiker verstanden und abgeschüttelt werden. Weil er von Kommunisten "verordnet" gewesen war, sollte er nichts mehr gelten. Eifrig benannten Stadträte Straßen um, die hingerichteten Widerstandskämpfern gewidmet waren. Eine Kaserne in Westdeutschland durfte und darf weiterhin Dietl-Kaserne heißen (benannt nach einem der draufgängerischsten Hitler-Generale, d.h. einem, der besonders viele Menschen draufgehen ließ), eine Kaserne in Ostdeutschland durfte nicht länger den Namen des im KZ Buchenwald ums Leben gekommenen einstigen SPD-Politikers Rudolf Breitscheid tragen. Gedenkstätten wie die für den antifaschistischen Sänger Ernst Busch wurden geschlossen. Den antifaschistischen Schriftsteller Stefan Heym, der 1994 als Alterspräsident die Eröffnungsrede des neugewählten Bundestages hielt, brüskierte Kohl und seine Fraktion so, als hätte der Jude und Sozialist Heym sich zu schämen, das Nazi-Regime überlebt zu haben. Als US-Soldat war er 1945 erstmals aus dem Exil nach Deutschland zurückgekehrt. Später hatte er sich, wie die meisten großen deutschen Schriftsteller, in der DDR angesiedelt, die ihnen im Gegensatz zum Adenauer-Staat Willkommen und Wirkungsmöglichkeiten bot. Solange sich Heym in der DDR kritisch mit der dortigen Regierungspolitik befaßte, wurde er in Westdeutschland hochgepriesen. Mit dem Ende der DDR aber hörte die Wertschätzung für ihn auf, obwohl oder gerade weil er derselbe kritische Kopf blieb. Zum Dichter der Nation aber avancierte **Ernst Jünger**, der Verherrlicher des Vernichtungskrieges.

Der Antifaschismus läßt sich jedoch nicht gänzlich abwickeln. Auf dem Weg zur Weltmacht gibt es auch für Kohl Gründe, gelegentlich dem Widerstand seine Reverenz zu erweisen: zur Beschwichtigung des Auslands. Wenn ich nun aber seine Äußerungen wörtlich nehme, daß wir uns im vereinten Deutschland auf das Vermächtnis des Widerstands beziehen, dann muß ich konkretisieren, was das Vermächtnis enthält. Ich will es, angeregt durch die Marburger Tagung (deren Ergebnisse als Buch unter dem Titel "Was aus Deutschland werden sollte" im Distel Verlag Heilbronn erscheinen), in wenigen Punkten zusammenfassen:

Vernichtung der sozialistischen Kräfte als Aufgabe der National"sozialisten". Der Großindustrielle Thyssen im Gespräch mit Goebbels am 20. September 1933.

- Der Widerstand forderte die Entmachtung der Täter, vor allem der Hauptverantwortlichen des Nazi-Regimes. Auf der Grundlage eindeutiger Bestimmungen des Potsdamer Abkommens schufen die Alliierten zahlreiche Rechtsvorschriften, die laut Artikel 139 des Grundgesetzes ihre Gültigkeit behielten. Wie wenig das Führungspersonal der Bundesrepublik diesen Artikel ernst nimmt, machte Roman Herzog, früher Präsident des Bundesverfassungsgerichts, jetzt Bundespräsident, klar, als er ihn als "obsolet" abtat.. Die wirtschaftlichen Hintermänner, Finanziers und Profiteure waren im Potsdamer Abkommen mitgemeint. US-amerikanische Regierungsstellen hatten z.B. in einem ihrer OMGUS-Berichte unwiderleglich begründet, daß die Herren der Deutschen Bank jeglichen Einfluß verlieren mußten. Doch die wahrhaft Mächtigen im Lande wurden nach der Gründung des Bundesrepublik mächtiger als je zuvor.

- Abkehr von Nationalismus und Rassismus. Der Widerstand betonte die Menschenwürde und die Menschenrechte unabhängig von der Herkunft des Einzelnen. Er dachte internationalistisch, förderte internationale Zusammenarbeit und Solidarität, auf die er sich angewiesen wußte. Eine Frucht leidvoller Erfahrungen vieler ins Exil getriebener Deutscher war Artikel 16 des Grundgesetzes (Asylrecht), den 1993 eine große Koalition in Bundestag und Bundesrat zur Unkenntlichkeit verstümmelte. Auch in dieser Auseinandersetzung bestätigte sich die Aktualität des antifaschistischen Vermächtnisses.

- Abkehr von Militär und Krieg als Mitteln der Politik. In Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen sah das Grundgesetz von 1949 keine Bundeswehr vor. **Franz Josef Strauß**, der spätere Bundesverteidigungsminister, sagte nach dem Zweiten Weltkrieg zu Beginn seiner politische Karriere, demjenigen solle "die Hand verdorren", der nochmals ein Gewehr anfasse. Als dann doch Streitkräfte aufgestellt wurden, geschah das mit der verfassungsrechtlichen Maßgabe, sie dürften nur Verteidigungszwecken dienen. Das Bundesverfassungsgericht, geübt im souveränen Umgang mit dem Wortlaut der Verfassung, hob inzwischen diese Beschränkung auf. Sein früherer Präsident Herzog verpflichtete 1995 als Staatsoberhaupt die Deutschen, "Leib und Leben" einzusetzen. Für welche Zwecke? Das Bundesverteidigungsministerium nannte u.a. nationale Interessen an Rohstoffen aus anderen Ländern.

- Abkehr vom Imperialismus. Die Zerschlagung der Monopole, im Potsdamer Abkommen nachdrücklich als Ziel genannt, sollte die deutsche Wirtschaft von ihrem aggressiven Expansionskurs abbringen. Zeitweilig wurde später der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der NATO u.a., zugetraut, sie könnten Deutschland einbinden, den deutschen Imperialismus bändigen. Inzwischen übt deutsches Kapital in vielen europäischen Ländern beherrschenden Einfluß aus; Bonn unterstützt Militärdiktaturen wie in der Türkei und Indonesien; als Waffenexportland ist Deutschland an die zweite Stelle nach den USA gerückt; und der eigenen Bevölkerung wird abverlangt, den Gürtel enger zu schnallen, damit höhere Profite dazu verwendet werden können, die USA und Japan als Hauptkonkurrenten zurückzudrängen.

- Sozialistische Umgestaltung Deutschlands. Die ersten Parteiprogramme einschließlich des Ahlener CDU-Programms, die per Volksentscheid beschlossenen ersten Länderverfassungen in Hessen und Bayern und auch noch die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes griffen diese Forderung des Widerstands auf. Doch inzwischen attackiert der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, sogar das im Grundgesetz verankerte Sozialstaatsprinzip. Die von allen Fraktionen des Widerstands gewünschten starken Einheitsgewerkschaften als Haupthebel zur Demokratisierung der Wirtschaft sind systematisch geschwächt worden (z.B. durch Legalisierung verschiedener Formen der Aussperrung, aber auch durch Selbsterniedrigung). Konzerne, die größer und mächtiger sind denn je, glauben im Zeichen einer Massenarbeitslosigkeit von ähnlichem Ausmaß wie am Ende der Weimarer Republik kaum noch soziale Rücksichten nehmen zu müssen. Die Gefährlichkeit dieser Konzerne wächst mit dem Zerstörungspotential der Techniken, über die sie gebieten. Die Mahnung Max Horkheimers, des ins Exil getriebenen Soziologen, hat nichts von ihrer Gültikeit verloren, daß vom Faschismus schweigen soll, wer nicht vom Kapitalismus reden will.

Wichtiger noch als alle Einzelforderungen des Widerstand erscheint mit die Haltung der beteiligten Männer und Frauen: ihre Zivilcourage, die sie in Abkehr von traditioneller deutscher Untertanengesinnung unter viel härteren Bedingungen bewiesen, als wir sie heute haben. Ohne Zivilcourage, die auch im heutigen Deutschland alles andere als selbstverständlich ist, kann Demokratie nicht gedeihen.

Raimund Hethey

Die Jagd nach dem Bernstein

Über neudeutsche Beutezüge im ehemals realsozialistischen Osten

Nach der Niederlage der deutschen Faschisten flohen etliche Nazi-AnhängerInnen vor der Roten Armee nach Westen, zahlreiche Menschen wurden aufgrund ihrer Zuordnung als Deutsche aus östlichen Staaten vertrieben. Zu groß war der Haß auf die Deutschen, die einen Krieg begonnen und fürchterliche Verbrechen begangen hatten.

Der Anti-Kommunismus macht immer noch viele blind für die Wirklichkeit. Sie bezeichnen die „Vertreibung" als „eines der großen Verbrechen der Menschheitsgeschichte", ohne mit nur einer Silbe auf die Ursache dieses „Verbrechens" hinzuweisen, die historische Tatsache, daß deutsche Staatsangehörige 20,6 Millionen Menschen in der Sowjetunion niedergemetzelt, vergewaltigt und verbrannt haben. Und nicht nur dort. Die Opfer des Faschismus werden verschwiegen, wenn es wieder darum geht „großdeutsch" zu denken und zu handeln. Da werden die TäterInnen und MitmacherInnen zu den größten Opfern stilisiert und großkotzig Gebietsansprüche gestellt. Dabei ist im Gesetz festgeschrieben, daß die Oder-Neiße-Grenze für alle Zukunft unantastbar bleibt. Dennoch: Im Osten geht fünfzig Jahre nach der militärischen Niederlage und der Zerschlagung der Nazi-Diktatur für das Kapital wieder die goldene Sonne auf, im Westen für viele Arbeitsuchende für immer unter.

Im Zwei-plus-Vier-Vertrag, dem Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. 09. 1990, Zustimmung ist am 11.10.1990 (BGBl. II, S.1317) erfolgt, heißt es zur Grenzfestlegung: (1) „Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen. (...) Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen des vereinten Deutschland ist ein wesentlicher Bestandteil der Friedensordnung in Europa.(2) Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag. (3) Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch nicht in Zukunft stellen."

Wer gegen Gesetze verstößt, ist kriminell. Die sich da zusammenfinden, um das großdeutsche Reich wieder auferstehen zu lassen, bilden eine kriminelle Vereinigung und gehören nach bürgerlicher Auffassung hinter Schloß und Riegel.

Öffentliche Förderung revanchistischen Gedankenguts hat lange Tradition: Foto aus einer vom Landkreis Stade mitfinanzierten Broschüre aus dem Jahr 1987 mit dem Titel: "Goldap in Ostpreußen".

Alles für die DM oder wer liefert die billigste Arbeitskraft?

Leuchtendes Beispiel für Ostexpansionisten ist der frühere Vorstandssprecher und amtierende Aufsichtsratsvorsitzende der DEUTSCHEN BANK, über deren Konten 1/3 aller Ostgeschäfte abgewickelt werden, **Wilhelm F. Christians**. Das Wirtschaftsbeiratsmitglied der RWE und Mannesmann-Aufsichtsratsmitglied forderte 1993 eine Transformation von Kaliningrad in eine „Baltische Industrie Region" unter bundesdeutscher Federführung. Neo-Faschist Dr. **Gerhard Frey** läßt Christians dafür in seiner „Deutschen Nationalzeitung" ausdrücklich loben: „Einer der von Finanzen wirklich Ahnung hat, sieht es ganz anders: Dr. F. Wilhelm Christians. Der langjährige Chef der Deutschen Bank AG und jetzige Aufsichtsratsvorsitzende des größten deutschen Bankhauses wirbt mit Sachverstand und Leidenschaft um deutsche Beteiligung am Wiederaufbau des nördlichen Ostpreußens. So tat er es auch jetzt wieder bei einem bemerkenswerten Vortrag in Lübeck. 'Man muß Visionen haben, um Ideen zu verwirklichen', schrieb Christians dabei verständnislosen Zeitgenossen ins Stammbuch." Was gut ist für die Deutsche Bank, soll ihr verblichener Chef und Wiederbegründer **Hermann Josef Abs** einmal gesagt haben, sei auch gut für die deutsche Bundesrepublik. Das ist auch bestens für den Vorsitzenden vom Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft, **Otto Wolff von Amerongen**. Der verlangte im Januar 1995 von den Russen, daß sie die Rechtsunsicherheit bei den Steuergesetzen beseitigen und Klarheit darüber schaffen müßten, ob ausländische Investoren Eigentum an Grund und Boden erwerben könnten. Nebenbei forderte er die Russen auf, die 800 Millionen DM Schulden aus der Zeit der Sowjetunion endlich zu bezahlen.

Der Kampf um ökonomische Vorherrschaft hat auch seine kulturellen Aspekte. Der Chef des Möbelkonzerns SCHIEDER Rolf Demuth teilt der Öffentlichkeit im Januar 1995 mit, daß von den 7700 Mitarbeitern der Schieder-Gruppe (1,8 Mrd. DM Umsatz) bereits 4.700 polnisch sprächen.

Bundesdeutsche Textilunternehmer haben die Produktion von Garnen, Geweben und Bekleidung in osteuropäische Staaten verlagert. Dort können sie für den Lohn eines deutschen Arbeitnehmers neun Ungarn, elf Polen oder zwölf Tschechen beschäftigen. „Im Baltikum, der Slowakei oder in Rumänien ist das Lohngefälle noch drastischer", schreibt die „Welt" am 18. Januar 1995. Deshalb wanderte die Textilindustrie im ersten Halbjahr 1994 mit Aufträgen für 2,5 Mrd DM nach Osteuropa aus. Das kostete hierzulande 25.000 Arbeitsplätze und brachte den Unternehmern für denselben Kostenaufwand eine schätzungsweise dreiviermal so große Produktion. Seit 1992 hat die Textilbranche in Deutschland über 60.000 Mitarbeiter rausgeworfen.

Überall dort, wo die Konzerne zugeschlagen haben, bleiben die Menschen auf der Strekke. Laut ZEIT-Magazin sind die deutschen Unternehmer „im Osten nicht beliebt, sie verdienen viel und zahlen wenig." In der Republik Tschechien schlägt die Furcht vor der „Germanisierung" in Haß auf Deutschland um, das dort unangefochten an der Spitze der ausländischen Investionen steht.

Die „Geschäfte" verlaufen in Form einer einfachen Lieferbeziehung, in Form der Lohnveredelung: Deutsche Vorprodukte werden in den Osten gebracht, dort verarbeitet und wieder nach Deutschland zurückgeliefert, als Gemeinschaftsunternehmen (Joint-venture) oder in einer eigenen Produktionsstätte. Oft bleibt der moderne Maschinenpark im Westen, die hier beschäftigten ArbeiterInnen werden entlassen.

Bei günstiger Geschäftslage bleibt auch etwas übrig für die Begleichung offener Rechnungen. Die Bundesregierung hat der 1991 gegründeten Stiftung „Deutsch-Polnische Versöhnung" 500 Millionen Mark als einmaligen Betrag für die Opfer des Nationalsozialismus

„Bund der Vertriebenen" (BdV)

Über „Neue Aufgaben für den Bund der Vertriebenen" berichtet **Paul Latussek**, stellvertretender Bundesvorsitzender des „Bundes der Vertriebenen" (BdV), in der April-Ausgabe der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation+Europa" (NE). Nach Auffassung von Latussek, der bei der Europawahl im letzten Jahr als Spitzenkandidat die DSU-Liste anführte, soll der BdV „innenpolitisch dafür sorgen, daß die deutsche Regierung die Interessen der Vertriebenen stärker als bisher gegenüber den Vertreiberstaaten" vertrete.

zur Verfügung gestellt. Aus diesem Fonds wurden bisher etwa 250.000 ehemalige Zwangsarbeiter, Häftlinge und verfolgte Kinder mit Geldsummen zwischen umgerechnet etwa 400 bis fast 2000 Mark unterstützt. Der Sprecher der Stiftung, Herr Podsiadlo, äußerte sich kritisch über deutsche Firmen, die während des Zweiten Weltkrieges den Vorteil aus der Sklavenarbeit gezogen und bisher keine Bereitschaft gezeigt hätten, sich an der Lösung des Problems der polnischen Nazi-Opfer zu beteiligen.

Politikagenturen: Studienzentrum Weikersheim, Opus Dei, Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA)

Staat, Kirche und Kapital sind sich in der neuen Aufgabe der Eroberung des Ostens einig. Sie marschieren getrennt und schlagen oftmals vereint zu. Deshalb gibt es zahlreiche „Persönlichkeiten", die für alle drei „Säulen" arbeiten. Der Kölner Ordinarius Professor **Peter Berglar** gehörte zu den Mitgründern des Studienzentrums Weikersheim, das zum Teil staatlich gefördert, die Funktion einer Denkfabrik der CDU/CSU wahrnimmt. Das Studienzentrum Weikersheim sah der Mediziner und Historiker Berglar als 'ein Reanimationszentrum für das gesamte deutsche Volk'. Berglar ist ebenfalls bei den „Rittern vom Heiligen Grabe", der fünften Kolonne des Vatikans, organisiert und steht im Dienste des Opus Dei, das sich vor allem in rechten Diktaturen ausbreitete. So besetzten Opus-Mitglieder im faschistischen Franco-Spanien einflußreiche Spitzenämter. Zu kapitalen Förderern des Opus Dei gehören laut SPIEGEL und Koch/Schröm der Axel Springer Verlag; die Bayer AG; VW; die Deutsche Bank; die bayerische Vereinsbank; die Kölner Arzneimittelfirma Madaus und der Krupp-Veteran **Berthold Beitz**. Das Opus Dei bereitet augenblicklich die Missionierung des Ostens von Berlin aus vor.

Zum Weikersheimer Zirkel zählt auch Prof. **Hartmut Boockmann**, Hochschullehrer an der Göttinger Universität und Mitglied des wissenschaftlichen Beirates des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte in Oldenburg. Er ist Verbindungsmann zum „Ostpreußenblatt", das im ostfriesischen Leer beim Verleger **Gerhard Rautenberg** gedruckt wird. Rautenberg macht dem Kieler Verleger **Munier** Konkurrenz, beide haben umfangreiche Reiseprogramme und Videos über das Land jenseits von Oder- und Neiße. Rautenberg hat die besseren Kontakte zum Frey-Imperium, für das er 1987 Wahlprogramme druckte.

Zentral-Agentur der Bonner Außenpolitik ist der „Verein für das Deutschtum im Ausland". Über diesen Verein werden Politikerreisen vorbereitet, deutsche Investitionen in die Wege geleitet und kulturelle Programme und Studienreisen abgewickelt. Der VDA ging aus dem 1881 in Berlin gegründeten „Allgemeinen Deutschen Schulverein" hervor, der deutsche Schulen und Kultur vor allem in Südtirol unterstützen sollte. Im Laufe seiner Geschichte übernahm der Verein immer mehr staatliche Funktionen. Der Verein organisierte nach dem I. Weltkrieg die „Anschluß an das Reich"-Bewegung, seine „Volkstumspflege" war die geistige Grundlage für „Lebensraum"-Lügen der Nationalsozialisten. Nach dem II. Weltkrieg wurde der VDA von den Alliierten aufgrund seiner Verwicklung in faschistische Greueltaten verboten. 1955 wieder gegründet, wird heute in einschlägigen neo-faschistischen Blättern Werbung für ihn betrieben (z.B. Nation und Europa). Die faschistische Kontinuität nach 1945 läßt sich auch personell aufzeigen. Erinnert sei nur an die Mitgliedschaft Theodor Oberländers. Etabliert hat sich der Verein 1976 als der spätere Bundesminister **Hans Klein** (CSU) Verwaltungsratsvorsitzender wurde.

1994 brachte den Verein sein Finanzierunsgebaren in die öffentliche Diskussion. Der „Verein" soll Millionen DM-Beträge veruntreut haben, die er von der Bundesregierung erhielt. Seit 1990 hat der VDA jedes Jahr ca. 34 Millionen DM von der Bundesregierung erhalten, um in den Nachfolgestaaten der UdSSR Projekte für die sogenannten „Rußlanddeutschen" zu organisieren. Wohnungen, Handwerksbetriebe wurden aufgekauft bzw. finanziert. Seiner Aufgabe, Finanzmittel zu verteilen, ist der Verein aber nicht so nachgekommen wie er sollte, so daß aufgrund von Beschwerden der „Rußlanddeutschen" und parlamentarischer Anfragen im Bundestag sich auch der Bundesrechnungshof mit dem Verein beschäftigen mußte und deutliche Rügen aussprach, weil oft Gelder flossen, ohne daß Projekte begonnen hatten. Abgewickelt wurden Geschäfte auch über die Firma INTERFORM in Moskau, deren Mehrheitseigentümer der VDA ist.

Dem Beauftragten für Aussiedler **Horst Waffenschmidt** (CDU), Mitglied im Verwaltungsrat des VDA bekam der „Finanzskandal" nicht; kurz bevor die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen aufnahm, verließ er seinen Posten beim VDA.

Weiterhin aktiv ist dort der Pfarrdiakon a.D. und MdBler **Horst Sielaff** (SPD). Sielaff stand dem „Zentralverband Mittel- und Ostdeutscher" (ZMO) vor und wurde mit dem stellvertretenden Vorsitz des VDA-Verwaltungsrates bedacht. Sielaff beschwor „Rußlanddeutsche" sich für eine „autonome" deutsche Wolgarepublik einzusetzen und kann auf Nachfrage der „Jungen Welt" nichts extrem Nationalistisches im VDA finden. Sein Parteigenosse **Horst Milde**, niedersächsischer Landtagspräsident sprach auf einer Großveranstaltung der Landsmannschaft Ostpreußen, deren Jugendorganisation nun vom Verfassungsschutz rechtsextremistisches Gedankengut nachgesagt wird, im April 1995 in Oldenburg vom „Europa der freien Völker", das Ostpreußen weiterleben lasse.

Die „Rußlanddeutschen" haben für alle Ostexpansionisten eine Brückenkopffunktion. Sie stellen - im NS-Jargon - das „Volk ohne Raum" dar , das auf gar keinem Fall in Millionengröße in die BRD „strömen" darf, sondern vor Ort gehalten werden muß. Deshalb werden diese Menschen innerhalb des Ostens umgesiedelt.

Invasions-Ziel: Bernstein-Provinz

In Kaliningrad, das seinen Namen 1945 vom ehemaligen Präsidenten Kalinin erhielt, leben tausende von „Rußlanddeutschen" in notdürftigen Unterkünften, andere haben sich schon unter einem festen Dach eingerichtet. Sie stoßen immer mehr auf Ablehnung bei offiziellen Stellen und bei den dort seit 1945 angesiedelten Russen. Schuld daran ist die gezielte Hilfe aus Deutschland, die manchen Rußlanddeutschen dort zu Lebensumständen verholfen hat, die Russen nicht erreichen. Die Hilfe ist oft mit dem Eintreten für ein „deutsches Ostpreußen" verbunden, schreibt Gudrun Domeleit im Schwarzwälder Boten. Besser als vielen anderen der rund 5000 Rußlanddeutschen im Gebiet Kaliningrad geht es den Neueinwohnern von Jasnaja Poljana, dem früheren Trakehnen. Dort stoßen zahlreiche Vereine oft ehemaliger Ostpreußen in die Lücke fehlender staatlicher Hilfen, um den inzwischen etwa 500 Rußlanddeutschen, die am Ort des berühmten Pferdegestüts leben, unter die Arme zu greifen. Besonders engagiert ist die 'Gesellschaft für Siedlungsförderung in Trakehnen GmbH" (GFS) aus Kiel, die mit Hilfe einer Tochter russischen Rechts, der 'GST-Siedlungsförderung', Häuser und Grundstücke erworben hat.

Auch der niedersächsische, jung-dynamische CDU-Landesvorsitzende Wulf mag nicht auf revanchistische WählerInnenstimmen verzichten

Dietmar Munier - will aus Kaliningrad wieder ein "deutsches Königsberg" machen

Geschäftemacher **Dietmar Munier** unterstützt wie andere deutsche Neo-Faschisten die Ansiedlung von Rußlanddeutschen im nördlichen Ostpreußen als aus seiner Sicht Vorstufe einer Rückgewinnung des Gebiets', heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Parlamentsanfrage der PDS. Ausdrückliches Ziel von Muniers 'Aktion Deutsches Königsberg' ist die Hilfe für Rußlanddeutsche um 'dem geliebten Ostpreußen sein deutsches Gesicht wiederzugeben.'

Wenn sie marschieren Seit' an Seit': Landsmannschaft und Nazi-Kameradschaften

Wo Staat und Kirche mehr oder weniger offiziell zu den Ländern im Osten greifen, da kann in der politischen Praxis der organisierte Neo-Faschismus mit seiner Funktion als richtungsweisende politische Kraft kaum noch Schritt halten.

Kernstück neofaschistischer Programmatik ist das direkt aus dem Grundgesetz abgeleitete „Abstammungsprinzip", mit dem eine Politik der offenen Einmischung in andere Staaten ermöglicht wird. Mit Wolgau-Deutschen, Schlesiern, Sudetendeutschen, Elsaß-Deutschen und Ostpreußen will man Politik machen.

Öko-Faschist **Hans Rustemeyer** erklärte in der Zs. „Europa Vorn", daß Deutschland überbevölkert sei und deshalb ein Einwanderungsverbot ausgesprochen werden müsse. Durch Schaffung von „ethnischen Inseln", wie z.B. in Königsberg (Kaliningrad) könne diesem Problem angemessen begegnet werden.

An die „verlorene Heimat GOLDAP Stadt und Kreis in Ostpreussen" gedenken dürfen die BürgerInnen der Stadt Stade. Aufgrund einer Patenschaft, nicht im Sinne von Mafiosis, gibt es zwischen dem „ostpreußischen Boden" und der radioaktiven Erde in Stade eine besondere Beziehung. Die wird aktiv von Dr. jur. **Wolfgang Rothe** von den Aluminiumwerken Finkenwerder gepflegt. Der Wirtschaftsjurist ist im Vorstand der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. und „seit der Öffnung Nordostpreußens für den russischen Teil des Kreises Goldap engagiert und mit dieser Zuständigkeit auch Mitglied im Kreisausschuß", heißt es in einer von der Stadt mitfinanzierten Broschüre, ein wahres Meisterstück revanchistischer Publikationskunst. „Er versucht die Gründung christlicher Gemeinden in Tollmingen und Gawaiten," ist dort weiter zu lesen, „die Einrichtung von Gottesdiensten und deutschen Sprachunterricht zu betreiben, engagiert sich auch für Sonderprojekte wie die Kirche in Tollingkehmen und den Versuch, das Jagdhaus aus Rominten in Königsberg zu erhalten und zu erwerben. Er arbeitet zusammen und koordiniert sich mit dem Arbeitskreis Nordostpreußen, dem u.a. der Sprecher der Stallupöner, der Beauftragte der Joahanniter, ein Vertreter der EKD angehören, ferner mit mehreren LIONsclubs und dem Landfrauenverein Sprötze, nicht zuletzt mit dem DRK." Eine feine Gesellschaft betreibt dort Nordostpreußenhilfe. Dr. Rothe legte eine Liste über sämtliche Ortschaften Nordostpreußens an, in der er Zuordnungen vornahm über die Zusammensetzung der Bevölkerung, die an die „Deutschen Volkslisten" zu Zeiten eines **Heinrich Himmlers** erinnern.

Günther Boschütz

Für Unruhe vor Ort sorgen die sattsam bekannten Neo-Faschisten. Auf Einladung vom „Verein zur Förderung der deutschsprachigen Medien in Osteuropa" und dem Fascho-Blatt „Der Schlesische Report" tritt am 10. Mai 1992 der Neo-Faschist **Ewald Bela Althans** als Hauptredner in Kadlub auf. Mit auf dem Podium sitzen **Thomas Hainke** (Ex-NF, Kroatiensöldner) und **Günther Boschütz** (NO). Die November Tour, die Althans nach Kaliningrad, St. Petersburg und Moskau unternahm, wurde von dem Holocaust-Leugner und Geschichtsrevisionisten **Ernst Zündel** aus Kanada gesponsort. Althans sollte ein Büro in Moskau eröffnen.

Boschütz war mit **Thorsten Papproth** (früher NPD, Konstanz) aus Oppeln (Polen) ausgewiesen worden, weil sie dort ein neo-faschistisches Zentrum errichten wollten.

Freiheit für Königsberg meint Herrschaft der Deutschen

Im März 1993 erschien eine Anzeige „Freiheit für Königsberg" in der FAZ, die mindestens 10.000 DM gekostet hat. 600 „Deutsch-Familien" sollen monatlich aus dem Gebiet der „Wolgarepublik" nach Kaliningrad übersiedeln, dafür sucht die Unitas Germanica, die die faschistische Wochenzeitung „Junge Freiheit" herausgibt, in der FAZ und anderen Zeitungen mit der Anzeige noch Geldgeber.

Mehr konservativ und der „demokratischen Mitte" verschrieben, äußerten sich CDU-Politiker, VDA-Repräsentanten zur „Königsberg-Frage", die immer mehr zu einem Appell mit der Aufforderung an die russischen Soldaten mutiert, endlich das Land zu verlassen. So veröffentlichten **Friedbert Pflüger** (CDU), **Wilfried Böhm** (CDU) und **Hartmut Koschyk** (BdV; CSU; PEU (Paneuropa-Union) am 10. Januar 1994 ein internes Strategie-Papier der CDU/CSU, in dem sie die „Königsberg-Frage" thematisierten und eine De-Militarisierung des Gebiets forderten.

Der Ex-MdB-ler **Wilfried Böhm**, Unterzeichner des revanchistischen 8. Mai-Aufrufs, hat sich zusammen mit **Ansgar Graw** zur „Königsberg-Frage" auch verschiedentlich schriftlich geäußert. 1993 veröffentlichten sie den Band „Königsberg morgen. Luxemburg an der Ostsee" im MUT-Verlag (Asendorf), dessen „blaue" Reihe den Verdacht des engagierten Neo-Faschismus immer noch bestätigt.

Ihr Credo: Hauptsache „Königsberg" wird irgendwie Deutsch. Dazu haben Böhm und Graw verschiedene Optionen entwickelt: Bleibt es so, wie es ist, wird „Kaliningrad die vierte baltische Republik", gibt es eine Wiedervereinigung mit Deutschland? oder wird „Kaliningrad" zum „Hongkong" oder zum „Luxemburg" des Ostens? Graw und Böhm suchen nach einer realistischen und prosperierenden Zukunft für das nördliche Ostpreußen, dazu „muß [man] das Mitwirken der zwei dafür entscheidenden Staaten akzeptieren. Das ist zum einen die Russische Föderation als Hausherr und Inhaber der Souveränität über dieses Gebiet und zum anderen die Bundesrepublik Deutschland als wirtschaftliche und technologische Spitzenmacht mit einzigartigen kulturellen und historischen Bezügen zu Königsberg." (Böhm/Graw 1993)

Deutlicher in seinen Ausführungen wird der wegen seiner Beteiligung an Mordanschlägen auf VietnamesInnen Anfang der 80er Jahre rechtskräftig verurteilte Neo-Faschist **Manfred Roeder** (66), früher „Deutsche Aktionsgruppen" und heute „Deutsche Bürgerinitiative e.V." in seinem im Dezember 1992 in der Zeitschrift „Rußland und Wir", Organ der „Deutsch-Rußländische Gesellschaft" veröffentlichten Artikel „Ostpreußen in Not. Aber die Auflösung der Kolchosen bietet uns eine Jahrhundertchance". Darin Roeder: „Wir haben uns drei Ziele gesteckt: Eine Genossenschaft gründen, die Unterstützung der Regierung in Königsberg bekommen und ein Auffanglager für Rußlanddeutsche in Auftrag geben. Alles haben wir erreicht. Es war fast unglaublich." Auf einem Treffen der „Initiative Gesamtdeutschland" in der Nähe von Bonn 1993 forderte Roeder die „Re-Germanisierung" von Kaliningrad. In Rundschreiben „Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk-Förderverein Nord-Ostpreußen" finden sich seine Berichte über Projekte in „Gawaiten, Pabbeln, Wildsheide".

In Trakehnen, für das der Oldenburger CDU-ler **Thomas Kossendey** fleißig „deutsche" Bücher sammelt ist auch der bekannte Neo-Faschist Dietmar Munier aktiv.

Die politische Öffnung Osteuropas wurde für die Reisebranche zur Goldgrube. Das hat nicht nur TUI erkannt, sondern auch Munier, der mit seinen „Bernstein Reisen" ein weiteres lukratives Ostgeschäft aufmachte. Die „Aktion Deutsches Königsberg" ist von ihm bundesweit organisiert.

Der verstorbene Prof Dr. **Hellmut Diwald** fungiert als Schirmherr der „Aktion 'Deutsches Königsberg'" und formulierte im Vorwort zu Muniers Buch „Das letzte Dorf" die ideologischen Grundlagen für die Muniersche Wühlarbeit im Osten: „Entscheidungen von solchem Gewicht, wie sie am Ende der Zwei-plus-Vier-Gespräche gefällt wurden, mögen als unabänderliche Zwänge der Gegenwartspolitik eingeschätzt werden. Als Ergebnis vielfacher Rechtsbeugung sind sie jedoch völkerrechtlich ohne Belang. Noch wichtiger als papiernes Recht ist allerdings, daß vor dem gewaltigen Hintergrund der Geschichte unsere Ostgebiete seit vielen Jahrhunderten deutsches Land, deutsche Heimat sind. Das läßt sich durch kein Vertragswerk ändern. Ostpreußen, Pommern, Schlesien, das Sudetenland sind und bleiben deutscher Siedlungs- und Heimatboden."

Bernhild Vögel

Befreiung - und was dann?

Unterschiedliche Problemlagen der Displaced Persons

Displaced Persons (-,,verstellte Menschen"), kurz DPs genannt -auf die Frage, wer diese Menschen waren, gibt es widersprüchliche Antworten. Für viele ältere Leute waren DPs ausländische, vorwiegend polnische Kriminelle, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit plündernd und mordend über die Dörfer zogen - durch zahllose Ortschroniken transportiert sich diese Sicht bis in die heutige Zeit.

Gewerkschafter dagegen beschimpften damals die DPs als ehemalige SS-Angehörige und Kollaborateure. Mit dem Begriff DP verbinden sich auch die nationalistischen und antisowjetischen Exilorganisationer der Ukrainer und Balten, die auf der Höhe desKalten Krieges von sich reden machten. Der neuere historische Blick dagegen richtet sich auf die DPs als ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die von den Nazis aus ihren Heimatländern verschleppt und von den Ailiierten befreit wurden.

Sowjetische Zwangsarbeiterinnen: Getrübte Befreiung

Die deutschen „Herrenmenschen" hatten den deportierten oder unter falschen Versprechungen angeworbenen sowjetischen Frauen und Männern den untersten Platz in der Hierarchie ihres Zwangsarbeitssystems zugewiesen. Als „Ostarbeiter' bezeichnet, mid mit einem diskriminierenden Stoffetzen mit der Aufschrift „Ost" versehen, wurden sie zu recht- und staatenlosen Arbeitssklaven. In den „Ostarbeiter"-Erlassen war ihre Behandlung festgelegt: Unterbringung in umzäunten, bewachten Lagern, geschlossener Arbeitseinsatz, Hungerkost und drastische Strafen. Viele dieser Bestimmungen trafen Frauen wie Männer gleichermaßen. Die sowjetischen Zwangsarbeiterinnen aber waren Diskriminierungen und Demütigungen in weit höherem Maße ausgesetzt. Die Zerstörung ihres weiblichen Selbstbewußtseins begann mit der Mißachtung des Schamgefühls auf den Deportationstransporten, den entwürdigenden „Entlausungs"-Prozeduren und rüden ärztlichen Untersuchungen in den Durchgangslagern der Arbeitsämter. Nachdrücklich wurde ihnen in den Zwangsarbeitslagern deutlich gemacht, daß sie nichts weiter als „Ungeziefer" und „Schweine" seien, die nur Schläge verdienten. Nicht zuletzt litten die Zwangsarbeiterinnen unter den katastrophalen hygienischen Bedingungen in den Lagern.

Die jungen Frauen waren in der SU in der Phase der „Neuen Ökonomischen Politik" geboren, der Krieg, Revolution und Bürgerkrieg folgten. Dies war eine Zeit, in der die Gleichstellung der Frau gesetzlich verankert wurde, jedoch die dazu nötigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen fehlten. Ehen konnten so schnell geschieden wie geschlossen werden, viele Männer entzogen sich der Verantwortung für den Unterhalt ihrer ehemaligen Familien. Arbeitslosigkeit trieb die Prostitution unter der Müttergeneration der Zwangsarbeiterinnen in die Höhe. In den dreißiger Jahren aber stand die Ehe wieder hoch im Kurs, Scheidungen wurden erschwert und Abtreibungen verboten. Die Frau, die der Stalinschen Moral entsprach, sollte Arbeiterin, Ehefrau und Mutter zugleich sein. Die Jugendlichen, „Stalins Kinder", sahen sich nicht nur mit prüden Moralvorstellungen konfrontiert, sondern auch mit anderen Seiten des gesellschaftlichen Wandels: Dramatik der Kollektivierung, durch die Industrialisierung forderte Abwanderung aus den ländlichen Gebieten und nicht zuletzt Verfolgung und Deportationen in die stalinistischen Lager. Dann folgten Krieg, Zwangsverschleppung oder Anwerbung nach Deutschland.

Das ohnehin schon rissige Gefüge von Normen und Moralvorstellungen zerbrach unter den Bedingungen der Zwangsarbeit. Für einige Stunden dem elenden Zwangsarbeiter-Dasein zu entfliehen, als Frau wahrgenommen zu werden, ein Stück Brot zu bekommen - solche Bedürfnisse standen für viele sowjetische Zwangsarbeiterinnen im Vordergrund. Flüchtige Beziehungen zu privilegierteren Zwangsarbeitern wurden aufgenommen, die Grenzen zwischen Liebesbeziehungen und prostitutionsähnlichen Verhältnissen waren fließend. Die wachsende Zahl von Schwangerschaften alarmierte die NS-Behörden: Sie zwangen die Frauen zur Abtreibung bzw. nahmen ihnen die Kinder sofort nach der Geburt weg und übergaben den „unerwünschten fremdvölkischen Nachwuchs" in sog. Ausländerkinderpflegestätten dem sicheren Tod durch Mangelernährung und Vernachlässigung. Nicht nur im Hinblick darauf erlebten die Zwangsarbeiterinnen ihre Schwangerschaft als perspektivlos: eine Rückkehr in die Heimat mit einem im Feindesland geborenen Kind erschien undenkbar. War ihnen doch ohnehin klar, daß ihr Versuch zu überleben Verzicht auf Widerstand bedeutete und sie nach der Befreiung dem pauschalen Vorwurf der Kollaboration aussetzen würde.

Welche Ängste die Freude russischer und ukrainischer Zwangsarbeiterinnen über die Befreiung auch überschatteten, ihre Zukunft war längst festgelegt. Auf der Konferenz von Jalta hatte Stalin in Februar 1944 ein geheimes Zusatzabkommen durchgesetzt, in dem sich die Westalliierten verpflichteten, alle sowjetischen Bürger, die sich auf den von ihnen besetzten Territorien befanden - notfalls zwangsweise - zu repatriieren (d.h. in die Heimat zurückzuführen). Im Sommer 1945 wurde so die Masse der ehemaligen sowjetischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die nun DP's hießen, in die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands und von dort in die Sowjetunion transportiert. Wieviele von ihnen in den stalinschen Arbeitslagern ihre tatsächliche oder vermutete Kollaboration abbüßen mußten, ist nicht bekannt.

Balten und Ukrainer: Militanter Antisowjetismus

Zurück blieben im wesentlichen zwei Gruppen von DPs mit ehemals sowjetischer Staatsangehörigkeit: die Balten, die nach westalliierter Auffassung keine Sowjetbürger waren, und eine Anzahl ukrainischer und weißrussi-

Zwangsarbeiter, nach 1945 sogenannte "displaced persons", werden auch in der heutigen Medienberichterstattung häufig als "Kriminelle" und "Plünderer" dargestellt. Das Foto zeigt belgische Kriegsgefangene 1940/1941. Foto: Stadtarchiv Salzgitter

scher DP's, die sich der Zwangsrepatriierung solange entzogen hatten, bis sie - ab Anfang 1946 - keine Auslieferung mehr befürchten mußten.

Zur Erinnerung: 1940 annektierte die Sowjetunion die ihr im deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrag von 1939 zugesprochenen baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland. Ein Jahr später überfielen die Truppen Hitler-Deutschlands die Sowjetunion - auch die baltischen Staaten fielen unter deutsche Okkupation. Im Baltikum trafen die deutschen Besatzungsbehörden bereits ein großes antisowjetisches Potential unter den Bevölkerungsschichten an, die erst vor kurzem von den Sowjets enteignet, deklassiert und verfolgt worden waren. In der Ukraine und Weißrußland hatten sich nationalistische Gruppierungen, die die staatliche Unabhängigkeit von der Sowjetunion anstrebten, die Unterstützung der Deutschen erhofft. Beim Rückzug der Wehrmacht wurden u.a. lettische SS-Leute und Ukrainer, die in paramilitärischen Organisationen der Besatzer gedient hatten, samt ihren Familien nach Deutschland gebracht. Sie dienten in den letzten Kriegsmonaten in Polizeiverbänden oder Wachmannschaften, im rassistischen Weltbild der Nazis eine minderwertige, aber nützliche Hilfstruppe, gerade gut genug, um die (schon verkohlten) Kartoffeln aus dem Feuer zu holen.

Diese in den Westzonen verbliebenen NS-Kollaborateure, bzw. Landsleute, die unter ihren Einfluß geraten waren, erhielten nach und nach eingeschränkten bzw. vollen DP-Status. Mit ihrer Kontrolle hatten die Besatzungsbehörden wenig Probleme und bald galten die anpassungsfähigen und arbeitswilligen Balten den britischen Militärs als „liebste DPs".

Polnische DPs: Verhaßtes Deutschland

Gänzlich anders sah die Situation der polnischen DPs aus. Ihr Zwangsarbeiterlos war dem der „Ostarbeiter" ähnlich gewesen, auch wenn sie von den Nazis etwas besser gestellt waren. Sie erlebten das Kriegsende als uneingeschränkte Befreiung und begingen es mit Festen, Plünderungen und hie und da auch mit blutigen Racheakten gegen ehemalige Unterdrücker. Aber ihre Vorstellung, es sei ihnen erlaubt, sich an den Deutschen für all die erlittenen Qualen zu revanchieren, wurde von den britischen und amerikanischen Militärregierungen nicht geteilt. Law and order war vor allem in der britischen Besatzungszone oberstes Prinzip: Entwaffnung der DPs und ihre Kontrolle durch Militär, die Verlängerung des verhaßten Lagerdaseins - all diese Maßnahmen verbitterten die polnischen DPs. Sie wollten so schnell als möglich weg aus dem verhaßten Deutschland. Solange man sie aber zwang zu bleiben, schien es ihnen nur recht und billig, Sonderrechte zu genießen. Zwar wurden sie besser verpflegt als die deutsche Bevölkerung, aber gerade in den ländlichen Gebieten hatten die Deutschen alles das, was den DPs fehlte: Familie, Wohnung, Vieh, Hausrat und Bekleidung. Es war aber nur eine kleine Minderheit von DPs, die darauf setzte, das Vorenthaltene mit Gewalt zu entwenden. Ein beträchtlicher Teil der immer wieder beschworenen DP-Kriminalität entfällt auf „Beschaffungsdelikte", die in der Nachkriegszeit auch unter Deutschen weit verbreitet waren.

Der sofortige Rücktransport aller DPs war das erklärte Ziel alliierter Nachkriegsplanung gewesen; dafür, daß es sich nur teilweise realisieren ließ, gibt es zwei Gründe. Zum einen hatte für die Sowjetunion die Repatriierung ihrer Staatsbürger absoluten Vorrang. Daher wurden die polnischen DPs aus der sowjetisch besetzten Zone in die Westzonen transportiert - sie mußten dort warten, bis die sowjetischen Militärbehörden Transportkapazitäten freigaben. Zum anderen ängstigte die polnischen DPs zunehmend die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen, dessen Grenzen nach dem Jalta-Abkommen gen Westen verschoben waren: Die Heimatorte vieler DPs lagen nun auf dem Territorium der Sowjetunion. Das Angebot der immer mehr unter sowjetischem Einfluß stehenden Warschauer Regierung, die DPs sollten sich in den neuen, ehemals deutschen Westgebieten ansiedeln, die verwüstet und unsicher waren, war nicht sehr verlockend. Der Kalte Krieg hatte begonnen, das Wort vom „Eisernen Vorhang" war geprägt - dennoch versuchten die westlichen Besatzungsmächte, die polnischen DPs zur Rückkehr zu bewegen und, als dies nicht im gewünschten Ausmaß erfolgte, sie mit Repressalien dazu zu nötigen. Durch Verschlechterung der Verpflegung, Androhung von Arbeitspflicht in der deutschen Wirtschaft, Zensur der DP-Presse und nicht zuletzt durch eine systematische Zersplitterung der in den DP-Camps entstandenen Gemeinschaften sollte das „Hard Core" der polnischen DPs von den potentiell Rückkehrwilligen getrennt werden. Diese Politik hatte bereits ab Sommer 1946 nur noch mäßigen Erfolg, begünstigte aber das Entstehen von kleinen polnischen Banden, die in Outlaw-Mentalität auch vor Raubmord nicht zurückschreckten. Die Reaktion der Militärs war drastisch; Großrazzien wurden organisiert und demonstrative Todesurteile gefällt.

Waren die DPs anfangs in den Augen der Besatzungsmächte Verbündete, befreite Opfer des NS-Regimes, so hatte sich die Sicht auf die DPs binnen kurzem radikal verändert. Das Wort DP stand nun für polnische Banden und Gesetzesbrecher. Hiervon profitierten die besiegten Deutschen, die nun - mit zunehmender Billigung der Besatzungsmächte - aus der Täter- in die Opferrolle schlüpfen konnten.

Kalte Krieger

In der jüngsten Ausgabe des im 27.Jahrgang erscheinenden „Deutschland-Magazins" (März 1995) beschäftigt sich **Kurt Ziesel** (1911 in Innsbruck geboren), Geschäftsführer der am 15.Februar 1966 in München gegründeten „Deutschland-Stiftung" (DS) und Herausgeber des „Deutschland-Magazins" (DM), mit den „wahren Faschisten": „Meiner Meinung nach sind die eigentlichen Faschisten in unserem Land seine politischen und medialen Rufmörder, die jeden, der sein Vaterland liebt, der von konservativen Wertvorstellungen geprägt ist, der den widerwärtigen Hedonismus unserer Pseudo-Liberalen verachtet, als Faschisten und Rechtsextremisten verleumden." In einem widerwärtigen Stil wettert Ziesel gegen die angeblich herrschende „verkommene Medien-und linke Politkultur". Auch die deutsch-deutsche Vereinigung hat für Ziesel seine Tücken: „Mit der Einheit haben wir uns leider auch die DDR-Ideologie des sogenannten Antifaschismus in neuer Auflage eingebrockt". Ungehemmt diffamiert Ziesel Repräsentanten des Staates wie Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker und den brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe. Der politische Werdegang von Ziesel, dem „Nation+Europa" „Hochachtung für den unverdrossenen Elan, mit dem er gegen die Vergeißlerung der CDU und das Wirken der 'Zeitgeist-Apostel' in Deutschland antritt" konstatiert, begann im Jahr 1931 mit dem Eintritt in die NSDAP. Zeitgleich wurde er Redakteur der nationalsozialistischen „Deutsch-Österreichischen Tageszeitung" in Wien (bis 1933), dann Volontär beim „Völkischen Beobachter" in München..., 1939 Wiener Mitarbeiter des NSDAP-Organs „Hakenkreuzbanner"... und 1944 Mitarbeiter der NSDAP-Gauzeitung „Westdeutscher Beobachter" in Köln. Horst Ehmke (SPD) bezeichnet dieses publizistische Wirken von Ziesel als „völkisch-antisemitische Ergüsse". 1960 zählte Ziesel, ein „kämpferischer Akteur auf der politisch-publizistischen Bühne" („Criticon"), zu den Gründungsmitgliedern der „Gesellschaft für freie Publizistik" (GFP), der heute größten rechtsextremen kulturpolitischen Organisation in der Bundesrepublik Deutschland.

Ebenfalls in der DM-Märzausgabe meldet sich der Ex-CDU-MdB **Wilfried Böhm**, seit 1994 Vorstandsvorsitzender der „Deutschland-Stiftung e.V." zu Wort und bejammert, daß „Vergangenheitsbewältigung" im „Zusammenhang mit dem 8.Mai wieder eine der meistgebrauchten Vokabeln" sein wird. Böhm, Interviewpartner und Autor der „Jungen Freiheit", weiter: „Die Geschichte dieses Jahrhunderts verbietet es auch, den 8.Mai 1945 für die Deutschen zum 'Tag der Befreiung' umzufunktionieren, wie es der frühere Bundespräsident von Weizsäcker vor zehn Jahren getan hat."

Nachzulesen ist in der aktuellen DM-Ausgabe ein Interview mit FOCUS-Chefredakteur **Helmut Markwort**. Dieser bezeichnet -ganz im DM-Stil- Zeitungen wie die „Frankfurter Rundschau" und die „Zeit" als „MÜV" („Moralischer Überwachungsverein").

Als ständige DM-Autorin hat sich die Frankfurter CDU-Bundestagsabgeordnete **Erika Steinbach**, Interviewpartnerin der „Jungen Freiheit" und Vizepräsidentin des „Bundes der Vertriebenen" (BdV), einen Namen gemacht.

Andreas Speit

Die Perspektive ist die Vergangenheit

Geschichtsrevisionismus in der Euthanasie-Diskussion

Im Jahre 5. n.d.W. ist es längst nicht mehr nur Stammtischgetöse, wenn festgestellt wird, daß nicht alles, was die Nationalsozialisten taten oder was im Nationalsozialismus geschah, fürchterlich war und zu verdammen sei. Solche und ähnliche Töne erklingen aus den verschiedensten Ecken im Haus der Mörder und schwingen in den unterschiedlichten gesellschaftlichen und politischen Diskursen mit, die zum Ziel haben, aus den Schatten des Nationalsozialismus herauszutreten und alte Handlungsspielräume sowie -varianten wiederzugewinnen.

So begleiten denn auch solche Töne von Anbeginn die Euthanasie-Diskussion. Allen voran die namhaften Euthanasie-Propagandisten **Helga Kuhse** und **Peter Singer** möchten die aktuelle Euthanasie-Diskussion, insbesondere ihre Positionen und Argumentationen, nicht im Licht der NS-Euthanasie von Grafeneck und Hadamar wissen.

Bereits in der „Praktischen Ethik", die 1984 in deutscher Übersetzung bei Reclam erschienen ist, greift Peter Singer auf das altbekannte sog. „Autobahn-Argument" zurück, wie es jede Verteidigung des Nationalsozialismus schon immer getan hat und stellt sogleich die NS-"Euthanasie als „Normalpraktik" dar, indem er schreibt: „Erörtert man die Lehren, die aus dem Nazismus zu ziehen sind, ist es vor allem wichtig, einen offensichtlichen Trugschluß zu vermeiden. Die Nazis haben fürchterliche Verbrechen begangen; aber das bedeutet nicht, daß alles, was die Nazis taten, fürchterlich war. Wir können die Euthanasie nicht nur deshalb verdammen, weil die Nazis sie durchgeführt haben, ebensowenig wie wir den Bau von neuen Straßen aus diesem Grund verdammen können. Wenn die Euthanasie aus irgendeinem Grund zwangsläufig zu den Greueltaten der Nazis führen würde, dann wäre das ein Grund, die Euthanasie zu verdammen. Aber ist für die Massenmorde der Nazis nicht eher der Rassismus verantwortlich zu machen ?". Im Folgenden beantwortet er seine Frage betreffend der Verantwortlichkeit des Rassismus selbst, welche er neben dem Faktor der „Arbeitsfähigkeit" für die NS-"Euthanasie" als ursächlich einordnet. „Im Fall des Nazismus war es die rassistische Einstellung gegenüber 'Nicht-Arier' (...) die die Massenvernichtung möglich macht". Augenscheinlich die Versuche, die Aussagen zur NS-"Euthanasie" ein wenig zu relativieren, eine klare Trennung zwischen dem Eugenik- und Euthanasie-Diskurs und der NS-"Euthanasie" zu suggerieren und die verschiedenen Momente, welche die „Euthanasie" im Dritten Reich möglich machten, auf zwei Aspekte zu reduzieren.

Das Ergebnis dieser Analyse und der Zweck derselben, liegt auf der Hand. „Zwischen diesen Praktiken (der NS-"Euthanasie", Anm. d. Verf.) und den Vorschlägen derer, die heute Euthanasie zu legalisieren versuchen, besteht keine analoge Verbindung". Kontinuierlich und beharrlich wird dies verkündet.

Propagandistische Vorbereitung der Nazis von Zwangssterilisation und Euthanasie.

Im Gespräch mit Christoph Fehig und George Meggle, veröffentlicht in „Zur Debatte über Euthanasie", 1991, (herausgegeben von Rainer Hegselmann und Reinhard Merkel), hebt Singer hervor: „Es muß deutlich gesagt werden, daß das sogenannte Euthanasie-Programm der Nazis niemals ein Euthanasie-Programm war", denn „Euthanasie" „richtig verstanden bedeutet einen guten Tod herbeizuführen, in dem Sinne, daß dieser Tod für das Wesen, dessen Tod es ist, eine Wohltat ist oder ihm Leid erspart. Die sogenannten Euthanasie-Programme der Nazis ließen das vollständig außer acht (...)". Ein weiteres Argumentationsmuster, das Kuhse und Singer anführen wird sichtbar, mit denen bestehenden Analogien negiert werden sollen. In dem selben Buch betont Helga Kuhse, „daß die Nazi-Philosophie die Interessen der direkt von den rassistischen und eugenischen Maßnahmen Betroffenen" mißachteten und „weil (die Nationalsozialisen Anm.d.Verf.) die Interessen der direkt von dieser Moralkonzeption Betroffenen nicht in Betracht" zogen, hätten ihre Argumentationen und „Euthanasie"-Konzeption nichts mit der NS-"Euthanasie" gemein.

Wie ein roter Faden zieht sich dieses Argumenstationsmuster durch ihre Abgrenzungsversuche. Er findet sich dann auch in der letzten umstrittenen Publikation „Muß dieses Kind am Leben bleiben? - Das Problem schwerstgeschädigter Neugeborener" wieder, welche 1993 beim Harald Fischer Verlag verlegt wurde.

Unter der Überschrift „Euthanasie und Nationalsozialismus" formulieren Kuhse und Singer ausführlich: „Den Nazis galt dann ein Leben als lebensunwert, wenn es nicht zur Gesundheit jener mysteriösen rassischen Wesenheit, des Volkes, beitrug. (...) Wir haben die Auffassung vom Volk als einer organischen Einheit, einer Art kollektivem Wesen, zugunsten einer individualistischen Sichtweise aufgegeben. (...) Wer heute aktive Euthanasie in manchen Fällen für gerechtfertigt hält, tut das primär auf der Grundlage der Quantität eines individuellen Lebens, aus der subjektiven Perspektive dieses Individuum". „Wer heute für aktive Euthanasie eintritt", macht „das aus mitfühlender Anteilnahme am Leid von Individuen". Und: „Dieses mitfühlende Interesse am Wohlergehen von Individuen ist das genaue Gegenteil der Nazi-Haltung. Hätten die Nazis nur einen Bruchteil des Interesses am Wohlergehen des Individuums aufgebracht, das moderne Befürworter der Euthanasie dazu bewegt, sich Gehör zu verschaffen, wäre es niemals zum Holocaust gekommen". Kurz in einem Satz zusammengefaßt stellen sie dies in der deutschen Ausgabe - mit Bezug auf die Auseinandersetzung - vorweg: „Im Gegensatz zur Nazi-Philosophie geht es uns nicht um die mythische oder eugenische Idee der Reinheit des Volkes, sondern um das Wohlergehen einzelner Menschen".

Um zu diesem Bild der NS-"Euthanasie" zu gelangen, bedarf es eines Blickwinkels, der im Dunkeln läßt, was im Dunkeln bleiben soll. Getreu dem Motto: Es soll sein, was sein soll. Ausgeblendet wird, daß es sehr wohl innerhalb des Eugenik- und Euthanasie-Diskurses in der Wilhelminischen und Weimarer Zeit Personen gegeben hat, welche sich aus Mitleid und Sorge zwischen Heilen und Vernichten bewegten - zwischen sauberem und schmutzigem Fortschritt. **Valentin Falfhauser**, **Herman Siman** waren zwei von ihnen. Genauso nichtbeachtet bleibt, daß das NS-"Euthanasie-Programm" im wesentlichen auf den Sozialutopien der Rassenhygiene beruhte, denen der Traum immanent war, zum Wohl der Menschheit zu han-

deln. Insbesondere eine Täter-Fraktion wird verschwiegen, die im NS-"Euthanasie-Programm" mitarbeitet und beseelt war von einem naiven Idealismus - einem Gemisch aus revolutionärer Begeisterung, dem Einzelnen und die Gesellschaft heilen und helfen zu können - im äußersten Fall durch den Tod. Sprich, aus „tödlichem Mitleid gehandelt und gemordet haben. Namentlich seien Prof. **Heyde**, Prof. **Carl Schneider** und **Paul Hermann Nitsche** benannt.

Die Vertreter dieser Auffassung waren mit die ersten, die thematisierten, daß nicht nur Heilen, sondern auch Vernichten eine Erlösung für den Einzelnen sein kann.

Der Argumentation der NS-"Euthanasie" war es auch nicht so fremd mit „Mitleid“ und der Feststellung das Euthanasie für die Betroffenen das „Humanste“ sei, zu operieren, wie Kuhse und Singer es darlegen. Im SS-Blatt „Das Schwarze Korps“ wird z.B. 1937 über einen Erbhofbauern berichtet, der seinen „geisteskranken Sohn erschossen hatte; kurz darauf forderte ein Leserbriefschreiber den Erlaß eines Gesetzes, „das der Natur zu ihrem Recht verhilft. Die Natur würde dieses lebensunfähige Geschöpf verhungern lassen. Wir dürfen humaner sein und ihm einen schmerzlosen Gnadentod bereiten“. Die „NS-Euthanasie-Zentrale T4“ machte sich genauso jene Argumentation zu nutzen. Indem sie u.a. den Film „Ich klage an“ in Auftrag gab. Der berühmte, 1941 auf der Bienale in Vendig mit dem „Preis der Nation“ ausgezeichnete Film spannt seine ganze Dramaturgie um diesen Punkt und endet mit einer Anklage an die überholten Gesetze.

Verdunkelt werden soll auch, daß nicht nur rassistische Kriterien verwendet worden sind, um zwischen „lebensunwert“ und „lebenswert“ zu differenzieren. Exemplarisch sei auf die Schrift von Karl Binding und Alfred Hoche, „Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Leben. Ihr Maß und ihre Form“ hingewiesen, die mit ihrem Erscheinen 1920 den Durchbruch des Euthanasie-Gedankens markierte. Es dominiert nicht eine rein rassistische Argumentation, sondern die Selektion und Tötung wird zum einen aus der Perspektive des Individuums betrachtet und zum anderen werden Kategorien für die Euthanasie formuliert, welche keineswegs „nur“ auf rassistische Elemente basieren.

Daß sich die beiden renommierten akademischen Persönlichkeiten auf diese Aspekte eingeschossen haben, überrascht nicht.

Sie bewegen sich mit ihrer Ethik und Euthanasie-Vorstellung in denselben Bahnen des Eugenik- und Euthansiediskurses, der die industrielle planmäßige Tötung von 200.000 Menschen und die Zwangssterilisation von mindestens 400.000 Menschen im Dritten Reich zur Fogle hatte. Seit dem verhinderten Auftritt Peter Singers auf dem Symposium der „Lebenshilfe für geistig behinderte Menschen“, über „Bio-Technik - Ethik - geistige Behinderung“, 1989, ist dies hinlänglich belegt, bekannt und fad.

Ausgehend von dem Jahr 1989 rückten sich Singer und Kuhse, sowie einige ihrer Adeppten und andere, welche einer Pro-Euthanasie-Diskussion ein Forum bieten, die Geschichte ein weiteres Stück zu recht.

Während auf die tödlichen Konsequenzen der Diskussion durch Aktionen und Publikationen hingewiesen wurde, sahen sich Singer und Kuhse „zum Schweigen gebracht in Deutschland“. So überschrieb Singer einen Artikel, den er erstmals im August 1991 in „The New York Reviews of Books“ punblizierte und in „Muß das Kind am Leben bleiben?“ nachdrucken ließ. Neben dem Beklagen, daß nicht alle seine Positionen für diskussionswürdig halten, schreibt er: „Natürlich haben die Deutschen noch mit ihrer Vergangenheit zu tun, und diese Vergangenheit ist rational nur schwer zu erfassen. Allerdings wird die Diskussion über Euthanasie in Deutschland teilweise mit einem Fanatismus geführt, der über normale Nazi-Gegnerschaft herausgeht und Züge anzunehmen scheint, die genau der Mentalität entstammen, die den Nazismus möglich machten“. Die Intention wird sichtbar. Anders formuliert bringen sie es im Vorwort des Buches auf den Punkt: „In den letzten Jahren von Weimar Deutschland erstarb die öffentliche Diskussion angesichts der Einschüchterung durch die SA. Die Fähigkeit, Gewalt als Mittel einzusetzen, um Gegner zum Schweigen zu bringen, wurde wichtiger als die Fähigkeit, zu argumentieren oder zu überzeugen. In diesem Klima gelang Hitler an die Macht“. Schon 1991 schreibt er an anderer Stelle, „daß die Protestierenen selber jene Art von Fanatismus und fehlendem Respekt vor einer rationalen Diskussion gezeigt haben, die für die Nazi-Greuel ebenfalls eine notwendige Voraussetzung gewesen sind. Möglicherweise ist es gar nicht die Euthanasie-Bewegung gewesen, die als Wegbereiter des nationalsozialistischen Völkermordes anzusehen ist, sondern die auch heute im modernen Deutschland scheinbar unausrottbare fanatistische Sicherheit der eigenen Überzeugung, die Weigerung zuzuhören und in eine rationale Diskussion mit jemandem einzutreten, der eine konträre Ansicht vertritt“.

Die Relativierung durch die Wortwahl darf getrost als rhetorische Raffinesse verbucht werden. Intention und Adressat sind offensichtlich. Eindeutig ist der Versuch, den Zusammhang von Euthanasie-Diskussion und NS-"Euthanasie" zu verleugnen und andere Schuldige auszumachen. Und zwar diejenigen, die sich heute gegen eine „rationale Diskussion“ verwehren. Ursula Wolf greift diese Argumenattion in ihren Beitrag „Philosophie und Öffentlichkeit“ in dem bereits erwähnten Buch „Zur Debatte über Euthanasie“ auf: „Die Nazis haben gerade keine öffentliche Diskussion über ihre Praxis geführt und kritische Diskussion herausgefordert“. Richtig wäre festzustellen, daß es eine öffentliche Debatte bis zum Beginn der NS-"Euthanasie“ gegeben hat und nach deren Beginn das öffentliche Auftreten für die Euthanasie erwünscht war. Lediglich die mörderische Praxis in den Tötungsanstalten durfte nicht thematisiert werden.

Sie alle implizieren, hätte es eine Debatte zur NS-Euthanasie gegeben, hätte evtl. die „inhumane“ Euthanasie im Dritten Reich verhindert werden können. Was übertragen auf die heutige Situation bedeutet, daß die, die sich gegen die „neue“ Euthanasie-Diskussion wehren, letztendlich gleichzusetzen sind mit den Nationalsozialisten und desweiteren Schuld am Mißbrauch der Euthanasie sind.

Im selben Tenor positionierte sich der Rowohlt-Verlag, 1992, welcher eigentlich „Muß das Kind am Leben bleiben?“ auf den Markt bringen wollte. In der Presseerklärung zu einer Blockade des Rowohlt Standes auf der Frankfurter Buchmesse heißt es zum Schluß: „Der Vorwurf des Faschismus fällt auf jene zurück, die sich mit radikalen Aktionen jeglicher Diskussion verweigern und allen Argumenten verschließen“. Nachdem der Protest zu laut wurde, reichte Rowohlt das Manuskript an den Harald Fischer Verlag weiter. „Aus privaten Gründen, für die der Verlag keine Rechenschaft schuldig ist“, wie Geschäftsführer Dr. Michael Naumann in einem Brief an die „Krüppelfrauengruppe Bremen“ schrieb.

Wenn wir ansonsten von Singer und Kuhse gewohnt sind, daß sie jegliche Parallelen und Affinitäten zum Nationalsozialismus vermeiden, alle Schnittstellen negiert werden, ziehen sie in der Auseinandersetzung um das Buch, Parallelen zu der Bücherverbrennung im Mai 1933.

Weder die Ethik und Euthanasie à la Singer und Kuhse, noch die Eugenik- Euthanasiediskussion in der Wilhelminischen und Weimarer Zeit waren formal und inhaltlich deckungsgleich mit dem Nationalsozialismus als ideologische Herrschaftsform und deren Euthanasie-Maßnahmen, noch ist Peter Singer ein Neofaschist oder Helga Kuhse eine Neofaschistin.

Doch mit der Verzerrung und Verfälschung der Geschichte geht die Möglichkeit der Wiederholung derselben einher. Der Versuch, den Begriff Euthanasie von dem Makel der NS-"Euthanasie" reinzuwaschen bedeutet die Verhöhnung der Opfer und macht die unterschiedliche Wertung des menschlichen Lebens wieder salonfähig. Die Perspektive ist die Vergangenheit.

Überarbeiteter Artikel aus „Stimmen zur Zeit“, Nr. 1, 15. März 1995

Verstorben

Am 23. März starb **Hugo Wellems**, langjähriger Chefredakteur des revanchistischen „Ostpreußenblatts“, im Alter von 82 Jahren. In einer Todesanzeige der „Landsmannschaft Ostpreußen“ wurde Wellems gewürdigt: „Hugo Wellems bekannte sich zeitlebens zu den zeitlosen Grundsätzen des Preußentums“. Tatsächlich wurde der Rheinländer Wellems am 4. August 1912 in Köln geboren. Wellems trat 1930 der „Hitler-Jugend“ bei, war Führer in der Propagandaabteilung der Reichsjugendführung und seit 1936 im Reichspropagandaministerium beschäftigt. Bis 1973 war Wellems Chefredakteur der Wochenzeitung „Das Deutsche Wort“, über 27 Jahre fungierte Wellems als Chefredakteur des „Ostpreußenblatts“. Im „Ostpreußenblatt“ kamen auch Rechtsextremisten wie **Emil Schlee**, ehemaliger REP-Europaabgeordneter, und **Gerd-Klaus Kaltenbrunner**, Theoretiker der Neuen Rechten, und **Alfred Schickel**, Leiter der revisionistischen „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI), zu Wort.

Sönke Braasch

„Deutsche Burschenschaften“

In der Bundesrepublik sind gegenwärtig etwa zwei Prozent aller Studierenden korporiert und gehören einer der rund 1.000 akademischen Verbindungen an. Bis auf die „Deutschen Sängerschaften“, nur einige der 24 aktiven Sängerschaften betreiben gemischte Chöre, und die mehr als zwei Dutzend Damenverbindungen handelt es sich um reine Männerbünde.

Anfang der 30er Jahre betrug die Zahl der Korporierten an den Universitäten mehr als 60 Prozent. In den 50er Jahren war es noch rund ein Drittel, 1968 lediglich noch knapp 20 Prozent der Studierenden, die sich einer Verbindung verschrieben hatten. Mitte der 80er Jahre setzte eine Renaissance der Korporationen ein. Der rückläufige Trend wurde gestoppt, das gesellschaftliche Klima entwickelte sich für die akademischen Verbindungen zusehends günstiger.

Das politische Spektrum der Verbindungen reicht von liberal bis rechtsaußen. Inhaltlich differieren die Korporationen durch „unterschiedliche Einstellung zum Lebensbundprinzip und zur Mensur“, das „Farbentragen“, dem Bestreben nach einem Verbindungshaus, der Ausgestaltung des Gemeinschaftslebens und anderen Dingen. Den rechten Rand der, laut Nachschlagewerk „Civis Academicus“, 55 Dachverbände bilden die „Deutschen Burschenschaften“ (DB). Sie sind fakultativ schlagend, d.h. die Mensur wird freigestellt, und tragen die sogenannten „Farben“ („Couleur“). Gegenwärtig gehören rund 26.000 Mitglieder dem zweitgrößten akademischen Dachverband an. Es zählen knapp 130 Aktiven- und Altherrenverbände zu den „Deutschen Burschenschaften“.

Erst jüngst haben die DB wieder von sich Reden gemacht. Anlaß war der Streit um die Aufnahme von Zivildienstleistenden in ihre Reihen. Gewagt hatten dies die Burschenschaften „Alt-Germania“ und „Teutonia“ zu Hannover sowie die „Arminia-Gothia“ in Braunschweig. Bei der „Arminia-Gothia“ wurde seit mehr als 20 Jahren keine Mensur mehr geschlagen. Die Pflichtmensur wurde auf dem Burschenschaftstag 1971 abgeschafft. Alle drei Verbindungen wurden aus ihrem Dachverband, den „Deutschen Burschenschaften“, ausgeschlossen.

Weit weniger distanziert ist das Verhältnis der „Deutschen Burschenschaften“ zum organisierten Rechtsextremismus. Bis heute gibt es keinen Abgrenzungsbeschluß gegenüber rechtsextremistischen Parteien wie der NPD, der DVU oder den „Republikanern“. Auf dem Burschenschaftstag in Landau 1973 erhielt der Antrag der Heidelberger „Burschenschaft Alemannia“, sich von rechtsextremistischen Organisationen wie dem „Nationaldemokratischen Hochschulbund“, der NPD und der „Aktion Widerstand“ zu distanzieren, eine Abfuhr. Es ging darum, „einige Alte Herren, die in der NPD sind, nicht zu verlieren“.

Der gegenwärtige REP-Bundesvorsitzende, Dr. **Rolf Schlierer**, „war einmal Fuchsmajor und hat bisher drei Mensuren gefochten“ und ist Alter Herr der „Burschenschaft Germania zu Gießen“. Schlierer gehörte dem Ausschuß für Hochschulpolitik an und fungierte von 1982 bis 1985 als Pressereferent der DB. Der Neonazi **André Goertz**, ehemaliger Landesvorsitzender der inzwischen verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) in Hamburg, wohnte zeitweilig auf dem Haus der „Hamburger Burschenschaft Germania“. Korporierte der „Brünner Burschenschaft Libertas“ in Aachen zählen, so die „Antifaschistischen Nachrichten“, zu den Teilnehmern des Lesekreises der „Jungen Freiheit“. Am „Konservativen Gesprächskreis Aachen“ nahmen Mitglieder von NPD, der „Jungen Nationaldemokraten“ und der inzwischen verbotenen „Wiking-Jugend“ (WJ) teil. Im November 1992 trat der braune Barde **Frank Rennicke**, damaliges WJ-Mitglied, im Hause der Kasseler „Burschenschaft Germania“ auf.

Mehr als drei Dutzend strammrechter Burschenschaften haben sich 1961 zur „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“ (BG) zusammengeschlossen. Zur BG zählen nicht nur bundesdeutsche Burschenschaften. Rund ein Drittel der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“ stammt aus Österreich. Anlaß der Gründung im Münchner Haus der „Burschenschaft Danubia“ war die abgelehnte Fusion von DB und den „Deutschen Burschenschaften in Österreich“ (DBÖ). Seit 1971 jedoch können österreichische Burschenschaften in die DB eintreten. Von den 16 Burschenschaften der DBÖ gehören zehn gleichzeitig der DB an. 1989/90 hatte die deutschnationale „Wiener Akademische Burschenschaft Olympia“, sie ist in der BG organisiert, den Vorsitz der DB inne. Den Publizisten Dietrich Heither und Gerhard Schäfer zufolge „begreifen die in der BG zusammengeschlossenen Burschenschaften die Deutsche Burschenschaft (DB) als Kampfverband. Mit innerer Geschlossenheit, straffer Organisation und Kaderarbeit wollen sie ihre Position im Dachverband mehr und mehr durchsetzten.“ Im Heft 4 der „Schriften der Burschenschaftlichen Gemeinschaft“ aus dem Jahr 1984 fand sich eine Karte Deutschlands in den Grenzen vom 1. September 1939. Außerdem wurden den Burschenschaftern Periodika wie „Aula“, „Criticon“, „Epoche“, „Deutschlandmagazin“, „Nation Europa“ oder gar „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ aus dem revisionistischen Tübinger „Grabert-Verlag“ empfohlen. Auch die Lektüre des inzwischen eingestellten „student“ wurde den rechten Akademikern nahegelegt. Die Zeitung „student“, deren letzter Chefredakteur Rolf Schlierer war, erschien von 1968 bis 1988. Unter den Redakteuren und Autoren von „student“ fanden sich zahlreiche Burschenschafter und Funktionäre rechtsextremer Organisationen wieder. Die Redakteure **Andreas Proksa**, Dr. **Franz Kadell** und **Markus Beisicht** gehörten dem „Ring Freiheitlicher Studenten“ (rfs) an. Beisicht, inzwischen Landesvorsitzender der nordrhein-westfälischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“, war Bundesvorsitzender des rechtsradikalen „Ring“. Der zeitweilige Bonner Korrespondent des „student“ und Alter Herr der Kölner „Germania“, Rechtsanwalt **Klaus Kunze**, war ebenfalls Bundesvorsitzender des rfs. Der Chef vom Dienst des „student“ in den späten 80er Jahren, **Hubert Grosser** („Ghibellinia-Stuttgart“), trat ebenso wie Beisicht 1987 den „Republikanern“ bei. Anfänglich wurde

Kriegsdienstverweigerer unerwünscht: Farbentragender, bierseliger "Lebensbund" mit strammem Rechtstrend.

„student" von der Würzburger „Burschenschaftlichen Aktionsgemeinschaft für Publizistik" herausgegeben. Zwar untersagten die DB den Herausgebern von „student" 1969, „weiterhin das Wort 'burschenschaftlich' in ihrer Bezeichnung zu führen." Doch „begrüßte" der Kartelltag des „Norddeutschen Kartells" „die Initiative der Verbandsbrüder, die zur Herausgabe der Zeitung 'student' führte." Weiter hieß es in Heft 5/1969 in den „Burschenschaftlichen Blätter" (BBl): „Der Kartelltag würde es begrüßen, wenn alle Burschenschafter 'student' abonnierten, um dem aus burschenschaftlichen Geist entstandenen Organ die notwendige Grundlage zu sichern." Fortan wurde „student" von der „Studentischen Aktionsgemeinschaft für Publizistik e.V." knapp 20 Jahre veröffentlicht.

Schreibt über das nordöstliche Ostpreußen: Hannes Kaschkat

Geworben wurde in den „Schriften der Burschenschaftlichen Gemeinschaft" für Organisationen wie die „Deutschland-Stiftung e.V.", die mittlerweile aufgelöste „Konservative Aktion e.V.", das „Studienzentrum Weikersheim e.V.", die rechtsextremen Hochschulorganisationen „Ring Freiheitlicher Studenten" und „Ostpolitischer Deutscher Studentenverband e.V." (ODS), dem späteren GDS, aber auch für die revisionistische „Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt" (ZFI) um Dr. **Alfred Schikkel**, die „Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer" und den „Verein für das Deutschtum im Ausland e.V." (VDA). Bei der Mitgliederversammlung des VDA 1989 wurden die drei Burschenschafter **Eberhard Diepgen** („Saravia-Berlin"), **Robert Heitkamp** („Germania-Hannover") und **Claus-Joachim Lücken** (Sprecher des „Convent Deutscher Korporationsverbände") in den Verwaltungsrat des VDA gewählt.

Schreibt über Trakehnen: Otto Frey

Zu den etwa vierzig Burschenschaften der BG gehört auch die Münchner „Danubia". Sie hat erst im vergangenen Jahr die Zahl der Pflichtmensuren, ganz entgegen dem aktuellen Trend, von zwei auf drei erhöht. In den 70er Jahren wußte der „Spiegel" über die „Danuben" zu berichten, daß „fast alle dem Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB) angehören oder nahestehen". **Uwe Sauermann**, ehemaliger Bundesvorsitzender des NHB, war Sprecher der „Danubia", die dreimal den DB-Vorsitz inne hatte. Eine Dekade später brachte die „Danubia" („Wir haben schon manchem auf den rechten Weg geholfen. In Studium & Politik") zahlreiche Funktionäre der „Republikaner" hervor. Auf dem Haus der „Danubia" wurde 1989 der „Republikanische Hochschulverband" (RHV) gegründet. Dem dreiköpfigen RHV-Sprecherrat gehörten die „Danuben" **Hans-Ulrich Kopp** und **Alexander Wolf** an. **Thomas Clement**, inzwischen Alter Herr oder sogenannter „Philister" der „Danubia", war für das rechte Blättchen „Münchner Freiheit" verantwortlich. Von der „Münchner Freiheit" folgte mancher Autor, darunter Hans-Ulrich Kopp und **Michael Paulwitz**, dem rechten Weg zur „Jungen Freiheit". **Karl Richter**, Alter Herr der „Danubia" und Beisitzer im Bundesvorstand der „Deutschen Liga für Volk und Heimat", schrieb nicht nur für die „Münchner Freiheit", sondern auch für den „Republikaner", die „Deutsche Rundschau" und „Nation & Europa", deren Redaktionsgemeinschaft er heute angehört.

Zusammen mit dem rechtsextremen „Gesamtdeutschen Studentenverband e.V." (GDS) führte die „Danubia" die „Bogenhausener Gespräche" durch. Die „Bogenhausener Gespräche" wurden nach dem Münchner Villenviertel Bogenhausen benannt, wo die „Danubia" ihr Verbindungshaus hat. Bei den „Bogenhausener Gesprächen", sie wurden 1994 zum elften Mal durchgeführt, fanden sich regelmäßig prominente Vertreter aus der Grauzone zwischen offenem Rechtsextremismus und (Rechts-) Konservativismus ein. Unter den Referenten waren in der Vergangenheit der Hamburger Burschenschafter **Hans Heckel**, Autor im „Ostpreußenblatt",und **Andreas Mölzer**, Bundesrat der „Freiheitlichen Partei Österreichs" und ehemaliger Grundsatzreferent von **Jörg Haider**, der im übrigen selbst Alter Herr („Silvania-Wien", „Südmark-Wien") ist. Daneben referierten auch **Stefan Ulbrich**, ehemaliger WJ-Funktionär und JF-Redakteur, und Dr. **Reinhold Oberlercher**, dessen rechtsextreme Hochschul-"Gruppe 146" sich auf einem Hamburger Verbindungshaus getroffen hatte. Der GDS führte darüber hinaus gemeinsam mit der Marburger „Burschenschaft Germania" den „Marburger Diskurs" durch. Auch hier traten einschlägige Referenten wie der rechte Publizist **Caspar von Schrenck-Notzing**, der "Neu-Rechte" **Michael Walker**, der ehemalige Reichsfilmintendant **Fritz Hippler**, der Revisionist **Wilhelm Stäglich**, der heutige NPD-Vorsitzende **Günter Deckert** und der großdeutsche Vordenker **Karlheinz Weißmann** auf.

Die Kölner „Burschenschaft Germania" versteht die Burschenschaften als „national-revolutionäre Reformbewegung an den deutschen Hochschulen". Zentrales burschenschaftliches Anliegen sei der „Einsatz für Deutschland". Der „Germane" **Bernhard Knapstein** ist nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender der revanchistischen „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) und verhindertes Mitglied der SPD. Knapstein initiierte einen „Hofgeismarer Kreis", ehe er der SPD beitreten konnte. „Das was einst die Burschenschaften für ein geeintes Deutschland erarbeitet haben (...) muß unter anderem von uns Hofgeismarern wiedergefunden werden." Der Erstchargierte im Sommersemester 1993, **Marcus Kremers**, war Mitglied der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" und bei den „Republikanern" und dem „Ring Freiheitlicher Studenten" engagiert. Zum Programm für das Sommersemester 1993 der „Germanen" gehörte ein Vortrag des heutigen stellvertretenden REP-Bundesvorsitzenden Dr. **Rudolf Krause** zum Thema „Deutschland-Forum - wider die Deutschenfeindlichkeit". Der Abend mit **Sascha Jung** vom „Hofgeismarer Kreis" zum Thema „Sozialdemokratie und Vaterland" mußte ausfallen, da Jung nicht nach Köln anreisen konnte. Zahlreiche Kölner „Germanen" wirkten in den 80er Jahren in den Reihen des „Ring Freiheitlicher Studenten". Beispielsweise gehörten die rfs-Bundesvorsitzenden Klaus Kunze und **Hans Eschbach** der „Germania" an. Der zeitweilige Generalsekretär des rfs **Ulrich Lehmkühler** ist von der erwähnten „Brünner Burschenschaft Libertas" in Aachen.

Mit besten Kontakten zu Neonazis: Burschenschaft Germania

Der Heidelberger BG-"Burschenschaft Normannia" gehört **Wolfgang Unold** an. Geschichtsstudent Unold war Pressesprecher des rechtsextremen „Forum 90" und kandidierte im vergangenen Jahr für die „Republikaner" zur Kommunalwahl in Heidelberg. Mit ihm im „Forum 90" waren weitere Korporierte, sogar von der braunen „Europaburschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg", die zum „Delegierten-Convent Europäischer Corporationen" (DCEC) zählt. Diplom-Kaufmann **Michael Dangel**, Gründer und Vorsitzender des aufgelösten „Forum 90", verließ erst vor wenigen Wochen nach einer spektakulären Polizeirazzia in den Heidelberger Räumen der „Europaburschenschaft" die „Arminia". Neben dem „Forum 90" gibt es nur wenige Fälle, in denen Korporierte versuchten, hochschulpolitisch aktiv zu werden. In Heidelberg suchte Unold vergeblich eine „Königlich-Liberale Liste" (Kölili) zu intiieren. In München und Mannheim gab es Anfang der 90er Jahre jeweils eine „Liste Unabhängiger Studenten" (LUST!), in denen auch die JF-Lesekreise stark hineingewirkt haben. In Köln gab es jüngst wieder eine Liste mit zahlreichen Korporierten. Doch waren bislang solche Organisationsansätze von kurzer Lebensdauer und geringem Erfolg bei

Wahlen zu den Gremien der universitären Selbstverwaltung gekennzeichnet.

Bei den Lesekreisen der „Jungen Freiheit" tauchen immer wieder Angehörige von Burschenschaften, aber auch anderer akademischer Verbindungen auf. In Braunschweig beispielsweise führte der „Arbeitskreis Junger Konservativer" (AJK) um das CDU-Mitglied **Frank Bötzkes** seine Veranstaltungen auf dem Haus der „Burschenschaft Thuringia" durch. Im Januar 1993 organisierte die Braunschweiger „Burschenschaft Thuringia" ein Seminar „Deutschland - Rückkehr in die Mitte". Zu den Referenten zählten auch Emil Schlee, der 1989 über die Liste der „Republikaner" in das Europaparlament gewählt wurde, und der neurechte Theoretiker **Robert Steuckers**. Im Jahr zuvor referierte der „Danube" Hans-Ulrich Kopp über die „Multikulturelle Gesellschaft - eine liberale Utopie und die Antwort der Konservativen".

Im Herbst des vergangenen Jahres wurde in Innsbruck von DB, DBÖ, BG, dem „Österreichischen Pennäler-Ring" und den Innsbrucker wehrhaften Korporationen, darunter die „Akademische Burschenschaft Brixia", der „Gesamttiroler Freiheitskommers" mit mehr als 1.500 Teilnehmern durchgeführt. An dem deutschnationalen Spektakel in Innsbruck nahm auch eine Delegation der „Jungen Nationaldemokraten" (JN) unter Leitung von **Rainer Hatz** teil. Dem JN-Bundesvorsitzenden **Holger Apfel** wurde die Einreise nach Österreich verwehrt. Die einschlägige Innsbrucker „Brixia" versuchte 1989 eine Veranstaltung mit dem britischen Revisionisten **David Irving** durchzuführen.

Eine wichtige Rolle in der Politik der „Deutschen Burschenschaften" spielen völkischer Nationalismus und Grenzrevisionismus. Im vergangenen Jahr hielten sich Deutsche Burschenschafter in Königsberg auf. Anlaß war die 450-Jahres-Feier der Universität Königsberg. Die „Alte Königsberger Burschenschaft Alemannia" ist heute in Kiel beheimatet. Doch für **Henning Willers** von der „Alemannia" „sind Königsberg und Ostpreußen deutsch, wobei das für mich weniger ein politischer als ein kultureller Begriff ist." Auch in den „Burschenschaftlichen Blättern" finden sich regelmäßig Beiträge über die „verlorenen Ostgebiete". Der Würzburger Rechtsanwalt **Hannes Kaschkat** („Arminia-Berlin" und „Normannia-Heidelberg"), Autor in „Deutschland in Geschichte und Gegenwart", „Criticon" und dem „Ostpreußenblatt", schreibt über das ehemalige Nordostpreußen, **Otto Frey** („Hohenheimia-Stuttgart") über Trakehnen oder **Walter Egeler** („Hohenheimia-Stuttgart") berichtet über „Historische Stunden der Deutschen Burschenschaften in Königsberg/Preußen". **Helmut Kamphausen**, freier Journalist und Autor in der JF und im „Ostpreußenblatt", schreibt ebenso für die „Zeitschrift für den deutschen Burschenschafter", so der offizielle Untertitel, wie der CDU-Landesminister **Gerhard Mayer-Vorfelder**.

1993 wurde als Reaktion auf den Rechtskurs in den DB, vor allem den wachsenden Einfluß der BG, eine „Vereinigung Deutscher Burschenschafter" (VDB) ins Leben gerufen. Unter den sieben Mitgliedern der Vereinigung befindet sich auch die Erlanger „Burschenschaft der Bubenreuther", die 1987 aus der DB ausgeschlossen wurde. Innerhalb der DB formiert sich mit dem Ende April 1994 gegründeten „Hambacher Kreis" eine als ambivalent zu charakterisierende Opposition gegen den reaktionären Kurs der „Deutschen Burschenhaften". 17 Mitgliedsbünde der DB haben sich im „Hambacher Kreis" zusammengefunden: „Für uns ist selbstverständlich, daß völkerrechtlich anerkannte Verträge Gültigkeit haben; die Staatsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland stehen nunmehr fest. Dennoch bleiben wir aufgerufen, uns für die Erhaltung deutscher Kultur auch jenseits unserer Staatsgrenzen einzusetzen."

Dieter Schmidt

Brücken von rechts

Die Münchener Versandbuchhandlung „Mailorder Kaiser" ist die größte ihrer Art in Deutschland. Mehr als 2 Millionen Bücher und über 100.000 Videos gehen jährlich an Kunden im In- und Ausland. Gleichwohl verbirgt sich hinter dieser wohlgehegten Fassade erfolgreichen Geschäftssinns auch ein Teil aktueller deutscher Realität: das klammheimliche Zusammenwirken bürgerlicher Mitte mit der breitgefächerten rechten Szene und deren damit einhergehenden schleichenden Aufwertung. Denn über „Mailorder Kaiser" werden auch die Buchbestellungen an den „Europa Buchversand" abgewickelt.

Seine Kunden sucht sich der „Europa Buchversand" schon seit Jahren durch Anzeigen in den verschiedensten rechtsextremen und nationalkonservativen Publikationen. Inseriert wird in der „Jungen Freiheit" ebenso wie in der Vierteljahreszeitschrift „Criticon". Bis Anfang 1993 waren die Anzeigen auch fester Bestandteil von „Nation und Europa". Bestückt werden auch die Zeitschrift des „Bundes Heimattreuer Jugend" „Na Klar", das Organ der „Paneuropa-Union" „paneuropa Deutschland" oder Graberts Revisionistenblatt „Deutschland in Geschichte und Gegenwart" und das „Deutschlandmagazin" der CDU-nahen „Deutschland-Stiftung".

All diese Zeitschriften sind Teil eines über Jahre gewachsenen, komplexen publizistischen Netzwerkes von rechts, das eine zunehmend breiter werdende Leserschaft mit Druckerzeugnissen aller Art bedient. Dieses Netzwerk wiederum ist eingebunden in eine internationale recht Szene, bestehend aus einer Vielzahl von Gruppen und Parteien unterschiedlichster Größe und ideologischer Ausrichtung. Verlage. Buchversender und Publikationen sind zuständig für die Verbreitung von Informationen über Termine, Aktionen und anderweitige Nachrichten aus der Szene, kommentieren aktuelle Ereignisse und liefern den notwendigen Überbau zur Bildung und Festigung eines rechtsextremen oder neokonservativen Weltbildes.

In diesem Netzwerk stellt der „Europa Buchversand" eine Besonderheit dar. Er bewirbt und vertreibt die Bücher einer großen bundesdeutschen Verlagsgruppe: „Ullstein/Langen/Müller". Chef des Hauses ist der Münchener Verleger, „Junge Freiheit"-Fan und Mitglied des rechtsextremen „Witikobund" **Herbert Fleissner**, der es in vier Jahrzehnten vom Besitz zweier Kleinverlage zu einem Imperium aus fast 30 Verlagen mit einem Jahresumsatz von 130 Millionen DM brachte. Rechtsextreme Bücher haben in den Fleissner-Verlagen Tradition. Schon in den fünfziger Jahren verlegte er ehemalige NS-Autoren wie **Wilhelm Pleyer**, **Hans Grimm** und **Edwin Erich Dwinger**.

Heute finden sich in ungebrochener Tradition **Franz Schönhuber** neben dem Auschwitz-Leugner **David Irving**, die Hitler-Sekretärin **Christa Schröder** neben dem ehemaligen belgischen SS-Offizier **Leon Degrelle** oder die "neurechten" Theoretiker **Armin Mohler** und **Karl-Heinz Weißmann** neben **Heinrich Lummer**. In den Anzeigen des „Europa Buchversands" wird hauptsächlich für diesen Teil des Programms geworben. Hinweise auf die ebenfalls bei Fleissner erschienen Bücher von Eli Wiesel, Simon Wiesenthal oder Willy Brandt sucht man vergebens.

Hans-Jürgen Kaiser, Geschäftsführer und Inhaber der Versandbuchhandlung „Mailorder Kaiser" weist jede Verantwortung für den „Europa Buchversand" weit von sich und erklärt auf Anfrage, nur die Päckchen zu packen. Der Inhalt der Päckchen scheint ihn weniger zu stören, denn zu der Werbetätigkeit des „Europa Buchversandes" in den rechten Blättern befragt, will er nicht mehr weiterreden: „Das ist nicht unsere Sache."

Kaisers Zurückhaltung ist nicht unbegründet, sorgt er sich doch um seinen guten Ruf in der Buchbranche: 1967 gegründet, kann „Mailorder Kaiser" auf eine erfolgreiche Karriere im deutschen Buchhandel verweisen. Aus dem ehemaligen Ein-Mann-Betrieb war bereits 1990 ein Unternehmen mit mehr als 30 Millionen Jahresumsatz geworden, mit Beziehungen zu vielen kleinen und großen Verlagen. Einige von Ihnen, und nicht nur die kleinsten, könnten Kaiser die Verbindungen zur rechtsextremen Szene bei bekanntwerden genauso übelnehmen wie viele seiner Kunden.

G. Noehle

"Junge Freiheit" verurteilt

Zu Unterlassung, Widerruf, Schadensersatz und Schmerzensgeld wurde die Zeitung „Junge Freiheit" und ihr Chefredakteur Dieter Stein von der 7. Zivilkammer des Mannheimer Landgerichts am 17. März 95 verurteilt. Die Journalistin Barbara Ritter hatte die JF wegen der wahrheitswidrigen Behauptung verklagt, Ritter sei eine „Ex-Stasi-Mitarbeiterin".

Der Mannheimer Anwalt der JF, Dr. Dr. **Thor von Waldstein**, versuchte in seiner Klageerwiderung, die JF-Redaktion als das Opfer einer Auseinandersetzung zwischen Ritter und der Lebensschützerinnengruppe „Birke" e.V. (vergl. RR Nr. 29) darzustellen. Von der Vorsitzenden dieses Vereins, **Sonja Dengler**, stamme die Information, die die JF Redaktion nicht weiter habe nachprüfen können. Einen Anspruch auf Schadensersatz und Schmerzensgeld wegen Rufschädigung lehnte Waldstein ab, denn die Klägerin schreibe für die TAZ und sei dem linksextremistischen Umfeld zuzuordnen, wo es keine Rufschädigung sei, wenn bekannt werde, daß man für die Stasi gearbeitet habe. Er bestritt darüber hinaus, „daß die Klägerin überhaupt irgendeinen Ruf hat. Was man nicht hat, kann auch nicht beschädigt werden.".

Dr. Thor von Waldstein hingegen schreibt u.a. für die „Junge Freiheit" und in den „Staatsbriefen". Bei seinen politischen Freunden genießt er den Ruf eines „exzellenten Denkers", der u.a. über die „Bedeutung der konservativen Revolution im liberalistischen Elend" referiert. Zu seinen Klienten zählte u.a. der Holocaustleugner **Fred A. Leuchter**.

Ausgedacht hatte er sich für den Prozeß die schöne Geschichte von der „gutgläubigen" JF-Redaktion, die völlig "blauäugig" in eine „Privatfehde" zwischen Frau Ritter und Frau Dengler geraten sei. Die erfinderische Lebensschützerin von der „Birke" ist der JF allerdings keineswegs fremd, schließlich unterstützt die JF die angebliche Schwangeren-Beratungsstelle seit Ende 1992, z.B. durch eine über die Zeitung organisierte Buchversteigerung. Gleichzeitig bemühte sich die JF, die „Abtreibungslobby" - wie sie die feministische Bewegung gegen den § 218 nennt - als „stasigesteuert" zu diffamieren. So wußte die JF im April 1993 auf der Titelseite zu berichten, das von Ritter mitverfaßte Buch „Vorsicht Lebensschützer" sei „in weiten Teilen aus einem Stasi-Braunbuch abgeschrieben", eine Meldung die jeder Grundlage entbehrt, schon allein deshalb, weil die in dem Buch beschriebene Lebensschützer-Organisationen alle erst Jahre nach Erscheinen der Braunbücher gegründet wurden.

Dennoch griffen diese Geschichte mehrere Lebensschützer begierig auf. MdB **Claus Jäger**, führendes Mitglied der "Christdemokraten für das Leben" und einst Sprecher des „Deutschland-Forums", machte sogleich eine kleine Anfrage im Bundestag daraus.

Die durch regionale Berichterstattung aufgescheuchte Lebensschützerin Sonja Dengler, die angeblich „Leitzordner voller Unterlagen" über Ritter besitzt, lancierte dieses Gerücht bei mehreren anderen Redaktionen, um zu verhindern, daß Ritters Bericht über die üblen Beratungsmethoden der „Birke" in den großen Medien erscheine (im übrigen ohne Erfolg). Mit der neuen JF-Meldung, die Jounalistin Barbara Ritter sei „Ex-Stasi-Mitarbeiterin" und arbeite an einer Verleumdungskampagne gegen die „Birke", setzten Dengler und die JF-Redaktion am 20. Mai 94 noch eins drauf.

Gegen den verantwortlichen Redakteur **Michael Hageböck** stellte nun Ritter bei der Staatsanwaltschaft Potsdam Strafanzeige wegen Beleidigung. Nachdem die Staatsanwaltschaft von der Gauckbehörde eine Negativauskunft zur Person von Frau Ritter erhalten hatte, erging gegen Hageböck am 12.12.94 einen Strafbefehlsantrag, gegen den dieser Einspruch einlegte. Obwohl Hageböck jetzt wußte, daß bei der Gauckbehörde keine Hinweise auf eine Stasi-Tätigkeit von Ritter vorliegen, ließ er am 23.12.94 einen fast seitenlangen Artikel über die „Drahtzieherin" Ritter und deren Stasi-Verwicklungen in der JF absetzen. Eine Gegendarstellung verweigerte der Verlag hartnäckig.

Im Prozeß vor dem Landgericht Mannheim mußte die JF einräumen, daß sie für die aufgestellte Tatsachenbehauptung, Ritter sei Ex-Stasi-Mitarbeiterin, keinerlei Anhaltspunkte außer den unsubstantiierten Aussagen der Frau Dengler habe, für die sich das Gericht nicht weiter interessierte. Die JF verkündete daraufhin der "Birke" den Streit und drohte ihr „regreßrechtliche Schritte" im Unterlegensfall an.

Weil die Redaktion nicht mit der erforderlichen Sorgfalt gearbeitet habe und der Chefredakteur seinen Kontrollpflichten nicht nachgekommen sei, verlangte das Gericht eine Unterlassungserklärung (bei Meidung eines Ordnungsgeldes bis zu 500.000,- oder Ordnungshaft) und den Abdruck eines uneingeschränkten Widerrufs in der JF.

Da die JF auch schuldhaft und grob fahrlässig gehandelt habe, muß die Zeitung den Ersatz des materiellen Schadens tragen, der Ritter aus der unwahren Behauptung entstanden ist und künftig entstehen wird. Weil die unzutreffende Behauptung in besonders schwerer Weise in das Persönlichkeitsrecht eingreife, sprach das Gericht ein Schmerzensgeld in Höhe von 5.000,- aus.

Zu der Polemik des Rechtsanwalts der JF bemerkte das Gericht: „Die Ausführungen der Beklagten dazu, daß die Klägerin überhaupt keinen Ruf habe, liegen ersichtlich neben der Sache."

Wegen dieser Aussagen betreibt Ritter ein Strafverfahren gegen den Rechtsanwalt.

Weikersheim

Auf dem Hambacher Schloß veranstaltet das „Studienzentrum Weikersheim e.V." in Zusammenarbeit mit der 1993 gegründeten „Hans Filbinger-Stiftung" am 6./7. Mai 1995 einen Kongreß unter dm Motto „Aufbruch und Erneuerung. Die Freiheit von Geist und Wort erkämpfen!" Zu den Referenten des Kongresses zählen u.a. der sächsische Justizminister **Steffen Heitmann**, der FAZ-Redakteur **Eckhard Fuhr** und Oberkirchenrat Prof.Dr.**Hartmut Jetter**, Stuttgart. **Haimo Schwilk** (42), Redakteur der „Welt am Sonntag", Unterstützer der „Jungen Freiheit" und Herausgeber des rechten Sammelbandes „Die selbstbewußte Nation", sowie **Lothar Bossle**, Würzburger Soziologie-Professor, Präsidiumsmitglied des „Studienzentrums" und „Ritter vom Heiligen Grabe", moderieren Diskussionsrunden zu den Themen „Ist die Meinungsfreiheit noch gewährleistet?" bzw. „Die Freiheit von Geist und Wort erkämpfen!". Teilnehmer an der Podiumsdiskussion über das Kongreßthema ist neben Heitmann, Fuhr und Prof.Dr. **Helmut Klages**, Speyer, auch der populistische Parteienkritiker **Joachim Becker** (SPD), Oberbürgermeister von Pforzheim.

Distanziert

In einem Leserbrief an die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 21. März distanzierte sich die Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeutin **Christa Meves** (70) von der inzwischen vom nordrhein-westfälischen Verfassungschutz beobachteten „Jungen Freiheit". „Ich habe mich nach der Veröffentlichung eines von mir dafür nicht bestimmten Aufsatzes, den ich als Leitartikel in der Erstausgabe der 'Jungen Freiheit' publiziert fand, bei dem Redakteur dieser Zeitung, Herrn Stein, von ihr empört, nachdrücklich und für alle Zeiten distanziert und mich später auch noch schriftlich gegen die unaufgeforderte Zustellung des Blattes verwahrt".

NPD-Studenten

Der „Nationaldemokratische Hochschulbund" (NHB) unter Vorsitz von **Martin Laus** hatte für den 23. April zu einer Veranstaltung in den Raum München eingeladen. Geboten werden ein Diavortrag zum Thema „Parsival und die Suche nach dem Gral" von **Karlheinz Baumgartl** und ein Vortrag von Dr. **Heinrich Piebrock** über „Nietzsche aus heutiger Sicht". Mitveranstalter sind der „Politisch-Kulturelle Arbeitskreis Oberland", Traunstein (Bayern), und der „Aktivistenbund" „Sache des Volkes".

Mark Larx

Stein des Anstoßes: Autonome Antifa (mit und ohne „M“)

Ein Oldenburger Professor macht späte Karriere mit Anti-Antifaschismus

Extremismusforschung hat Konjunktur. Da bleibt die CSU-nahe Hanns-Seidel Stiftung nicht außen vor. Schließlich hat sie nie einen Hehl aus ihren Kontakten zu allen möglichen Faschisten in Europa gemacht. Wer auf einem solch großen Erfahrungsschatz sitzt, der ist geradezu legitimiert Extremismusseminare zu veranstalten

Zwei fanden bereits im ersten Quartal 1995 statt. Referenten - in den überwiegend von Männern besuchten Veranstaltungen - waren Verfassungsschützer und Professoren, wie **Wolfgang Rudzio** aus Oldenburg, auf dessen Schriften sich nicht nur „Alt-Neu“-Rechte wie **Zitelmann** beziehen, sondern auch Generalstaatsanwälte, wenn sie gegen AntifaschistInnen ermitteln, wie der GenStA **Endler** und sein Kombattant StA **Pfleiderer** aus Celle im Göttinger Show-Verfahren.

Während die „bajuwarische Befreiungsfront“ in Österreich mit zwei neuen Bombenanschlägen tödlichen Terror verbreitet, tagen honorige Herren zum Thema Rechtsextremismus. Grundtenor der Tagung „alles halb so schlimm“, es handle sich sowieso nur um Einzeltäter, Idioten und Spinner. Außerdem könne die Demokratie eine Schar von 3000 Personen locker aushalten. Verfassungsschützer **Gert Nowak** hat im Seminarraum der Seidel-Stiftung herausgefunden, wie man mit dem Rechtextremismus umzugehen habe. Es sei eben „eine Frage des Standpunktes und der Emotion, die man gegenüber diesem Thema in sich trägt“. Andere Emotionen löst das Thema „Linksextremismus“ im selben Seminarraum nur wenige Wochen später aus. Der Feind steht immer noch links.

Vom 8.-10. März waren als Referenten zu der Tagung „Linksradikalismus und Linksextremismus in Deutschland“ der Hanns Seidel-Stiftung (CSU) im bayerischen Wildbad Kreuth, die „Extremismusexperten“ **Peter Frisch** (SPD, Vizepräsident des Bundesverfassungsschutzes, Köln), **Eckhard Jesse**, **Patrick Moreau**, Wolfgang Rudzio und **Hermann Ziegenaus** (bay. LKA) erschienen.

Rainer Zitelmann darf in der „Welt“ dann auch vor dem „dichten Netz“ der „Autonomen“ warnen. Er nutzt die Ausführungen von Professor Rudzio. „Nach Darstellung der Referenten wuchs 1994 die Anhängerschaft der 'Autonomen', die Ende der achtziger Jahre bei 2000 lag, auf 5000 an. Auf deren Konto gehen 80 bis 90 Prozent der linksextremistischen Gewalttaten - Brandstiftung, Körperverletzung und Sachbeschädigung. In den Mittelpunkt rückte der Oldenburger Politologe Wolfgang Rudzio den Antifaschismus. Autonome sähen Rechtsextremisten, aber auch Konservative und demokratische Rechte als 'Faschos', spähten deren Privatsphäre systematisch aus, um Steckbriefe in Mailboxen („Spinnennetz“) einzugeben. Bemerkenswert sei die dichte Vernetzung durch elektronische Kommunikationsmittel. So gebe es 16.000 Nutzer von Mailbox-Systemen der 'Antifa'. Deren Erkenntnisse seien Basis für Gewalttaten. Die Aufklärungsquote bei linksextremistischen Straftaten sei niedriger als bei rechtsextremistischen. Für Bayerns Vize-Verfassungsschutzchef **Volker Haag** hängt dies damit zusammen, „daß der gesellschaftliche Konsens gegen Linksextremismus nicht mehr so ausgeprägt ist wie gegen Rechtsextremismus.“

Wolfgang Rudzio wurde am 29. März 1935 in „Insterburg/Ostpreußen“ geboren. So steht es im Gelehrtenlexikon von Kürschner, in den aufgenommen wird, wer gerne im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen möchte. Rudzio will das. Er promoviert 1967 und wird erst fünf Jahre später Professor an der Wolfgang Goethe Universität in Frankfurt. Schon ein Jahr später wird das SPD-Mitglied auf einen Lehrstuhl an der Carl-von-Ossietzky- Universität berufen. Rudzio kümmert sich in Forschung und Lehre um die Belange der „Arbeiterbewegung“ zunächst jedenfalls. Dann entdeckt er seine Feinde in den Mitgliedern der DKP. Der große Vorsitzende seiner Partei hatte die „Berufsverbote“ ausgerufen und Wolfgang Rudzio half mit, Kommunisten zu denunzieren. Seit den achtziger Jahren hat er die linke Presse ausgewertet und jede linke Demonstration erfaßt und danach geprüft, ob Parteifreunde sich mit Kommunisten von der DKP oder der Antifa-Organisation VVN zusammen taten. Wer wissen möchte, wer alles auf antifaschistischen Demonstrationen Rede gehalten hat und nicht mehr an alte Ausgaben der antifaschistischen Zeitung „Die Tat“ herankommt, kann sich bei Rudzio schlau machen. Die Ergebnisse sind in seinem Band „Erosion der Abgrenzung“ (1988) nachzulesen. Ein großes Namensregister im Anhang liest sich wie eine Datei des Verfassungsschutzes, der nach dem Kontaktschuld-Verfahren solche Treffen auswertete und mithalf Menschen, die einmal einem Kommunisten die Hand gereicht hatten, aus dem öffentlichen Dienst zu kicken oder gar nicht erst hinein zu lassen. Teile des Werkes konnte Rudzio, meist in gekürzter Fassung, in Schriften des Bundesinnenministeriums unterbringen. Gefallen an diesem Band hat auch der notorische Anti-Antifaschist Rainer Zitelmann gefunden. In seiner jüngsten Veröffentlichung „Wohin treibt die Republik?“ zitiert er mehrmals Rudzio als Zeugen für das Zusammenwirken von Sozialdemokraten und Kommunisten, das von Zitelmann natürlich als größte Gefahr für die Demokratie angesehen wird.

Professorale Anti-Antifa: Für Wolfgang Rudzio steht der Feind nach wie vor links

Kein Wunder, daß die faschistoide „Junge Freiheit“ eine Seite lang über das „Linksextremismus-Seminar“ berichtet und Rudzio mit dem sehr wissenschaftlich abgefaßten Spruch über die „Autonome Antifa“ zitiert „Der Stein bestimmt das Bewußtsein“.

Rudzio wird am Ende des laufenden Sommersemesters emeritiert. Vielleicht hat er schon einen Vertrag als Nachruheständler beim VS. Das gesellschaftliche Sein bestimmt nun einmal das Bewußtsein und Beamte sind bekanntermaßen mit einer eingeschränkten Phantasie behaftet und darin durchaus unbestechlich. Dem Organ „Politische Studien“ der Hanns-Seidel-Stiftung wird der Pensionär weiterhin als Beiträger zur Verfügung stehen.

Mark Larx arbeitet für die Gruppe „Verfahren“

Junge Union

Die „Junge Union“ (JU), CDU-Nachwuchsorganisation, kommt nicht aus den Negativ-Schlagzeilen. So wurde jüngst auf dem Bezirkstag der JU-Nordbaden, **Alexander Mitsch**, Kreisvorsitzender der JU Rhein-Neckar, an die Spitze des Verbandes gewählt. Mitsch, Devisenhändler einer Privatbank in Frankfurt, wird für einen „rechten Sumpf“ in der CDU-Nachwuchsorganisation im Rhein-Neckar-Kreis verantwortlich gemacht. In Weinheim, so ist in JU-Kreisen zu hören, würde ein „Deutschland in den Grenzen von 1939“ gefordert und Kontakte zur NPD, besonders zu dem NPD-Bundesvorsitzenden **Günter Dekkert**, gepflegt. Erst jüngst wurde aus den Reihen der Berliner JU gegen ein zentrales Holocaust-Denkmal in der Mitte Berlins („Kein Juden-Denkmal am Potsdamer Platz“) agitiert. Vor wenigen Wochen lief der JU Kreisverband Freiberg (vergeblich) Sturm gegen den Namen „Junge Union Sachsen und Niederschlesien“ und wollte den Teil „Niederschlesien“ entfernen lassen.

Horst Freires und Friedrich Klein

Wirksamer Schlag gegen NSDAP/AO?

Unter dem Namen "Atlantik II" gab es am 23. März '95 bundesweit Wohnungsdurchsuchungen bei Beziehern von NSDAP/AO-Propaganda. Lediglich das Saarland wurde ausgespart. Insgesamt wurden 84 Wohnobjekte durchsucht. Gegen 57 Personen laufen Ermittlungsverfahren. Bundeskriminalamt und Staatsanwaltschaft Hamburg (bundesweit in dieser Strafsache Anklagebehörde) werteten mit einem Medienspektakel diese Aktion als großen Erfolg. Dabei hat man meist nur 16- bis 20jährige Mitläufer in der Neonaziszene "erwischt". Über eine Durchsage vom "Nationalen Infotelefon" und durch eine Warnung aus Dänemark nach der Festnahme von **Gary Rex Lauck**, dem "Organisationsleiter" der NSDAP/AO, blieb zuvor genügend Zeit, belastendes Material beiseite zu schaffen. Die NSDAP/AO-Führungskräfte in Deutschland waren also entsprechend gewappnet.

Und trotzdem: Das BKA hatte sich in den zurückliegenden Jahren intensiv die Mühe gemacht, die eingehende Post aus den USA aus Lincoln unter die Lupe zu nehmen und die Postvertriebswege per Schiff (über Bremerhaven) und per Flugzeug (über Düsseldorf) transparent zu machen. Lauck wußte um die Brisanz seiner Schriftstücke. Bereits im "NS-Kampfruf" Nr. 80 (Nov./Dez. 1989) hat er Sicherheitshinweise an seine Bezieher herausgegeben. Die Abonnenten aus Deutschland verwendeten Kenn-Nummern, verschlüsselte Buchstaben- und Zahlenkombinationen, um die heikle Post zu tarnen. Man verwendete dezente braune Umschläge und benutzte darauf einen unverfänglichen Aufkleber "Bund gegen Alkohol im Straßenverkehr".

Bei der Durchsuchungsaktion wurden neben NSDAP/AO-Material auch Waffen und Munition gefunden. Ziel der Fahnder in Flensburg, Schleswig-Holstein, war beispielsweise **Ingo Lachnit**. Der aus dem Schuldienst inzwischen entfernte Lehrer nutzte für seinen Geschichtsunterricht fleißig die Literatur und Lektüre von "Nation und Europa". Für dieses Magazin wirkte Lachnit auch selbst als Autor. Ebenfalls auf der Durchsuchungsliste stand **Sascha Chaves-Ramos**, mit seinen 21 Jahren bereits Funktionär der "Deutschen Alternative" und "Deutschen Nationalisten". Chaves-Ramos war Betreiber des Nationalen Infotelefons Mainz, dem ersten dieser Art im Bundesgebiet.

Für all diese Ermittlungen brachte nach "Panorama"-Recherchen ein Fall aus dem Jahr 1982 den Stein ins Rollen. Im Juni erschoß der 26jährige **Helmut Oxner** drei Ausländer in Nürnberg, verletzte drei weitere schwer und beging anschließend Selbstmord, nachdem er von der Polizei in die Enge getrieben wurde. Das Innenministerium Bayerns deklarierte ihn anschließend nach Untersuchung der Vorgänge zum "Einzeltäter". Bei ihm fanden sich Aufkleber der NSDAP/AO. Fortan ermittelten Staatsanwälte bundesweit wegen dieser Nazi-Untergrundorganisation, tauchte entsprechendes Propagandamaterial doch immer wieder bei Razzien und Straftätern auf, so zuletzt auch bei dem verurteilten Mölln-Attentäter **Michael Peters**. Bei **Peter Binder**, der wegen seiner Verwicklung in die Briefbombenserie in Österreich in Haft sitzt, wurden ebenfalls reichlich NSDAP/AO-Materialien sichergestellt. Schließlich konnte in der von Neonazis zusammengefaßten Todeslistenbroschüre gegen Ausländer und politisch Andersdenkende "Einblick" klar die Handschrift der NSDAP/AO festgestellt werden. Die für den Vertrieb der Broschüre erforderliche Bestelladresse vermittelte Lauck, der auf das Postfach in Randers (Dänemark) hinwies (von **Henrik Asferg-Kristensen** /DNSB = 1993 beim Heß-Marsch in Fulda dabei).

Zur Organisation: NSDAP/AO

Diese Untergrund-Organisation, die mit Lauck an der Spitze aus den USA operiert, gibt es seit Anfang der 70er Jahre. Weltweit hat sie Mitglieder. In Deutschland waren die führenden Köpfe **Wolf Dieter Eckart** aus Hamburg und **Gunnar Pahl** (Mainz). Fortan leitete Michael Kühnen bis zu seinem Tod die Geschicke der Organisation. Anschließend dürfte **Christian Worch** in diese Rolle geschlüpft sein. Mitteilungsorgan ist für die deutschsprachigen Länder der "NS-Kampfruf". Dieser erscheint zudem noch in anderen Sprachen wie Schwedisch, Ungarisch, Französisch, Spanisch, Italienisch und Englisch. Die Auflage beträgt jeweils einige tausend Exemplare. Weiteres NS-Material wie Video- und Tonkassetten, Aufkleber, Bücher und Fahnen sind zudem noch in anderen Sprachen zu haben.. So wurde das von **Hans-Günther Fröhlich** entworfene Spiel "Jude ärgere dich nicht" vertrieben. Der NS-Kampfruf erscheint zweimonatlich. Er verbreitete Kühnens Schriften, Thesen und Aufsätze, übernahm aber auch die von **Hans Westmar** (Pseudonym) verfaßte Anleitung für den Untergrundkampf "Eine Bewegung in Waffen". Dagegen läuft von seiten der Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren in Sachen terroristische Vereinigung. Die NSDAP/AO verfügt bundesweit über viele kleine "Zellen", die unabhängig agieren. Intensive Aufbauarbeit hat die NSDAP/AO auch in Österreich und den Niederlanden betrieben. Die Abkürzung AO steht für Auslandsorganisation/Aufbauorganisation. Als Aufbauorganisation versteht man sich im übrigen erst seit 1978. Erklärtes Ziel bleibt die Wiederzulassung der NSDAP. Die Umsetzung dieses Ziels soll in drei Phasen erfolgen: 1. Schulung, 2. Propaganda, 3. Aktionen. Im Selbstverständnis der NSDAP/AO ist der bewaffnete Kampf die Fortsetzung der Propagandaarbeit. In 16 US-Städten darf die NSDAP/AO ihre Propaganda sogar im Fernsehen verbreiten. In den USA ist die Herstellung und Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts nicht verboten.

Zur Person: Gary Rex Lauck

Der 41jährige hat mit 13 Jahren bereits Hitlers "Mein Kampf" gelesen. Er ist deutschstämmig und wohnt in Syracuse/Nebraska. Seine Agitation betreibt er aus Lincoln/Nebraska. 1973 greift sein Wirken erstmals in Deutschland. 1974 referiert er auf Veranstaltungen der "Deutschen Bürgerinitiative" von **Manfred Roeder** sowie bei der "Bürger- und Bauerninitiative" von **Thies Christophersen**. Bei seinem Vortrag in Hamburg "Warum Hitler in Amerika immer noch populär ist" wurde er dann festgenommen und ausgewiesen, Zwei Jahre später erfolgte seine erneute Festnahme in Mainz wegen illegaler Einreise und wegen Verbreitung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Bei seiner Festnahme hatte Lauck 20 000 Hakenkreuz-Aufkleber bei sich. Daraufhin bekam er ein lebenslanges Einreiseverbot nach Deutschland.
1979 tritt er im sogenannten "Bückeburg-Prozeß" gegen **Michael Kühnen** und andere Hamburger Neonazis als Entlastungszeuge auf. Von den Behörden hier wurde ihm freies Geleit zugesagt. Im Gerichtssaal nutzte er die Gelegenheit, ausgiebig braune Propaganda zu streuen.. Nach der Maueröffnung besuchte er Gesinnungsgenossen in Berlin und Cottbus, ohne daß deutsche Behörden seiner habhaft wurden.
Am 4. Juli 1990 gibt es kurz hinter der Grenze im dänischen Kollund ein internationales NSDAP/AO-Treffen mit Lauck. In der Folge mobilisiert er Freiwillige, die im Golfkrieg auf der Seite des Irak gegen die USA kämpfen wollen. Mit **Michel Faci** besuchte er in Kroatien NS-Söldner. Dabei ließ er einen Videofilm erstellen.
Das Amtsgericht Hamburg erließ am 6. März 1995 einen internationalen Haftbefehl gegen ihn. Seit dem 15. März besteht ein Auslieferungsbegehren gegen Lauck durch die Hamburger Staatsanwaltschaft. Vorgeworfen werden ihm das Verbreiten verfassungswidriger Propaganda, Volksverhetzung, Anstachelung zum Rassenhaß und die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Einige dieser Delikte sind auch nach dänischem Recht strafbar (das ist relevant für die Prüfung des Auslieferungsbegehrens). Festgenommen wurde er südlich von Kopenhagen bei **Jonny Hansen** in Greve.. Hansen ist führender Kopf der "Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung" (DNSB). Lauck hat durch den Vertrieb seiner braunen Materialien weltweit Kontakte. Innerhalb der amerikanischen NS-Bewegungen gilt er allerdings eher als eine kleinere Größe.

Gary Lauck

Olaf Goebel

"Bombenhirn" Peter Naumann

Am 2. März'95 durchsuchten Beamte des LKA und des BKA den Scheinwohnsitz (Wiesbaden) und den Hauptwohnsitz (Frielendorf) von Peter Naumann, Gründer und Vorsitzender des "Völkischen Bundes" und Deutschlands Nazi mit der längsten terroristischen Karriere. Naumann ist das Bombenhirn der Naziszene im deutschsprachigen Raum und auch in die Briefbombenanschläge von Österreich verwickelt. Durchsuchungsgrund war aber nur die "Verbreitung von Propagandamitteln verfassungsfeindlicher Organisationen". Gefunden wurden u. a. zwei sogenannte Explosivkörper.

Rechtsterrorist Peter Naumann

Der Diplom-Chemiker, der in der rechten Szene als Sprengstoffexperte gilt, fiel mit seinem tödlichen Hobby schon 1974 mit selbstgebastelten Sprengkörpern auf, weil sich **Naumann** beim Basteln an der Hand schwer verletzte und ein Feuerwehrmann ums Leben kam, als er einen Sprengkörper entschärfen wollte. Zeitlich parallel wurde in Mainz ein Waffenlager ausgehoben, welches Naumanns Parteikamerad **Curt Müller** mit seinem Sohn **Harald** (der völlig von der Bildfläche verschwunden ist), sowie Kameraden der „Europäischen Befreiungsfront" angelegt hatten. Gewehre, Pistolen und mehr als 2000 Schuß Munition wurden beschlagnahmt. Es wird auch ein umfangreiches Chemielabor entdeckt, in dem sich mehr als 500 Gramm Roter Phosphor befinden, genug zur Herstellung für mindestens die 10-fache Menge Sprengstoff. Die Vorkommnisse zeigen deutlich Naumanns Hang zum Terrorismus, schaden aber seiner politischen Karriere nicht. 1976 wurde er stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten. Er setzte sich damals schon aktiv für die Freilassung von Rudolf Hess ein.

1982 verabredete er sich mit **Walter Kexel** und **Ottfried Hepp**, Nazis aus der VSBD-Terrorszene, um den Spandauer Knast zu sprengen und den greisen Hess zu befreien. Daraus wurde nichts, die Kameraden zerstritten sich.

Naumanns erste Anschläge

Als der BKA- und Stasi-Doppelagent Hepp 1987 verhaftet wurde, belastete er Naumann schwer. Fast zehn Jahre zurückliegende Taten konnten geahndet werden:

- Sprengstoffanschlag am 30. August 1978 auf die Denkmalanlagen der Fosse Ardeatine in Rom, das an die Erschießung von 335 zivilen italienischen Geiseln durch die SS-Truppe erinnert.
- Verabredung von Sprengstoffanschlägen auf Sendemasten zur Verhinderung der Fernsehsendung "Holocaust" die 1979 vierteilig ausgestrahlt wurde. Tatsächlich können einige 100.000 Zuschauer zeitweilig kein Bild empfangen.
- versuchte Gründung einer terroristischen Vereinigung.
- Verstoß gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz.

In der NS-Bewegung finden diese Anschläge ungeteilte Zustimmung. Auf der Rückseite des „NS-Kampfrufes" der NSDAP/AO wird eine Zeichnung abgedruckt, die einen deutschen Recken mit Hakenkreuzarmbinde bei der Sprengung eines Sendemasten zeigt. Dieses Bild wird noch heute als farbiger DIN A6 Aufkleber von der NSDAP/AO vertrieben.

Von seinen 4,5 Jahren Strafe mußte Naumann nur 2/3 absitzen und schrieb eifrig für die "Nachrichten der HNG".

Naumanns Völkischer Bund

In Freiheit betätigte er sich sofort wieder in der rechten Szene. Als erstes reaktivierte er den Materialversand des "Völkischen Bundes" (VB) und vertreibt bis heute neofaschistische und antisemitische Propaganda. Der VB wurde 1985 von Naumann gegründet. Als "Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände / Völkischer Bund" wurde er erstmals Anfang Juni '85 bekannt. Naumann hatte zur Zeit der Gründung die Position des stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD Wiesbaden inne. Das Postfach, das der VB bis heute als Kontaktadresse nutzt, gehört dem Kreisverband der Wiesbadener NPD. Der VB veranstaltete Schulungen und Sonnenwendfeiern, die sämtlich konspirativ organisiert werden und an denen bis zu 150 Menschen teilnehmen. Im Programm zur Wintersonnenwendfeier 1986 fallen die politischen und geschichtlichen Vorträge von ausländischen Rednern auf:

- Ansprache von Dr. **Heinz Manz**, Zürich (Erster Sprecher der Europa-Burschenschaft Arminia zu Zürich);
- „Die deutsche Weihnacht aus neuer lebensgesetzlicher Sicht" Ansprache von **Lisbeth Grolitsch**, Graz (Präsidentin der Deutschen Kulturgemeinschaft und des Freundeskreises Ullrich von Hutten);
- Grußwort von **Verners Pauzers**, Sigmaringen (Ehem. Offizier einer lettischen Freiwilligen-Division).

Die Funktion des VB scheint zum einen eine innere Opposition in der NPD zu sein, dem die radikalen Teile der NPD angehören, die mit der "legalistischen" Linie der damaligen Parteiführung nicht einverstanden waren. Dazu gehört auch der hessische NPD-Landesvorsitzende **Hans Schmidt**, damals befreundet mit Naumann und ebenfalls aus Wiesbaden. Zum anderen wendet sich der VB direkt an Jugendliche, um sie militärisch wie inhaltlich zu schulen. Naumann hat Kontakte zur NF, der GdNF, zur VAPO, der WJ etc., weitere Mitgliedschaften von ihm in anderen Organisationen als JN, VB und NPD sind nicht bekannt.

Bei der Trauerfeier zum Tode der Nazi-Ikone **Emil Maier-Dorn** übernahm der VB den Sicherheitsdienst, der während den Schulungswochenenden rekrutiert und ausgebildet wurde.

Aufkleber des "Völkischen Bundes".

Naumann und die Anschläge in Österreich

In Naumanns Reden fällt immer wieder die Verbundenheit mit dem "Freiheitskampf in Südtirol" auf sowie die internationale TeilnehmerInnenschaft. Außerdem schrieb er immer wieder in der Nazi-Zeitschrift "Sieg" von **Walter Ochensberger**. Erst in jüngster Zeit nimmt die Österreich-Connection "explosive" Konturen an. Nach Angaben aus österreichischen Neonazikreisen war Naumann Leiter verschiedener Sprengkurse in Österreich (im KZ-Stollen bei Melk) und Deutschland (in Königs Wusterhausen). Nach seiner Verhaftung bestätigt **Bendix Wendt** die Sprengkurse und belastete das Umfeld um den Berliner Nazi **Arnulf Priem**, der sich z.Z. der Briefbombenexplosionen in Wien aufgehalten hatte und bestätigt auch die Teilnahme des Inhaftierten **Peter Binder**: Binder ist Elektroniker und Hauptverdächtiger in der Briefbombenaffaire. Naumann selbst wurde vor den Explosionen mit den zwei engsten Mitarbeitern, **Andreas Thierry** und **Helmut Schatzmayr**, des "Chefdenkers" der Briefbomben, **Franz Radl**, in Österreich gesehen und von der Polizei kontrolliert. Im Rahmen der Amtshilfe durchsuchte die deutsche Polizei im Februar 1994 seine Wohnung ohne etwas zu finden. Die interne Zeitung der GdNF "Die Neue Front" widmet der Hausdurchsuchung eine Seite. Obwohl es immer viele Hinweise auf Naumann gab, sahen sich die staatlichen Stellen nie genötigt, gegen ihn vorzugehen. Auch der jetzige Fund von zwei Explosivkörpern nimmt sich eher als Zufallsfund aus und nicht als Ergebnis gründlicher Ermittlungen zu den immer wieder explodierenden Bomben in Österreich, obwohl es mittlerweile belastende Aussagen gegen ihn gibt.

Der Artikel mußte leider redaktionell gekürzt werden.

Horst Freires

Wenn der “Heino” mit dem Rieger...

Eigentlich unterschied sich der Überfall am 31. Juli 1992 auf das Asylbewerberheim Bahlen bei Boitzenburg (Mecklenburg-Vorpommern) überhaupt nicht von den vielen anderen Verbrecherakten der Neonazis gegen Asylbewerber-, Aussiedler- und Ausländerunterkünfte in jener Zeit. Und doch: Bei dem Anschlag sind stramm rechtsextremistische Hintermänner am Werk gewesen. und nicht nur angetrunkene, politisch “verirrte” junge Männer. So sieht es auch die Staatsanwaltschaft, die in Schwerin Heinrich Förster angeklagt hat. Seit Februar läuft nun vor dem Landgericht Schwerin der Prozeß gegen den stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein. Ein Urteil ist für Ende April angekündigt.

Vorgeworfen wird Förster nun versuchter Mord, versuchte schwere Brandstiftung und schwerer Landfriedensbruch. Konkret: Förster soll den Angriff von rund 30 rechtsgesinnten jungen Leuten mit Molotowcocktails und Baseballschlägern auf die Unterkünfte in Bahlen angezettelt haben. Dabei kam durch Glück niemand körperlich zu Schaden, eine Frau erlitt allerdings einen Schock. Mit ihm in Schwerin auf der Anklagebank sitzt **Lieselotte Diestel**, seine 59jährige Lebensgefährtin. Beide kommen aus Mölln. Diestel, wie Förster seit Jahren NPD-Anhängerin, muß sich in dem Verfahren wegen der Nichtanzeige einer Straftat verantworten. Die an der Tat beteiligten jungen Leute - Jungen und Mädchen - wurden bereits zu, zum Teil mehrjährigen, Bewährungsstrafen verurteilt. Als Rädelsführer während des Angriffs haben sich **Rüdiger Klasen** und **Torsten Poppe** hervorgetan.

Klasen (27), zu dreieinhalb Jahren Haft wegen versuchten Mordes deshalb verurteilt, ist inzwischen wieder auf freiem Fuß. Er wurde in Hagenow nach der Wiedervereinigung als Jugendpfleger beschäftigt und hatte so intensiv Zugang zu jungen Leuten, denen er auch das rechtsextremistische Gedankengut nahebrachte. Für Klasen, der federführend auch für den Heß-Marsch 1991 in Bayreuth in seiner Region mobilisierte und dort dann auch mitmarschierte (mit anschließendem Angriff auf Antifa-Demonstranten auf einer Raststätte) war nach eigenem Bekenntnis Heinrich Förster der geistige Mentor für das neofaschistische Gedankengut. Klasen finanzierte sich seinen

SPENDENAUFRUF

An alle nationalgesinnten Bürgerinnen und Bürger!

Vertreter der etablierten Parteien und deren Handlanger schrecken in der letzten Zeit immer weniger vor Rechtsbeugung und Amtsmißbrauch zurück. Dies bekommt vor allem die NPD und der stellvertretende Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, Heino Förster, zu spüren. Daher wurden wir gezwungen, nun erst recht gegen Verleumdung und Diskriminierung [illegible] gegen [illegible] mit [illegible] Rücken zur regulären Parteiarbeit und zum [illegible] des deutschen Volkes endlich wieder frei haben.

Dieser Kampf für Recht und Ordnung sowie für die Erhaltung unserer Partei verschlingt sehr viel an finanziellen Mitteln, so daß wir gehalten sind, diesen Spendenaufruf zu starten.

Wir bitten deshalb alle nationalgesinnten deutschen Bürger, denen das Wohl Deutschlands nicht egal ist, der NPD in ihrem Rechtskampf finanziell beizustehen.

Helfen Sie uns mit Ihrer Spende nach bekanntem Motto:

EINER FÜR ALLE - ALLE FÜR EINEN

U. Schäfer, NPD-Landesvorsitzender — W. Siemssen, NPD-Landesschatzmeister

SONDERKONTO: "NPD-Landesverband S. H."
Sparkasse zu Lübeck

Die NPD-Zeitung "Deutsche Stimme" sammelt Spenden zur Unterstützung Heino Försters: "...den Sumpf der Hetze trockenlegen"

Hauskauf mit einem Kredit, den die “Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung” ihm gewährte. Chef dieser Organisation ist bekanntlich **Jürgen Rieger**, Neonazi-Anwalt aus Hamburg. Klasen ließ sich in seinem Verfahren anfangs auch von Rieger verteidigen, wechselte dann aber seinen Rechtsbeistand, um sich glaubwürdiger von der rechten Szene loszusagen. Im Verfahren gegen Förster, den dessen Freunde liebevoll “Heino” nennen dürfen, ist Klasen zum Hauptbelastungszeugen geworden.

Mit den vor Erinnerungslücken meist strotzenden Aussagen der übrigen Mittäter ergibt sich folgendes Bild: Förster hat den Überfall auf den Weg gebracht! Gemeinsam sah man sich Videos über die ausländerfeindlichen Neonazi-Attacken von Hoyerswerda (September 1991) an, um sich “einzustimmen”. Laut Klasen soll Förster für die Tat Geld (200 Mark) für Waffenkäufe und Verstärkung durch Skinheads aus Mölln zugesagt haben. Für den Fall von Verhaftungen habe er Rechtsbeistand durch seinen Anwalt Jürgen Rieger versprochen. Auch sonst war Förster mit Riegers Mithilfe sehr um das Wohl der jungen Leute besorgt. Diese, meist arbeitslos, baten den NPD-Funktionär um Unterstützung bei der Suche nach Arbeit. Förster besorgte mehreren dann über die Schiene Rieger Kontakt für Hilfsarbeiten im Neonazi-Schulungszentrum Hetendorf, wo Rieger über den Verein “Heideheim e.V.” Mitinhaber ist. Für zehn Mark pro Stunde mußten die Mecklenburger schwitzen. Auf die Dauer wurde dies aber zu langweilig. Alle sagten dem Alkohol mehr als der körperlichen Arbeit zu und randalierten im Nachbarort, so daß Rieger sie rausschmiß. Immerhin wurde auf dieser “Baustelle” in Hetendorf auch über den geplanten Überfall in Bahlen gesprochen. Vorarbeiter **Winfried Zwerenz** (56) bekam davon einiges mit. Der Verdacht der Mitwisserschaft liegt nahe. So mußte auch er in den Zeugenstand in Schwerin. Dort sagte er, es habe sich nur um unkonkrete, nicht ernstzunehmende Gespräche gehandelt. Er selbst habe Rieger nur von möglichen geplanten “Dummheiten” erzählt. Auch Rieger streitet jede Mitwisserschaft ab. Klasen bekundete vor Gericht, er selbst habe von Hetendorf aus Rieger verständigt. Unter Eid sagte Rieger dann im Zeugenstand aus, keinen diesbezüglichen Anruf erhalten zu haben. Laut Klasen soll Rieger ihm damals aber geantwortet haben, die NPD dürfe nicht mit dem Anschlag in Verbindung gebracht werden. Vor Gericht erklärte Rieger demgegenüber: Wäre er informiert gewesen, hätte er vom Überfall abgeraten, weil solche Aktionen das Ansehen der Rechten beschädigen würden.

Im Gegensatz zum “redseligen” Klasen fällt im Prozeß auf, daß die damals an der Tat beteiligten Förster nicht belasten, sondern nur Klasen. Förster kümmerte sich nach der Wiedervereinigung im Auftrag seiner Partei als “Beauftragter” um den NPD-Aufbau und die Rekrutierung in Mecklenburg-Vorpommern. Er selbst organisierte in Boizenburg und Umgebung viele Versammlungen, bei denen beispielsweise auch der NPD-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, **Uwe Schäfer** (Plön) als Redner auftrat. Seit 1965 gehört Förster der NPD an und kandidierte mehrfach bei Wahlen für diese Partei. Auf die Frage nach seinem politischen Vorbild nennt er den Weinheimer NPD-Bundesvorsitzenden Jürgen Deckert. Seit 1989 ist er stellvertretender Landesvorsitzender der Partei im nördlichsten Bundesland. Aktiv war er aber nicht nur im Nachbar-Bundesland. Seine Saat ging auch in der eigenen Stadt auf. Einer seiner Zöglinge war der verurteilte Mölln-Attentäter **Michael Peters**. Nach der Tat in Bahlen, so Klasen, habe Förster jedenfalls eine gemeinsame Versammlung einberufen, auf der die Vertreibung der Ausländer gefeiert worden sei.

NACHTRAG:

Am 24. April wurde in dem Prozeß das Urteil gefällt: Vier Jahre Haft ohne Bewährung für "Heino" Förster und Freispruch für Lieselotte Diestel. Rechtsanwalt Rieger kündigte an, Revision zu beantragen.

Verurteilt

Günter Seiffert (64), NPD-Stadtverordneter in Kelkheim (Hessen), ist wegen Volksverhetzung vom Landgerichts Frankfurt zu einer Geldstrafe in Höhe von 4.800 Mark verurteilt worden. Seiffert hatte 1993 während des Kommunalwahlkampfes in einer Postwurfsendung Sinti und Roma in der Bundesrepublik pauschal mit „Mafia, Asylbetrügern und Ganoven aus aller Welt“ gleichgesetzt. Dies sei geeignet, zum Haß gegen eine Bevölkerungsgruppe aufzustacheln, urteilte die Strafkammer, die damit einen erstinstanzlichen Freispruch aufhob.

Die Linke muß nachdenken und neue Ideen produzieren

Interview mit Leonard Zeskind zur Situation faschistischer Organisationen und Rolle der Antifaschisten in den USA

Der Rechte Rand führte ein Interview mit Leonard Zeskind anläßlich der Vortragsreise durch die Bundesrepublik Deutschland, die ihn zusammen mit dem Direktor des „Missouri Rural Crisis Center", Roger Allison, Ende Februar auf Einladung von "Antifaschistisches Info-Blatt" (Berlin), "Der Rechte Rand" (Hannover), "ATZE-Antifaschistische Zeitung Kiel", "Antifaschistische Zeitung NRW" und "Searchlight" (Großbritannien) in verschiedene Städte führte.

DER RECHTE RAND:

In der Bundesrepublik hat man gelegentlich bei Nazi-Skinheads Material des KuKluxKlan gefunden. Die Jugendlichen traten als Mitglieder einer „White Power" - Bewegung auf. Aufgrund dieser Erkenntnisse wurden die Nazi-Skins als besonders gefährlich eingeschätzt und der KuKluxKlan als die bedeutendste faschistische Organisation in den USA angesehen. Ist diese Beurteilung korrekt?

ZESKIND:

Der KuKluxKlan ist die Organisation, an die die meisten Menschen denken, wenn sie über die Anhänger der „Weißen Vorherrschaft" in Amerika sprechen. In der Zeit nach dem amerikanischen Bürgerkrieg war der KuKluxKlan im Süden Amerikas aktiv und setzte sich aus ehemaligen Konföderierten Offizieren und Soldaten zusammen. Sie unterlagen tatsächlich militärisch bei dem Versuch der Wiederherstellung der alten Herrschaftsform. Danach tauchten sie unter. In den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts kehrte der Klan zurück, nicht nur im Süden, sondern auch im Norden. 4-5 Millionen Menschen waren im Klan organisiert. Das war schon eine ganze Menge. Eine ihrer Hauptforderungen war besonders ab 1924 die nach Änderung des amerikanischen Einwanderungsgesetzes. Menschen zu Süd- und Osteuropa sollten nicht mehr so einfach in die USA einreisen können. 1924 wurde das Gesetz tatsächlich geändert, was es später auch Juden schwer machte, in die USA zu emigrieren, auch während der Herrschaft der Nazis in Deutschland. Einige Juden, die vor Hitler flohen, wurden sogar von der Regierung der USA zurückgeschickt.

In den 60er Jahren kam der Klan nicht als bundesweite Organisation zurück, sondern wieder als ein Phänomen aus dem Süden. Von Mitte der 70er Jahre bis 1982 wuchs die Organisation an. 1982 gab es 12-15 Tsd. Klanmitglieder, die sich hauptsächlich auf zwei bundesweite Organisationen verteilten: die „Knights of the KuKluxKlan", angeführt von **David Duke** und die „Invisible Empire" unter **Bill Wilkinson**. Es gab zwar noch eine dritte Organisation „United Klans of America" von **Robert Shelton**, der noch aus der 60er Jahre Zeit stammte. Nach 1982 verließen viele führende Köpfe den KKK: **David Duke, Tom Metzger, Louis Beam, Glenn Miller**. Sie gründeten andere Organisationen, die zum Teil mehr nationalsozialistisch orientiert waren. Der Klan verlor also an Größe. Es begann eine Phase der Spaltungen. Statt zwei oder drei größere Organisationen gab es nun kleinere Splittergruppen. 1990 gab es nur noch 5500 Mitglieder. Heute gibt es ca. 25 verschiedene KKK-Organisationen. Die „Knights of the KuKluxKlan" sind die einzige bundesweite Organisation und die hat sich in den letzten 18 Monaten in drei Gruppen gespalten. So ist die Alabama-Sektion zu den „Aryan Nations" gewechselt und die Colorado-Sektion mit ihren vielen Skinheads schloß sich Neo-Nazi-Gruppen an. Übrig blieb ein Personal, das weniger gut organisieren kann und dessen Aufgabe es ist, Flugblätter zu verschicken und Klan-Equipment wie Klan-Messer, Abzeichen, kleinere Klansmen-Statuen, Keltenkreuze usw. zu verkaufen. Einige Klansmänner reisten in die Bundesrepublik und verkauften Klan-Material.

Die Organisation, an die die meisten Menschen bei amerikanischen Rechtsextremisten denken: Der Ku Klux Klan

DER RECHTE RAND:

Was bedeutet es denn, wenn deutsche Neo-Nazis sich ihrer Kontakte zum KuKluxKlan rühmen ?

ZESKIND:

Ich glaube, daß sie wie viele andere dem Irrtum aufgesessen sind, der KuKluxKlan sei das ganz große Ding. Ich vermute, daß sie einige vom KuKluxKlan anschreiben, Flugblätter und Abzeichen von ihnen beziehen.

DER RECHTE RAND:

Ich denke, wir sollten über die unterschiedliche Bedeutung des Faschismus in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland sprechen. Vorweg: In den USA (Nebraska) lebt **Gary Lauck**, den viele hier, insbesondere die Massenmedien, für den Ober-Nazi schlechthin halten. Welche Rolle spielt er tatsächlich?

ZESKIND:

Gary Lauck und seine Organisation. Laß mich folgendermaßen anfangen: Wir haben dieselbe Reaktion bei den Massenmedien wie ihr, nur andersherum. In den Medien wird behauptet, daß wir in den USA keine Probleme mit Skinheads haben würden, wenn es die nicht in Deutschland oder Großbritannien geben würde. Als ich in Colorado war, sagte man mir nach meinen Vorträgen, daß sei alles sehr wichtig und interessant, aber man habe in Colorado keinen KuKluxKlan und keine Nazis, die kämen von Wyoming. In Wyoming erzählte man mir, daß die Nazis aus Colorado kämen. Nun zu Gary Lauck. Er hat fast überhaupt keine Rolle in der amerikanischen Bewegung gespielt. Mitte der 70er Jahre war er ein Mitglied der „Nationalsocialist Party of America" (NSPA), einer schmalen, Hakenkreuz tragenden Gruppe mit ihrem Zentrum in Chicago. Lauck lebt in Chicago und sein Vater betreut das Postfach in Nebraska. Er hat niemals an einem Treffen der führenden Leute der „Aryan Nations" teilgenommen, die seit 1981 dreimal jährlich stattfinden. Er sandte erstmalig im Juli 1994 einen Vertreter zum „Aryan Nations"-Treffen in Idaho. Er hat keinen Einfluß, lediglich ein paar Skinheads um sich.

Er ist bedeutend aufgrund seiner Propaganda-Materialien, die er in verschiedenen Sprachen nach Deutschland, Ungarn, Rußland schickt. Dafür findet er Unterstützung in den

Leonard Zeskind ist seit den sechziger Jahren aktiv in der amerikanischen Friedens- und Bürgerrechtsbewegung. Er war neun Jahre lang Forschungsdirektor des „Center of Democratic Renewal". Er half mit, den Widerstand gegen die Aktivitäten der „Aryan Nations" im Bereich „Pacific Northwest" also der nördlichen Westküste der USA und gegen rechtsradikale Gruppierungen im Landwirtschaftsgürtel des mittleren Westen zu organisieren.

USA und kann auf eine Organisationsstruktur zurückgreifen, die ihm bei Übersetzungen und beim Druck behilflich ist. Er hat aber keine eigene Organisation. Ich glaube, daß Lauck ein Bestandteil der Lage in Deutschland ist und nicht, daß er die Verhältnisse in Deutschland gestaltet.

DER RECHTE RAND:

Kommen wir zum zweiten Teil der Frage, zum Unterschied der Situation in den USA und der Bundesrepublik Deutschland.

ZESKIND:

Zunächst gibt es da Gemeinsamkeiten zwischen den Nazi-Gruppen und auch Verknüpfungen wie die Verbindung zu **Ernst Zündel** in Kanada, dem „Institut for historical Review", den „Holocaust-Leugnern" wie z.B. **Fred Leuchter**. Da gibt es also eine Menge Verknüpfungen und Gemeinsamkeiten zwischen Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen. Aber es gibt natürlich spezifische Unterschiede. So gibt es Dinge, die speziell für Deutschland gelten: die Vereinigung, die Frage nach der deutschen Identität. Für die USA sind spezielle Punkte: die Rolle der Christen, die Rolle der „freiheitlichen" Verfassung. Diese Punkte formen die rechten Organisationen und auch den Kampf gegen sie. In Deutschland gibt es die rechten Christen wie „Christian Patriots" und die „Christian Right" nicht wie bei uns. Dafür haben wir keine Debatte darüber, ob wir zu den Grenzen von 1937 zurückkehren sollen. Da gibt es Unterschiede, aber eben auch die Gemeinsamkeiten. In der Zukunft wird es eine Radikalisierung im politischen Transformationsprozeß geben, eine neue Periode, die mit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende des „Kalten Krieges" zusammenhängt. Mit dem Ende des „Kalten Krieges" mußte sich die Rechte in den USA verändern. Vor 1989 waren die Rechten, von den Konservativen bis zu den militanten Nazis, vereint unter dem Anti-Kommunismus. Für sie war klar, daß solange es die USA gibt, sie gegen den Kommunismus kämpft. Nun gibt es dieses Bindemittel „Anti-Kommunismus" nicht mehr und die großen Blöcke innerhalb der Rechten verändern und verschieben sich.

DER RECHTE RAND:

In Deutschland gibt es innerhalb der Rechten und Nazis einflußreiche Fraktionen, die einen starken Anti-Amerikanismus propagieren. Gibt es ähnliche Standpunkte in den USA?

ZESKIND:

Innerhalb des KuKluxKlan gab es einen Anti-Nazi-Flügel aber keinen Anti-Germanismus. In der letzten Zeit propagieren einige Rechte den Isolationismus. Die USA sollen sich aus Europa etc. zurückziehen und sich auf sich selbst beziehen. Da gibt es sogar gemeinsame Standpunkte mit Linken, die nicht deutlich genug machen, was ein wirklich linker Standpunkt ist.

DER RECHTE RAND:

Ich denke auch, daß die Linke vielmehr den Internationalismus pflegen sollte und nicht auf die dumme Idee kommen darf, mit den Rechten um den besseren Nationalismus konkurrieren zu müssen. Kommen wir zu einer anderen Frage. Vertreter der Frankfurter Schule, wie Max Horkheimer, haben immer auf den Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus hingewiesen. In der Tat können wir heute bei so führenden Konzernen wie Siemens und Thyssen z.B. eine Unterstützung von (Neo-) Faschisten feststellen. Gerade bei der Wiederbelebung der Ideen von Faschisten aus den 20er und 30er Jahren z.B. im Fall von **Carl Schmitt** sind diese Kapitalvertreter mit finanzieller Unterstützung und bei dem Aufbau einer Infrastruktur behilflich. Gibt es Stiftungen, Vereine, Gesellschaften oder sogenannte „think tanks" auch in den USA und wie arbeiten die?

ZESKIND:

Ja, das gibt es in den USA genauso. Die Verbindungen betreffen aber nicht den „Aryan Nation"-Flügel, auch nicht den „KuKlux-Klan" und ebenfalls nicht die „Christian Patriots", die einige Ideen von den „think tanks" übernahmen. In den frühen siebziger Jahren, als die Rechten einen ziemlich schlechten Stand hatten in den USA, kamen verschiedene Unternehmenverbände zusammen, um „think tanks" zu finanzieren. Es sollten Fragen nach einer Rückkehr zur politischen Macht, nach der Form der Regierung und die Rolle von „Familie", „Arbeit" und die Gestalt der „politischen Kultur" bearbeitet werden. Zwischen den verschiedenen „think tanks" gab es eine Arbeitsteilung, während die eine Denkfabrik sich mit Familienpolitik beschäftigte, ging eine andere Denkfabrik der Frage nach, wie die Rechte wieder an die Macht kommen könne. Die „Trilaterale Kommission" dominierte alle anderen Denkfabriken. Wir dürfen nicht vergessen, daß die amerikanische Rechte 1974 völlig am Boden lag und die „think tanks" Möglichkeiten zu einem Come-Back schufen. Es ist auch für Antifaschisten und für die Linke, die ebenfalls am Boden liegt, von Bedeutung, mit einigen neuen Überlegungen zu beginnen und zu überdenken, was war und was werden soll.

DER RECHTE RAND:

Ein kleiner Blick in die Zukunft. Welche Rolle wird Europa aus amerikanischer Sicht spielen?

ZESKIND:

Ich bin kein guter Prophet. Ich glaube, daß der Präsident der USA, Bill Clinton, viel freundlicher zu Helmut Kohl und zur deutschen Regierung ist, als die Republikaner es waren. Bush und Reagan waren eher der britischen Regierung z.B. unter Maggie Thatcher gesonnen. Amerika begründet die North American Free Treat Agreement (NAFTA) mit Kanada, Mexiko und anderen südamerikanischen Staaten in Konkurrenz zum europäischen Markt. Ich glaube, daß die Europäische Union absolut vom vereinigten Deutschland dominiert wird und Frankreich und Großbritannien nur noch Juniorpartner darstellen. Deutschland ist auf dem Weg zu einer „Supermacht" in der Welt, mit guten Kontakten zu Rußland. Im Augenblick sagt Deutschland den USA, wo es lang geht in Europa. Ein Beispiel für diese Entwicklung bietet das ehemalige Jugoslawien, wo Deutschland Kroatien und Slowenien zuerst anerkannte und die Richtung der Politik bestimmte.

*Das Interview führte **Raimund Hethey** für den Rechten Rand*

Mordanschlag gegen antifaschistischen Journalisten in Österreich

Zwischen dem 5. und 7. April bereiste Wolfgang Purtscheller das Innviertel in Oberösterreich, um dort eine Serie von Vorträgen über die Neonaziszene in Österreich zu halten. Dabei gastierte er auch in Ried, eine Stadt, die als braune Hochburg gilt. Am 6. April hielt er einen Vortrag vor der neugegründeten Schüler-Antifa im Rieder Franziskusheim. Dieser Vortrag war sowohl in der Regionalpresse, als auch mit Flugblättern und Plakaten breit angekündigt. Gegen 22.30 Uhr fuhr Purtscheller ins Kulturzentrum "KIK", wo noch eine Schülerparty stattfand. Unter den Besuchern befand sich auch der 37jährige Raimund Friedl, ein arbeitsloser Bauarbeiter und Stammgast des "KIK". Gegen 23.10 Uhr verließen Friedl und zwei Bekannte das "KIK" und begaben sich in die "Extrabar", neben dem "KIK" der einzige "alternative Platz" in der Stadt. Die Bar liegt direkt gegenüber dem Gasthof, in dem Purtscheller während seiner Vortragsreise übernachtete. Raimund Friedl verließ, nachdem er keine Bekannten traf, die Bar und machte sich auf den Heimweg. Dieser führt durch eine fast unbeleuchtete Gasse, in der sich auch ein Haus der Burschenschaft "Germania" befindet. Dort lauerten ihm die Mörder auf und töteten ihn mit einem einzigen Schuß ins Herz. Zeugen sahen noch, wie zwei Männer, einer von ihnen mit extrem kurzen Haaren, den leblosen Körper hochhoben, um ihn direkt mit dem Kopf aufs Pflaster zu schleudern. Die Tat glich einer geplanten Hinrichtung. Die Täter konnten, unter der sich rasch gebildeten Schar der Schaulustigen, spurlos entkommen.

Alles deutet daraufhin, daß Raimund Friedl das Opfer einer Verwechslung wurde und daß der Anschlag Wolfgang Purtscheller galt.

Dafür sprechen einige Faktoren:

- Friedls Weg von der "Extrabar" nach Hause ist exakt derselbe Weg, den Purtscheller hätte nehmen müssen, um ins Hotel zu gelangen.
- Friedl hatte eine auffallende äußere Ähnlichkeit mit Purtscheller, vor allem mit jenem Outfit, welches Purtscheller an diesem Tag trug.
- Wolfgang Purtscheller steht seit längerer Zeit auf der Abschußliste der Neonazis.

Die Informationen erhielten wir freundlicherweise vom "Antifaschistischen Infoblatt" (Berlin)

Markus Perner und Heribert Schiedel

„Aula“ im Out?

Die „Aula“, die in Graz/Steiermark erscheinende Monatszeitung der „Freiheitlichen Akademikerverbände“, geriet nach den Morden von Oberwart einmal mehr ins Zentrum öffentlichen wie behördlichen Interesses: Ein schon in der März-Nummer 1994 publizierter Hetzartikel über die „Zigeuner“ brachte dem Zentralorgan der rechtsextremen Szene nun den Verlust der Subventionen und der wohlwollenden Unterstützung Jörg Haiders. Zu guter Letzt beschlagnahmten die in Sachen Bombenterror ermittelnden Beamten am 6. März 1995 noch die AbonnentInnen-Datei des „Freiheitlichen Magazins“.

In der Ausgabe 3/94 geht **Nikolaus von Preradovich** der Frage nach, wie „Zigeuner“ nun zu nennen seien. Der „Aula“-Autor tritt dort gegen eine politisch korrekte Sprachregelung an: „Warum sollte man ein Volk als Deutscher so nennen, wie dieses Volk sich selbst zu nennen beliebt?“ Preradovich beschimpft daher als Deutscher die Roma und Sinti als „Zigeuner“ und gibt den Kameraden volkskundlichen Einführungsunterricht über die „Minderheit indischer Herkunft“. Der völkische „Historiker“ beendet seine Ausführungen in der „Aula“ resümierend: „Die Zigeuner haben sich durch fast sechs Jahrhunderte nicht angepaßt. Sie sind offensichtlich zur Integration minder geeignet.“ Das meint wohl auch der terroristische Arm der Rechten - am 4. Feber wurden die vier Roma Josef Simon, 40, Peter Sarközi, 27, Karl Horvath, 22, und Erwin Horvath durch eine Bombe der Nazi-Mörderbande „Bajuwarische Befreiungsarmee“ ermordet.

Angesichts derartiger ideologischer Nähe zwischen Biedermännern und Brandstiftern kam **Jörg Haider** mächtig ins Schwitzen und meinte, gegenüber dem Wochenmagazin „Profil 7/95“ „mit aller Entschiedenheit“ auf Distanz zur „Aula“ gehen zu müssen. Als die „Aula“ im September 1991 ihr 40jähriges Bestehen feierte, war von solchen Pflichtübungen noch nichts zu merken. Ganz im Gegenteil: Haider zollte dem „freiheitlichen Magazin“, das heute nichts mehr mit der gleichnamigen Bewegung zu tun haben soll, Dankbarkeit für die Verdienste um seine Obmann-Kür und reihte sich unter die GratulantInnen. Dort traf er sich u.a. mit seinem späteren Verleger **Herbert Fleissner**, dem nunmehrigen „Republikaner“-Vorsitzenden **Rolf Schlierer**, dem damaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) **Rolf Sauerzapf** und dem 1992 verstorbenen Österreichischen-NS-Promi **Norbert Burger**. Burger, Gründer der 1988 verbotenen „Nationaldemokratischen Partei“ (NDP), welcher auch der „Aula“-Schriftleiter und „Brixia“-Buschenschafter **Herwig Nachtmann** als Funktionär zu Diensten war, bezeichnet in seiner Grußbotschaft die „Aula“ als „geistige Speerspitze des nationalen Lagers“.

Nach der öffentlichen Distanzierung des einst in der „Aula“ als „Eisbrecher“ gefeierten F-Führers konnten sich endlich die Steirischen Landespolitiker aus ÖVP und F-Bewegung (vormals FPÖ) zu einer Streichung der Subventionen für das rechtsextreme Blatt durchringen. Schnellebige Zeit: Als die „Aula“ im Juli 1994 das Treiben des Holocaust-Leugners **Walther Lüftl** „zu einem Meilenstein auf dem Weg zur Wahrheit“ erklärte, begann zwar die Staatsanwaltschaft zu ermitteln, doch die ÖVP/F-Allianz stemmte sich mit dem Verweis auf die „Pressevielfalt“ noch gegen die Streichung der Landesgelder.

Trauert der Zeit vor dem 8.Mai 1945 nach: Das österreichische Rechtsaußen-Magazin "Aula". Titelbild aus: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus

Am 7. März erklärte der Innenminister Franz Löschnak auf einer Pressekonferenz zum Ermittlungsstand in Sachen Terror der Nazis, diese „dürften Zeitschriften mit deutsch-nationaler Ausrichtung wie z.B.. 'Aula', 'Das Grenzland ruft', 'Sieg' und/oder 'Nation' regelmäßig lesen und/oder abonniert haben.“ Mit der beschlagnahmten „Aula“-Abo-Kartei machten sich die Ermittler auf die Suche nach den Bombenlegern.

Gleich der bis dato unbestrittenen Führerpersönlichkeit des „nationalen Lagers“ hat dessen publizistische „Speerspitze“ seit jeher Mühe, sich von militanten Nazis abzusetzen. Erschwerend kommt bei der „Aula“ die Tatsache hinzu, daß ihr „Schriftleiter“ Nachtmann selbst im Südtirolterrorismus der 60er Jahre mitmischte. Erst Ende vergangenen Jahres teilte der Bozener Voruntersuchungsrichter Mori den Terroristen mit, daß gegen sie auch in Sachen „Ein Tirol“-Terror der 80er Jahre ermittelt wird. Neben Nachtmann und dem Linzer **Helmut Golowitsch** interessiert sich die italienische Justiz auch für **Erhard Hartung** und **Peter Kienesberger**. Die beiden letztgenannten Rechtsextremisten, die in Italien noch eine lebenslange Haftstrafe abzusitzen hätten, betreiben in der BRD die „Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer“ und die Postille „Der Tiroler“. Wie sehr diese Terroristenseilschaft heute noch gemeinsame Sache macht, zeigte sich auch rund um deren „Freiheitskommers“ in Innsbruck: Als „Gemeinschaftsproduktion“ von „Aula“ und „Der Tiroler“ erschien unlängst eine 80seitige Anti-Antifa-Broschüre über die „Hintermänner“ der Gegendemonstration im Oktober 1994. Detail am Rande, der Anmelder der Gegendemonstration fand wenige Tage nach Erscheinen der Broschüre an der Tür seines Büros eine Kopie des Titelblattes der Zeitschrift „Die Wehrmacht“, herausgeben vom Oberkommando der deutschen Wehrmacht. Für diese Drohung wurde die Ausgabe vom 13. September 1939, das erste Heft nach der Kriegserklärung vom 1. September verwendet.

Gegenüber den aktuellen Formen rechtsextremen Terrors zeigt man sich in der „Aula“ reserviert. Zwar erklärt Nachtmann die Pogrome von „Rostock und anderwärts“ zum „Ausdruck der aufgestauten Wut der Einheimischen gegenüber den Mißständen im Zusammenhang mit den massenhaften Zuwanderungen“ (9/92). Und der Holocaust-Zweifler **Ingomar Pust** beklagt, daß „gesunde, natürliche Abwehr gegen Überfremdung ... als 'Fremdenhaß' verdammt (wird)“ (7-8/93). Die Küssels werden aber als „Operetten-Neonazis“ verharmlost, deren Treiben dem eigenen nur schade:“Staatspolizei und die etablierte Linksschickeria ... sind offenbar hierzulande eifrigst bemüht, braune Zombies aus der Retorte zu produzieren, um die eigene Existenz als antifaschistische Hüter der Demokratie zu legitimieren ... Tatsache ist ja, daß hierzulande der ursprünglich hauchdünne ultrarechte Narrensaum der Gesellschaft durch die innenpolitische Instrumentalisierung als Kampfmittel gegen die erfolgreiche Mitte-Rechts-Bewegung um Jörg Haider zu einem Medien-Zombie hochgeblasen wird.“(2/92)

Mit dem Bekanntwerden der Preradovich-Hetze gegen Roma und Sinti scheint nun allerdings die Aufteilung des „nationalen Lagers“ in „Leute mit gutbürgerlichen heimat- und volkstumsbewußter Gesinnung“ und „Verbrechern“ (1/93) endlich in sich zusammenzufallen. Der ideologische Versuch der „Neuen“ Rechten, den Faschismus zu enthitlern und staatstragende Signale in Richtung Konservativismus auszusenden, hat in Österreich wohl kurzzeitig einen Rückschlag erfahren.

Österreichische Neonazis

Gegen **Hans-Jörg Schimanek** wird seit dem 20. März vor dem Wiener Landesgericht verhandelt. Dem 31jährigen Schimanek wird ein Verstoß gegen das Verbot der NS-Wiederbetätigung vorgeworfen. Schimanek wurde im Herbst 1994 verhaftet und sitzt seither in Untersuchungshaft. Der ehemalige Berufssoldat Schimanek organisierte mutmaßlich seit 1987 mehrmals jährlich Wehrsportübungen im Raum Langenlois und führte eine „Kameradschaft Langenlois“ an, die enge Kontakte zur neonazistischen „Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition“ (VAPO) um **Gottfried Küssel** (36) unterhielt. Seit 1988 wurden gemeinsame Wehrsportübungen im Gebiet von Langenlois durchgeführt, „um eine größere Zahl von männlichen Teilnehmern zu Kampfhandlungen auszubilden“, so die Anklageschrift gegen Küssel. Ende der 80er Jahre lernte Schimanek **Reinhard Allan Rade**, ehemaliger REP-Kreisrat im bayerischen Bad Tölz mit Kontakten zur NSDAP-AO, kennen. Gemeinsam mit Rade und **Hubert Lorenz** reiste Schimanek 1989 ins lateinamerikanische Surinam. Dort soll sich Schimanek als Söldner angedient haben. Zuletzt arbeitete Schimanek in dem Leipziger Abbruchunternehmen „Baubetreuung in Mitteldeutschland“ (BBM), dessen Geschäftsführer Rade war. Vater Schimanek, niederösterreichischer Landesrat der „Freiheitlichen“, hielt Berichte über die Wehrsportaktivitäten seines Sohnes in der Vergangenheit für ein „Kesseltreiben gegen meinen Sohn“. 1993 gehörte Schimanek senior zur „FPÖ-Spitzenmannschaft für die niederösterreichische Landtagswahl“.

Bajuwarische Befreiungsfront

Die Traunsteiner Ortsgruppe der 1992 verbotenen neonazistischen „Nationalistischen Front“ (NF) hatte sich, einem Bericht des österreichischen Magazin „News“ zufolge, nach dem Verbot durch das Bundesinnenministerium in „Bajuwarische Befreiungsfront“ umbenannt. „News“ spekulierte in der Ausgabe vom 16. Februar über Kontakte der Traunsteiner „Bajuwarischen Befreiungsfront“ zur terroristischen „Bajuwarischen Befreiungsarmee“ (BBA) in Österreich. Die BBA („Salzburger Eidgenossenschaft. Bajuwarische Befreiungsarmee“) bekannte sich in einem neunseitigen Schreiben zu dem heimtückischen Anschlag auf vier österreichische Roma im burgenländischen Oberwart am 4. Februar 1995 und firmierte als Absender eines Bekennerschreibens, nachdem einem Sprengstoffexperten der österreichischen Polizei im August 1994 beide Arme abgerissen wurden. Der Beamte hatte versucht, eine Bombe zu entschärfen, die vor einem zweisprachigen Gymnasium in der Kärtner Landeshauptstadt Klagenfurt deponiert worden war. Im Oktober des selben Jahres tauchte wiederum die BBA auf. Vier Briefbomben konnten damals in Österreich rechtzeitig entdeckt und entschärft werden.

Acht Neonazis der Traunsteiner „Bajuwarischen Befreiungsfront“ sitzen derzeit in Haft. Darunter, so „News“, auch ein ehemaliger Angehöriger der 1980 verbotenen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ um **Karl-Heinz Hoffmann** (57).

FDP-Unterwanderung als Strategie

Als regelrechte Strategie, die FDP zu unterwandern und auf einen "Rechtsaußen-Kurs" zu bringen, haben es offenbar bestimmte politische Kräfte abgesehen. Bekannt wurde solch eine Praxis in Schleswig-Holstein. **Godehard Schmidt-Goertz** aus Süderbrarup trat kürzlich den Liberalen bei und verfaßte einen Brief an politisch Gleichgesinnte mit dem Rat, es ihm nachzumachen. Den Brief mit den Unterwanderungsabsichten an "meine politischen Freunde" beendete Schmidt-Goertz mit dem Hinweis, man müsse die Partei nach Beitritt ja nicht wählen, solange man mit ihrer Politik nicht einverstanden sei.

Schmidt-Goertz war bis nach der Bundestagswahl 1994 noch Landesvorsitzender vom "Bund freier Bürger". 1993 verabschiedete er sich nach mehr als 20jähriger Mitgliedschaft aus der CDU. Er ist Leser der "Jungen Freiheit" und beteiligt sich am Blattinhalt als Leserbriefschreiber. Er wollte seinen Brief mit den Kurswechsel-Gedanken angeblich an 500 Adressaten verschicken. Dann flog die Geschichte aber auf. Einem Parteiausschlußverfahren kam er jetzt durch seinen schnellen Parteiaustritt zuvor. Bereits Anfang der 70er Jahre gab es in Schleswig-Holstein einen ähnlichen Fall, als eine "Aktionsgemeinschaft liberale Politik" die FDP auf strammen Rechtskurs bringen wollte.

Naziskins terrorisieren ein kleines Dorf bei Bremen

Jens Bischoff aus Syke, der dem Umfeld der „Nationalistischen Front“ und ihrer Nachfolgeorganisationen zuzurechnen sein dürfte, organisierte am Wochenende vom 1. auf den 2. April in der Gaststätte „Zur Wildsau“ in Ristedt eine „Geburtstagsfeier“ zu der ca. 150 Faschoskins kamen. Im Laufe des Abends kam es zu heftigen Schlägereien im Saal, so daß der Wirt die Polizei rief. Die Aktivitäten der Neo-Faschisten beschränkten sich nicht nur auf die Kneipe, sondern trafen auch die Nachbarn, deren Eingangstüren und PKWs beschädigt wurden. Die „Glatzen“ riefen faschistische Parolen und ließen die „Sau“ raus. Die Polizei rückte mit 100 Einsatzkräften an und nahm sieben Jungfaschisten fest, die aus dem ganzen Bundesgebiet angereist waren. Mit ähnlichen Gelagen ist in den Frühjahrs- und Sommermonaten zu rechnen, wobei die Organisation recht kurzfristig vorgenommen wird. Gastwirte sollten sich immer genauestens erkundigen, wem sie da ihre Lokalität zur Verfügung stellen. In Ristedt wird jedenfalls in Zukunft keine „Glatzen-Fete“ mehr laufen.

Bund freier Bürger

Beim letzten Parteitag des „Bund Freier Bürger“ (BFB) in Baunatal bei Kassel wurden Parteivorstand und Namen des BFB vervollständigt. Für die ausgetretenen Professoren **Joachim Starbatty**, Universität Tübingen, und **Karl Albrecht Schachtschneider**, Universität Erlangen-Nürnberg, rückten Prof. Dr. **Bernd Thomas Ramb** und der niedersächsische Diplom-Landwirt **Carl-Christian Hesse** als Stellvertreter **Brunners** in das höchste Parteigremium nach. Starbatty und Schachtschneider hatten den BFB wegen der anhaltenden engen Kooperation Manfred Brunners mit den „Freiheitlichen“ des österreichischen Rechtspopulisten **Jörg Haider** Ende letzten Jahres verlassen. Als Beisitzer des Präsidiums wurde das ehemalige DSU-Mitglied und heutige BFB-Landesvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern Prof. Dr. **Achim Fahs** aus Rostock gewählt. Der Parteiname wurde mit dem Zusatz „Die Freiheitlichen“ versehen. Manfred Brunner erklärte laut „DESG-inform“, dies „vermittle eine Assoziation zu den befreundeten Freiheitlichen in Österreich.“ Bei der jüngsten Landtagswahl in Hessen erzielte der BFB mit 8.533 Stimmen ein Ergebnis von lediglich 0,3 Prozent. Bei der Landtagswahl in Bremen am 14. Mai 1995 wird der „Bund“ nicht teilnehmen. Nach Auskunft des Bundeswahlleiters hat der BFB in allen Bundesländern begonnen, Landesverbände zu etablieren.

"Republikaner"

Auf dem jüngsten Landesparteitag der „Republikaner“ in Koblenz wurde **Gerhard Meyer**, Trier, zum neuen REP-Landesvorsitzenden gewählt. Zu seinen vier Stellvertretern gehören die Ingenieurin **Berning**, der Kaufmann **Levin**, der Diplom-Kaufmann **Kurt Ekkehard Goldmann**, Altenglar, und der Diplom-Ingenieur **Werner Wegmann**, Fraktionsvorsitzender der REP-Stadtratsfraktion in Ludwigshafen. Landesschatzmeister bleibt der pensionierte Diplom-Ingenieur (FH) **Wolf Scheuerbrandt**, Stadtrat aus Ludwigshafen. Der Landesparteitag der „Republikaner“ fand in Anwesenheit des Bundesvorsitzenden Dr. **Rolf Schlierer** statt. Nach Angaben des Landesgeschäftsführers **Heinz Bassermann**, Worms, hat der REP-Landesverband in Rheinland-Pfalz rund 700 Mitglieder.

Unplugged

Das „Nationale Infotelefon Schwaben“ (NIT) ist nicht mehr auf Sendung. Im März wurde die Nummer in Königsbrunn bei Augsburg öffentlich gemacht, bereits wenige Tage später war wieder Schluß. „Kein Anschluß unter dieser Nummer“ wird dem Interessenten beschieden.

Toitsche Vereinsmeierei

Die Vereine im Hintergrund des Nazizentrums in Hetendorf

Ende letzten Jahres berichtete das TV-Magazin Panorama über Alt- und Neonazis, die sich mit Hilfe von eingetragenen Vereinen Steuervorteile verschaffen. In diesem Zusammenhang genannte, eng miteinander verwobene Vereine, sind der "Freundeskreis Filmkunst e.V." und der "Heideheim e.V.". Letztgenannter ist der Besitzer des Nazi-Zentrums in Hetendorf in der Lüneburger Heide.

Der in Buchholz (Nordheide) ansässige "Heideheim e.V." und ein gleichnamiger Verein mit Sitz in Hamburg leiten und verwalten das Anwesen Hetendorf Nr.13, das in erster Linie durch die Lager der vor kurzem verbotenen "Wiking Jugend" (WJ) in das Blickfeld der Medien geriet. Der im August 1990 gegründete Verein "Heideheim e.V." löste die vorherigen Anteilseigner des Geländes in der Leitung ab. In der Personalstruktur änderte sich indessen wenig. Stellvertretender Vorsitzender sowohl des Buchholzer als auch des Hamburger Vereins ist der einschlägig bekannte Rechts-Anwalt **Jürgen Rieger**, eine der zentralen Figuren des deutschen Neonazismus. Vorsitzender des Buchholzer Vereins ist **Gerhard Hennig**, als Schatzmeister fungiert **Klaus Franke** aus Jesteburg. Hennig ist ebenfalls Vorsitzender des "Freundeskreis Filmkunst".

"Freundeskreis Filmkunst"

Bereits seit den 70er Jahren zeigt dieser Verein in Privatvorstellungen alte NS-Propagandafilme, die zumeist von ehemaligen Wehrmachts-, SS- oder NSDAP-Angehörigen besucht werden. Veranstaltungsort ist oft das Hamburger UFA-Kino. Jürgen Rieger aus Itzehoe, der seine Kanzlei im Hamburger Nobelstadtteil Blankenese betreibt, war schon früh dem "Freundeskreis Filmkunst" bei der Filmbeschaffung und Lizenzabwicklung behilflich. Und auch Klaus Franke tritt neben einer Frau **Kosin** immer wieder als Anmelder und Organisator in Erscheinung. Geschäftsführerin des Vereins ist eine Frau **Pommer**.

Chef des "Freundeskreis Filmkunst e.V.": Gerhard Hennig

Wichtigste Aufgabe des Vereins, neben Filmvorführungen und Spendenbeschaffung, war bis zur Gründung des "Heideheim e.V." 1990 die Verwaltung des Geländes Hetendorf Nr.13, welches 1980 vom "Freundeskreis Filmkunst" zu zwei Dritteln erworben worden war. Ein Drittel erwarb damals die von Rieger geleitetete "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.". Die sogenannten Hetendorfer Tagungswochen, zu denen sich alljährlich zur Sommersonnenwende ein Spektrum von neuheidnisch-religiösen Faschisten bis hin zu militanten Neonazis auf dem Anwesen versammelt, wird maßgeblich vom "Freundeskreis Filmkunst" organisiert. Als Vereinsorgan fungiert der monatlich erscheinende Rundbrief "Die Warte", in dem neben pseudowissenschaftlichen Beiträgen auch für verschiedenste Veranstaltungen rechtsradikaler Gruppen geworben wird.

Besonders eng verbunden sind Rieger und Hennig durch das Hochhalten eines alten Germanentums. Beide sind leitend in der "Artgemeinschaft" tätig. Was diese "Artgemeinschaft" vertritt, offenbart ihr vollständiger Name: "Artgemeinschaft - Glaubensbund wesensgemäßer Daseinsgestaltung; vereinigt mit der nordisch-religiösen Gemeinschaft von 1927 e.V.". Germanenmythen und gar nicht so neues Heidentum feiern da fröhlich Urstände.

In den letzten Jahren wohnte im Haus des Gerhard Hennig die 23jährige **Maike Raabe**. Bis zum Herbst 1991 war sie Koordinatorin der Treffen der "Nordstämme" der rassistischen "Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas" (ANSE). Die ANSE steht, ebenso wie die "Artgemeinschaft", die "Gesellschaft für biologische Anthropologie ..." und die "Wiking Jugend", in der Tradition des Blut-und-Boden-Mythos der Nazis, der "Rassenkunde" und der "germanischen Heilslehre".

Die Vereinsmeier geraten unter Druck

Ein als "philosophischer Abend" angekündigtes Treffen des "Freundeskreis Filmkunst" in Buchholz wurde Ende Februar Ziel einer antifaschistischen Demonstration. Die Demonstranten versammelten sich vor dem Haus von Gerhard Hennig, in dem das Treffen stattfand, und informierten mit Hilfe von Flugblättern die Nachbarschaft. Das Gelände Hetendorf Nr.13 steht Anfang Juni im Mittelpunkt großangelegter Antifaschistischer Aktionstage in der Lüneburger Heide.

Pfingsten 1995:

Antifaschistische Aktionstage in der Lüneburger Heide

Der Widerstand gegen das Schulungszentrum der Neonazis in Hetendorf (Landkreis Celle) organisiert ein Antifaschistisches Pfingstcamp vom 2.-5.Juni 1995. Das Camp selbst steht in Sülze, ca. 12 km von Hetendorf entfernt. Programm:

2.Juni: Eröffnungsveranstaltung mit Podiumsdiskussion „Hetendorf - was tun?!" um 18.00 Uhr im Bauernhaus der Heimvolkshochschule Hermannsburg

3.Juni: 10.00 Uhr Kulturfest im Örtzepark; Hermannsburg; 15.00 Uhr Demonstration zum Anwesen Hetendorf Nr.13; 19.30 Uhr Open-Air-Konzert in Sülze

4.Juni: 11.00-18.00 Uhr Informationsveranstaltungen im Camp in Sülze; 12.00 Uhr Besuch des ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen; 19.00 Uhr Open-Air-Konzert in Sülze

5.Juni: 9.00-15.00 Uhr Fußballturnier in Bonstorf

Anmeldungen für das Camp (Kostenbeitrag DM 20,-), Spenden, Kartenvorverkauf und weitere Informationen bei:

Bündnis gegen Rechts • c/o Celler Zündel • Postfach 1591 • 29205 Celle

Nationalrevolutionäre

In der aktuellen Ausgabe des nationalrevolutionären „Patriot" vermeldet **Lothar Kirschenlohr** Änderungen in der Mitarbeiterschaft. **Georg Daniel**, Vielschreiber der gesamten rechtsextremen Szene, starb vergangenen Dezember im Alter von 60 Jahren. **Karl Clumsky** (37) verläßt die Redaktion des „Patriot". Er will sich der Parteiarbeit zuwenden. Eine „Initiative Patriotisch Soziale Partei" (PSP) wird von Kassel aus versuchen, „dem Gedanken der fünffachen Revolution einen festen organisatorischen Zusammenhalt zu geben." In Zukunft wird dafür, so die Ankündigung, ein **Ralph Weinert** sich „publizistisch mehr engagieren." Zu den weiteren Autoren der März/April-Ausgabe des „Patriot" zählen ein **Mario Montanaro**, **Karl Gerland** und **Hans-Jürgen Schwitkowski**. Der ehemalige Lehrer Schwitkowski fiel bislang als Leserbriefschreiber in „Europa vorn" und der „Jungen Freiheit" sowie als Mitarbeiter der rechtsextremen Heilbronner Flugschrift „Lupe" auf. Die Herausgeberschaft des „Patriot" liegt weiterhin bei der am 12. Mai 1993 gegründeten Gruppe „Patriot/Nationalrevolutionäre Bewegung" (NRB).

ANTON MAEGERLE

RECHTE UNTERNEHMER IM VISIER DER BEHÖRDEN

Bundesweiter Schlag gegen Druckstätten rechtsextremer Propagandamaterialien

Mehr als 2.000 Exemplare eines Buches mit dem harmlos klingenden Titel „Grundlagen zur Zeitgeschichte. Ein Handbuch über strittige Fragen des 20.Jahrhunderts“ hat das baden-württembergische Landeskriminalamt (LKA) bei der Durchsuchung des Tübinger Grabert-Verlags Ende März beschlagnahmt. Nach LKA-Angaben wird in dem sichergestellten Werk mit pseudowissenschaftlichen Methoden der industriell betriebene Massenmord an den Juden im Nazireich geleugnet. Das erfüllt nach Auffassung der Staatsanwaltschaft die Straftatbestände der Volksverhetzung und der Beleidigung. Die Behörde leitete gegen die Autoren und den Grabert-Verlag Ermittlungsverfahren ein.

Weitere Durchsuchungen gab es bei Verlagen, Buchhandlungen und Großabnehmern in Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Bremen.

Gedruckt wurde das Buch (Auflage: 17.000 Exemplare) bei einem traditionsreichen, 400 Jahre alten Unternehmen in Kempten im Allgäu - der Kösel-GmbH, deren rund 200 Mitarbeiter einen Jahresumsatz von 30 Millionen Mark erwirtschaften. Seit 5 Jahren druckt die Kösel-GmbH Werke aus dem Grabert-Verlag, der vom Verfassungsschutz als rechtsextrem und ausländerfeindlich eingestuft wird. Im Grabertschen Prospekt finden sich Bücher, in denen die nationalsozialistische Rassenkunde neu belebt wird, KZ-Schergen freigesprochen werden und der bekennende SS-Mann **Leon Degrelle** (1994 verstorben) Hitler rechtfertigen kann.

Erneut wurde auch die Wohnung des 30jährigen Diplomchemikers **Germar Rudolf** (verheirateter Scheerer) in Steinenbronn (Kreis Böblingen) und dessen Arbeitsstelle in Musberg (Kreis Esslingen) durchsucht. Dort lagerten ebenfalls umfangreiche Bestände des Buches „Grundlagen zur Zeitgeschichte“. Die Wohnung war wegen der revisionistischen Aktivitäten des Chemikers schon 1993 und 1994 durchsucht worden.

Rudolf (Pseudonym: „**Ernst Gauss**“) ist Herausgeber des 1994 erschienenen 400 DIN4-Seiten umfassenden Mammutwerkes „Grundlagen zur Zeitgeschichte“ (eine Veröffentlichung des Grabertschen „Institutes für deutsche Nachkriegsgeschichte“, Band XXII).

Autoren des Buches sind neben „Ernst Gauss“: **Robert Faurisson** (den die „Junge Freiheit“ als „Symbolfigur des französischen Revisionismus“ charakterisiert, während ihn die „Bauernschaft“ gar zum „bedeutendsten der heute lebenden Revisionisten“ kürt), **Werner Rademacher** (hinter dem Pseudonym „Rademacher“ versteckt sich möglicherweise der ehemalige Präsident der österreichischen Bundesingenieurskammer **Walter Lüftl**, der in

LeserInnenbriefe

Genauer Umgang mit Informationen und Einschätzungen

Betr. DRR Nr. 33 "Triumph des Willens" und "STOP dem staatlichen Angriff gegen Antifaschismus".

Die Autonome Antifa (M) begrüßt es selbstredend, daß innerhalb der linken wie der bürgerlichen Öffentlichkeit über die laufenden 129/129a Verfahren gegen den Buchladen Rote Straße und vermeintliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M) informiert wird. So Gegenöffentlichkeit herzustellen, ist ein entscheidender Bestandteil der notwendigen Solidarität, um diesen Angriff der staatlichen Anti-Antifa zurückzuschlagen.

In diesem Zusammenhang ist aber ein genauer Umgang mit Informationen und Einschätzungen erforderlich. Die Gruppe "Verfahren" von der im zweitgenannten Artikel gesagt wird, sie wolle "die Verfahren in Göttingen als staatliche Repressionsmaßnahme gegen die gesamte Linke verstanden wissen und angehen" und die augenscheinlich über einen sehr guten Informationsstand verfügt, hielt es selbst auf mehrfaches Nachfragen nicht für nötig, sich mit der Autonomen Antifa (M) in Verbindung zu setzen, um die besagten Veröffentlichungen insbesondere aus Teilen der Ermittlungsakten zu besprechen. Ein genauer Umgang ist aber gerade aus Gründen und zum Schutz der Betroffenen notwendig.

Desweiteren wird im letzten Absatz des zweiten Artikels der Vorwurf erhoben, die Autonome Antifa (M) ziele "mit ihrem Verhalten darauf ab, die 129 etc. Verfahren als ihr ganz persönliches Ding zu betrachten und damit eine sie weiter isolierende Politik zu betreiben". In der Broschüre der Autonomen Antifa (M) "... folgerichtig ist Antifaschismus kriminell" heißt es dazu: "Heutzutage versucht die staatliche Anti-Antifa, antifaschistischem Widerstand in der Öffentlichkeit durch Kriminalisierung die Legitimation zu entziehen und bestätigt damit auf eindrucksvolle Weise ihren unbedingten Verfolgungswillen gegenüber linker Politik."

In Göttingen sind konkret 19 Menschen nach 129/129a durch die Generalstaatsanwaltschaft Celle angeklagt - 17 von ihnen als vermeintliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M). Die Anklagen richten sich hierbei gegen das politische Konzept der Autonomen Antifa (M). Daß die Generalstaatsanwaltschaft Celle in diesem Zusammenhang "nur" ausführendes Organ und die Verfahren "nur" Mittel zum Zweck der Kriminalisierung linker Fundamentalopposition sind, müßte aus dem vorangegangenen Zitat klargeworden sein.

Um einer Spaltung des antifaschistischen Widerstandes entgegenzuwirken, sollte von dieser Form, Gegenöffentlichkeit zu schaffen, Abstand genommen werden, es wäre vielmehr sinnvoll, wenn sich die Gruppe "Verfahren" vor der Veröffentlichung mit den Betroffenen in Verbindung setzt.

Autonome Antifa (M)

Weitere Autoren

Zu dem Artikel "Das Parlament" in Nr. 32 möchte ich anmerken, daß die "Bundeszentrale für politische Bildung" noch von mindestens zwei weiteren Autoren Schriften zur Bestellung anbietet, die eine besondere Beachtung verdienen:

Aus der Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" wird von Rudolf Wassermann, langjähriger und ständiger Mitarbeiter der rechtskonservativen Zeitschrift "MUT", der Artikel "Zur Aufarbeitung des SED-Unrechts" angeboten.

Neu in der ständigen Mitarbeiterschaft von "MUT" ist seit Jan. '95 Eckehard Jesse (anstelle von Gerd Klaus Kaltenbrunner). Von Eckehard Jesse, ebenfalls seit längerem Autor in "MUT", findet sich sein Buch "Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland" im Angebot der "Bundeszentrale für politische Bildung".

Außerdem will ich Euch auf eine Anzeige aus der "Jungen Freiheit" für das "Jahrbuch zur Konservativen Revolution" aufmerksam machen. Darin wird als Autor neben u.a. Theo Homann, Gerhard Quast (beides ehem. Redaktionsmitglieder der JF) und Armin Mohler auch Hans Gerd Jaschke angegeben. Seine Extremismus-Publikationen werden auch in Antifa-Kreisen gelesen, weshalb seine Beteiligung am Konservativen Jahrbuch eine besondere Beachtung finden sollte!

R.K., Hamburg

einem technischen Gutachten die Massenvergasung in NS-Konzentrationslagern in Abrede gestellt hatte), **Manfred Köhler** (Autor und Mitarbeiter von Cromwell Press, einem Verlag des britischen Hitler-Fanatikers **Anthony Hancock**), **Claus Jordan** (Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit", vermutlich identisch mit einem ehemaligen nordrhein-westfälischen REP-Landesvorstandsmitglied), **Johannes Peter Ney** (Rassenideologe, Gesellschafter des revisionistischen Verlages „Neue Visionen GmbH" in der Schweiz), **Ingrid Weckert** (führte ehemals die in München ansässige „Antizionistische Aktion" von Michael Kühnen), **Udo Walendy** (einer der Gründungsväter der NPD, Inhaber des „Verlages für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung", Herausgeber der revisionistischen Reihe „Historische Tatsachen", Mitarbeiter des „Editorial Advisory Committee" der Zeitschrift „The Journal of Historical Review", die vom us-amerikanischen „Institute for Historical Review" zweimonatlich herausgegeben wird), **John Clive Ball** (Weggefährte des deutsch-kanadischen Neonazi Ernst Zündel), **Friedrich Paul Berg** (Mitarbeiter des „Editorial Advisory Committee" der Zeitschrift „The Journal of Historical Review"), **Arnulf Neumaier** (Autor in den „Staatsbriefen"), **Herbert Tiedemann** (der in einem Offenen Brief an die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth die Mär von einer „jüdischen Kriegserklärung" gegen „die Deutschen" wieder aufwärmt) sowie **Carlo Mattogno** und **Franco Deana**.

Der Gemeinschaftsvertrieb des revisionistischen Machwerkes „Grundlagen zur Zeitgeschichte" organisierten der Bremer „Faksimile"-Verlag, der Coburger „Nation Europa"-Verlag und der „Grabert"-Verlag. Von den Verlagen wurde die Publikation als „einzigartiges Handbuch", als „ein umfassendes Standardwerk mit aktuellen Beiträgen der wichtigsten revisionistischen Forscher aus aller Welt" angepriesen. Tatsache ist jedoch, daß die Zusammenstellung der gebetsmühlenartig vorgetragenen revisionistischen Wirrgedanken nichts originär Neues beinhaltet. Neu ist lediglich die umfassende revisionistische Themenfülle in solch einem voluminösen Band.

Im vorletzten Jahr erschien im „Grabert"-Verlag das Erstlingswerk von „Gauss" mit dem Titel „Vorlesungen über Zeitgeschichte. Strittige Fragen im Kreuzverhör" (ebenso eine Veröffentlichung des „Institutes für deutsche Nachkriegsgeschichte", Band XIX); dazu der Verlag in einem Prospekt: Der Verfasser, ein Diplomchemiker, ziehe „die modernen Naturwissenschaften heran, um zu beweisen, daß manche bislang als wahr unterstellten Behauptungen und Zeugenaussagen schon deswegen nicht wahr sein können, weil sie gegen allgemeine anerkannte Naturgesetze verstoßen. Das trifft insbesondere für die 'Gaskammern' von Auschwitz zu, die danach so, wie auch im großen Auschwitz-Prozeß angenommen, nicht funktioniert haben können." Unverständlich ist, daß dieses Buch -in dem auch explizit die industriell betriebenene Massenvergasung in Auschwitz geleugnet wird- weiterhin ungehindert zum Verkauf angeboten werden kann.

Neben Durchsuchungen im Zusammenhang mit dem Buch „Grundlagen zur Zeitgeschichte" kam es zu Beginn dieses Monats (April) zu einer weiteren Durchsuchung einer Firma wegen der Herstellung von rechtsextremem Propagandamterial. Polizei und Staatsanwaltschaft haben die mittelständische Firma "Creationen Hümmerich" in Dierdorf-Giershofen (bei Koblenz) durchsucht. Der 70 Mitarbeiter umfassende Betrieb (Umsatz: rund 10 Millionen Mark), spezialisiert auf Textilveredelung, hat unter anderem T-Shirts, Aufnäher und Anstecknadeln mit volksverhetzenden und verfasssungsfeindlichen Sprüchen und Symbolen hergestellt. Auftraggeber und Abnehmer der Produkte war **Meinolf Schönborn**, Bundesvorsitzender der Ende 1992 verbotenen „Nationalistischen Front" (NF). Auch nach dem NF-Verbot bestanden die intensiven Geschäftskontakte zwischen der Firma Creationen Hümmerich, die schon einmal im Blickpunkt staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen wegen Volksverhetzung stand, und dem notorischen Neonazi Schönborn weiter. So ließ Schönborn noch im letzten Sommer Fahnen mit dem Aufdruck „Deutschland uns Deutschen" herstellen.

Ebenfalls nicht zimperlich mit Geschäftskontakten zu rechtsextremen Ideologen ist die im baden-württembergischen Rastatt ansässige "Greiserdruck GmbH" mit ca. 165 Beschäftigten (Umsatz: rund 24 Millionen Mark). Bei der Firma, die auch die lokale Tageszeitung druckt, wird seit Jahren die NS-apologetische und Verschwörungstheorien huldigende Monatszeitschrift „Code. Das andere deutsche Nachrichtenmagazin" gedruckt.

Bundesdeutsche Unternehmen - ohne Skrupel, wenn der Umsatz stimmt?

Abonniert den RECHTEN RAND

DER RECHTE RAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen und erscheint alle zwei Monate.

DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Einzelpreis: 3,- DM
6 Ausgaben im Abonnement:
20,- DM (Inland) • 25,- DM (Ausland)
2 Exemplare im Abonnement: 35,- DM
3 Exemplare im Abonnement: 50,- DM
4 Exemplare im Abonnement: 60,- DM
Ab 5 Exemplaren je Ausgabe gibt es 30% Rabatt.

Bei Bestellungen den Namen und Lieferadresse nicht vergessen!

DER RECHTE RAND
Postgirokonto Hannover
44 55 86 - 301
Bankleitzahl 250 100 30

✂ - - - - - - - - - - - - - -

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift DER RECHTE RAND bis auf Widerruf.

Name: . . . .

Anschrift: . . . .

. . . .

. . . . Unterschrift . . . .

Ich habe ❑ 20,-DM (Inland) ❑ 25,-DM (Ausland) überwiesen.
❑ 20,-DM (Inland) ❑ 25,-DM (Ausland) liegen als Scheck bei.
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

. . . . Unterschrift . . . .

Bücher +++ Broschüren +++ Aufkleber +++ Videos +

Service

Unter dem Motto "Farbe bekennen - Nicht nur am 8. Mai" bietet hauis factory T-Shirts, Aufnäher, Aufkleber und andere Produkte an, mit denen Gegenmeinungen zum Ausdruck gebracht werden können. Für Antifa-Gruppen werden je nach Umfang der Bestellungen Rabatte gewährt. Der Hauptkatalog kann angefordert werden bei: **hauis factory, Finkenstraße 9-RG, 90439 Nürnberg, Tel./Fax (0911) 6588410**

Gegen die "Abwicklung der Geschichte"

Als Beitrag zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit allen Versuchen der "Entsorgung der Geschichte" im 50. Jahr der Befreiung von Faschismus und Krieg hat die VVN-Bund der AntifaschistInnen eine Broschüre unter dem Titel "Geschichtsrevisionismus heute" vorgelegt. Der Autor Ulrich Schneider setzt sich sowohl mit der Form der neonazistischen Linie des Geschichtrevisionismus auseinander als auch mit der "moderaten Form", "die nicht die Judenvernichtung in Abrede stellt, die nicht die faschistische Militärpolitik rechtfertigen will, die 'nur' eine Neubewertung der deutschen Geschichte anstrebt" und die "seit längerem von den ideologisch gegenwärtig hegemonialen Kräften und der Bundesrepublik aktiv betrieben" wird.

Die Broschüre ist für DM 4,- in Briefmarken (ab 10 Ex. DM 1,50 + Porto) zu Beziehen bei der VVN-BdA Hessen, Ekkenheimer Landstraße 93, 60318 Frankfurt/M.

Displaced Persons

Eine Darstellung der Situation sogenannter Displaced Persons nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges (siehe auch den Artikel von Bernhild Vögel auf Seite 9) hat jetzt der Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. Salzgitter vorgelegt.

Bernhild Vögel unter Mitarbeit von Andreas Ehrhardt, Entwurzelt. Displaced Persons im Salzgittergebiet, Hrsg. Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. Salzgitter, 202 Seiten.

„Die Anti-Antifa und der Einblick"

Parallel zum Strafverfahren gegen Hintermänner der Ende 1993 erschienenen Anti-Antifa Publikation „Der Einblick" veröffentlichte das Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers aus Wiesbaden eine zweite Auflage ihrer Broschüre. Die veröffentlichten Recherchen des Bildungswerkes und die erste Auflage der Broschüre waren Anlaß für ein breites Medieninteresse. Nur aufgrund des Druckes der Öffentlichkeit kam es letztendlich zur Anklageerhebung und Verurteilung einiger Hintermänner der Anti-Antifa. Themen der Boschüre: Wer ist die Anti-Antifa und wie arbeitet sie; die Anti-Antifa im Rhein-Main Gebiet; Reaktionen der Staatsorgane; die Broschüre „Der Einblick".

Das Heft „Die Anti-Antifa und der Einblick" hat 32 Seiten und kostet 4,- DM (zzgl. 2,- DM Porto).

Lagerältester im KZ Buchenwald

Im Februar 1995 erschien das Buch „Eh' die Sonne lacht" von Horst Gobrecht über das Leben von Hans Eiden. Hans Eiden war Kommunist und Lagerältester im Konzentrationslager Buchenwald. Das Buch erschien beim Verlag Pahl-Rugenstein Nachfolger, kostet 24,80 DM und ist gegen Beilegung von 2,- Porto zu beziehen beim Herausgeber:

Solidaritäts- und Bildungswerk Anna Seghers e.V., Werderstraße 8, 65195 Wiesbaden